

Bevölkerungs- schutz

Magazin für Zivil- und
Katastrophenschutz



**Deutsches IDNDR-Komitee
unter neuem Vorsitz
Zusammenarbeit bei grenz-
überschreitenden Katastrophen**



Kennen Sie Herrn Bell?

Namen, die zu Maßeinheiten wurden

Kein Anschluß unter dieser Nummer ...! Eine der meistgeliebten, aber auch meistgehaßten Errungenschaften der modernen Zivilisation ist das Telefon. Wie sehr wir an diese Einrichtung gewöhnt sind, zeigt sich immer dann, wenn sich kein Apparat in der Nähe befindet.

Die Erfindung des Telefons geht auf den schottischen Physiologen und Techniker Alexander Graham Bell zurück. Bell wird am 3. März 1847 in Edinburgh geboren. Unter dem Einfluß seines Vaters, eines Lehrers für Schwerhörige und Sprachbehinderte, studiert er Medizin in Edinburgh und London. Zusammen mit seinen Eltern wandert er 1871 in die Vereinigten Staaten von Amerika aus. Ein Jahr später wird er Professor für Physiologie an der Bostoner Universität.

Daß Bell zum Begründer der industriellen Fertigung von Telefonanlagen werden würde, kann zu Beginn seiner beruflichen Laufbahn niemand ahnen. Wie seine ganze Familie, schenkt auch er allem, was mit der menschlichen Sprache zu tun hat, sein besonderes Augenmerk. Während seiner Studienjahre in London findet Bell ausreichend Zeit, sich neben dem Medizinstudium mit den Naturwissenschaften zu beschäftigen. Da er berufsmäßig mit der Sprache zu tun hat, kommt ihm der Gedanke, Sprache in elektrische Strom-

bzw. Spannungsschwankungen umzuwandeln, die durch elektrische Leitungen übertragen werden können. Seine englischen Zeitgenossen haben für solche Ideen nur ein Lächeln übrig. Doch Bell läßt sich nicht entmutigen.

In Boston findet er die notwendige Unterstützung, um seine Vorstellungen weiterzuentwickeln. Bell verwendet für seine Versuche einen Elektromagneten in Form einer stromdurchflossenen Spule mit einem Eisenkern. Die Umsetzung von Sprache in elektrische Strombewegungen und umgekehrt erfolgt über eine Stahlmembrane. Im Jahre 1876 meldet Bell das Telefon zum Patent an. Um die patentrechtliche Seite muß er gerichtlich streiten, da am selben Tag, aber einige Stunden später, der Amerikaner Gray ebenfalls ein Telefon zum Patent angemeldet hatte. Bell gewinnt den Prozeß.

Die erste telefonische Verbindung über mehrere Meilen hinweg stellt Bell 1876 zwischen Brantford und dem Mount Pleasant her. Im darauffolgenden Jahr gründet er die „Bell Telephone Company“ und beginnt mit der industriellen Produktion des Telefons. Das Telefon tritt seinen Siegeszug um die ganze Welt an. Neben der Übermittlung von Sprache sucht er einen Weg, um Töne zu konservieren. Er konstruiert einen Phonographen, der die Laute auf einer geriffelten Wachswalze spiralförmig festhält.

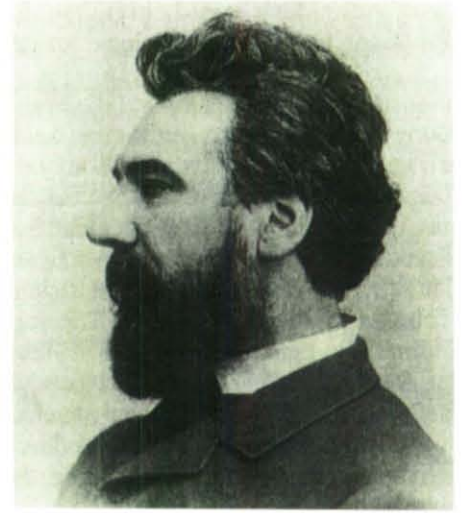
Aber nicht nur in der Geschichte der Technik hinterläßt Bell bleibende Spuren. Zeit seines Lebens tritt er besonders für die Probleme und Belange der Taubstummen ein. Er führt in den amerikanischen Taubstummen-

schulen anstelle der reinen Gebärdensprache das „gesprochene, sichtbare Wort“ ein und gründet eine Vereinigung zur Förderung des Erlernens von Sprache. Am 2. August 1922 stirbt Bell in Baddeck (Kanada).

Zum Andenken an Bells Pioniertaten auf dem Gebiet der Kommunikationstechnik trägt das Maß für den Pegel, die Dämpfung und Verstärkung in der Akustik und der Nachrichtentechnik den Namen Bel.

(Foto: Siemens-Museum, München)

Das Bel bzw. Dezibel – der zehnte Teil eines Bel – ist dimensionslos. Es wird als Zehnerlogarithmus des Bruches zweier vergleichbarer Meßgrößen einer Übertragungstrecke, z. B. Eingangs- und Ausgangsstärke, angegeben.



Anschrift der Redaktion:
Deutschherrenstraße 93-95, 5300 Bonn 2,
Postfach 200161, Ruf (0228) 8401
Telefax 840702

Impressum:
Herausgegeben im Auftrag des
Bundesministeriums des Innern vom
Bundesverband für den Selbstschutz
Deutschherrenstraße 93-95, 5300 Bonn 2,
Postfach 200161, Ruf (0228) 8401

Verlag:
Bundesverband für den Selbstschutz
Das „Bevölkerungsschutz-Magazin“ erscheint
monatlich;
zweimal im Jahr als Doppelnummer

Chefredakteur:
Peter Eykmann

Redaktion:
Sabine Matuszak,
Günter Sers, Paul Claes

Layout:
Paul Claes

**Druck,
Herstellung und Vertrieb:**
Druckhaus Neue Presse
Postfach 2563
8630 Coburg
Tel. 09561/647-0, Telefax 647199

Manuskripte und Bilder nur an die Redaktion. Für
unverlangt eingesandte Beiträge keine Gewähr.
Nachdruck einzelner Beiträge, auch im Auszug, nur
mit Quellenangabe und mit Genehmigung der
Redaktion gestattet.

Mit Namen gezeichnete Beiträge geben die Meinung
der Verfasser wieder und müssen nicht unbedingt
mit der Auffassung der Redaktion übereinstimmen.

Einzelpreis DM 2,80, Doppelnummer DM 5,60,
Abonnement jährlich DM 33,60
zzgl. Porto und Versandkosten.

Im Bezugspreis sind 7 Prozent Mehrwertsteuer ent-
halten. Abonnements werden am Beginn des
Bezugszeitraums berechnet, Kündigungen müssen
bis 6 Wochen vor Ablauf der Bezugszeit schriftlich
vorliegen, sonst verlängert sich das Abonnement um
den bisher vereinbarten Bezugszeitraum. Wenn nicht
ausdrücklich ein kürzerer Bezugszeitraum ge-
wünscht ist, gilt das Kalenderjahr als vereinbart.
Erfüllungs- und Zahlungsort ist Bonn.

Bei Nichterscheinen der Zeitschrift im Falle höherer
Gewalt oder bei Störung des Arbeitsfriedens besteht
kein Anspruch auf Haftung.

Umschau	2
Aktuelles im Blickpunkt	
Wachstumsbranche Katastrophenhilfe	6
Hans-Jürgen Wischnewski neuer Vorsitzender des Deutschen IDNDR-Komitees	
Ein neues Konzept	9
Feuerwehr-Ausbildung am Beispiel Nürnberg	
„Kalter Fritz“	14
Grenzüberschreitende Stabsrahmenübung	
Rechnerunterstütztes Katastrophenschutzmanagement	21
Frühzeitige Vorbereitung ermöglicht schnelle Entscheidungen im Katastrophenfall	
Knapp an der Katastrophe vorbei	25
Starkes Erdbeben erschütterte das Rheinland	
Der Großschadensfall	27
Sichtung und Erstmaßnahmen durch Rettungsassistenten	
Unfalldatenschreiber – der Polizist im Auto?	29
Moderne Technologie hilft Verkehrsunfälle rekonstruieren	
Störfall im Kernkraftwerk Sosnovy Bor	33
Reaktor-Zwischenfall bei St. Petersburg verlief glimpflich	
Bundesverband für den Selbstschutz	38
Technisches Hilfswerk	41
Warndienst	43
Deutsches Rotes Kreuz	44
Arbeiter-Samariter-Bund	46
Malteser-Hilfsdienst	48
Deutscher Feuerwehrverband	49
Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft	50
Verband der Arbeitsgemeinschaften der Helfer in den Regieeinheiten/ -einrichtungen des Katastrophenschutzes in der Bundesrepublik Deutschland e. V.	51
Wissenschaft und Technik	53
Bücher	55
Minimagazin	U 3



THW-Einsätze in Hitze und Schnee

Die Zahl der Auslandseinsätze des Technischen Hilfswerks konnte im Jahr 1991 noch einmal gesteigert werden. Bei über 270 Einsätzen wurden rund 2600 Helfer in alle Teile der Welt entsandt, um dort im Auftrag der Bundesregierung sowie von Landesregierungen und des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen (UNHCR) Hilfe zu leisten. Bundesinnenminister Rudolf Seiters hat den THW-Helfern für ihren Einsatz gedankt und ihre Fachkunde gewürdigt.

Einen Schwerpunkt der THW-Einsätze bildeten Fahrten in die Staaten der ehemaligen Sowjetunion. Rund 1500 ehrenamtliche Helfer des Technischen Hilfswerks führten über 200 Transportfahrten in die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) durch. So erreichten annähernd 6000 Tonnen größtenteils hochwertiger Hilfsgüter unmittelbar die von der Not am stärksten betroffenen Menschen und Einrichtungen. Die THW-Fahrzeuge legten dabei insgesamt über drei Millionen Kilometer zurück.

Überschattet wurden die 1992 fortgesetzten Hilfsfahrten in die GUS, im Februar durch zwei schwere Unfälle auf der Rückfahrt von den Einsatzorten nach Deutschland, bei denen drei THW-Helfer ums Leben kamen.

In der rumänischen Provinz Arrad betreuten THW-Helfer im Auftrag der Landesregierung von Nordrhein-Westfalen die Sanierung von Kinderheimen und Waisenhäusern. Über den erschütternden Zustand der Einrichtungen aus der Ceausescu-Zeit war in den Medien wiederholt berichtet worden.

Besondere Bedeutung hatte auch der Hilfeinsatz des THW im Auftrag des UNHCR im iranisch-irakischen Grenzgebiet von Mai bis Dezember 1991. Rund 400 Helfer stellten bei Sommertemperaturen von über 40 Grad im Schatten die Wasserversorgung für Hunderttausende Menschen in den

kurdischen Flüchtlingslagern bei Bakhtaran sicher. Sie erstellten und betrieben Rohrleitungen mit einer Gesamtlänge von über 40 Kilometern, Verteilungssysteme, Entnahmestellen, Tanks und Trinkwasser-Aufbereitungsanlagen.

Angesichts zu erwartender Wintertemperaturen von mi-

nus 20 Grad betreuten weitere 34 THW-Helfer von September bis November den Aufbau von insgesamt 2500 winterfesten und beheizbaren Unterküften in Fertigbauweise in den Lagern der Provinz Bakhtaran. (Innenpolitik II/92)

Gefahren kennen keine Grenzen

Im schweizerischen Zivilschutz-Ausbildungszentrum in Schwarzenburg fand Anfang April im Beisein von Bundesrat Arnold Koller ein internationaler Meinungsaustausch zur zwischenstaatlichen Zusammenarbeit im Bereich der Katastrophen- und Nothilfe statt. Die Teilnehmer aus verschiedenen westeuropäischen Staaten, der Europäischen Gemeinschaft (EG) sowie der Internationalen Zivilschutzorganisation (OIPC/IODC) waren sich darin einig, daß eine verstärkte Zusammenarbeit über die Landesgrenzen hinaus einem Bedürfnis entspricht.

Bundesrat Arnold Koller, Vorsteher des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements (EJPD) und damit oberster Schirmherr des Zivilschutzes, unterstrich die Bereitschaft der Schweiz, aktiv an der Errichtung einer neuen Sicherheitsordnung in Europa mitzuwirken. In die neue Sicherheitsordnung eingebettet ist auch der erweiterte Auftrag des Zivilschutzes, der im kürzlich erschienenen Leitbild konkretisiert worden ist. Kata-

strophen- und Nothilfe in Friedenszeiten nehmen darin eine eminente, dem Schutz der Bevölkerung bei kriegerischen Ereignissen gleichgestellte Bedeutung ein.

Die Teilnehmer der Fachtagung kamen in den verschiedenen Arbeitsgruppen zum Schluß, daß angesichts der zunehmenden zivilisatorischen und natürlichen Gefährdungen eine internationale Zusammenarbeit immer wichtiger wird. Verschiedene Entschließungen der Europäischen Gemeinschaft (EG) böten dabei eine gute Grundlage für die Weiterentwicklung. Möglichkeiten der Zusammenarbeit gibt es im Bereich des Informationsaustausches, bei der Ausbildung, bei der Schaffung eines Vademekums für den Katastrophenschutz, der Schaffung einer gemeinsamen Sprache (Vereinheitlichung der Begriffe und Inhalte), Harmonisierung der Warn- und Alarmierungssysteme, bei der Verbesserung der Kommunikationssysteme, aber auch in einer so praktischen Frage wie jene der Einführung einer einheitlichen telefonischen Notrufnummer.

Keine akute Gefährdung durch Giftgas in der Ostsee

Hinweise auf eine Häufung von Munitionsfunden in der Ostsee haben das Bundesverkehrsministerium veranlaßt, durch das Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie eine umfassende Bestandsaufnahme über Versenkungsorte, Mengen und Arten von Giftgas- und anderer Munition in der Ostsee durchzuführen.

Nach den vorliegenden Informationen ist eine Gefährdung von Schifffahrt und Fischerei durch die jetzt bekannt gewordenen Versenkungsaktionen auszuschließen.

Dennoch wird Bundesverkehrsminister Krause über die bereits eingeleiteten Maßnahmen hinaus in Zusammenarbeit mit Bundesumweltminister Töpfer und den Umweltministerien der Küstenländer eine Arbeitsgruppe einsetzen, die die jetzt bekannt gewordenen Informationen auswerten und Vorschläge für weitere Maßnahmen erarbeiten soll. Die Federführung für diese Arbeitsgruppe liegt beim Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie in Hamburg.

Dem Bundesverkehrsministerium liegen jetzt auch Unterlagen über die Versenkung von chemischen Kampfstoffen durch die Behörden der DDR im Nordmeer, in der Ostsee und auf dem Gebiet der ehemaligen DDR vor. Die Unterlagen werden zur Zeit auf ihre Echtheit geprüft.

Vorsorglich sind die innerstaatlichen zuständigen Stellen über die darin enthaltenen Hinweise unterrichtet worden. Außerdem hat die Bundesregierung über die Helsinki-Kommission die Regierungen der Ostseeanrainerstaaten über die vermutlichen Versenkungsaktionen der DDR-Behörden in der Ostsee und die Regierungen von Dänemark, Island und Norwegen auf diplomatischem Wege über die vermutlichen Versenkungsaktionen im Nordmeer unterrichtet.

Katalysator ist meist nicht schuld

Ein Praxistest von Umweltbundesamt und ADAC hat gezeigt: Wenn schadstoffarme Autos nach einigen zehntausend Kilometern nicht mehr so sauber sind, wie sie eigentlich sein sollten, ist daran in den seltensten Fällen der Katalysator schuld. Häufig sind andere Ursachen wie beispielsweise die Lambda-Sonde oder der Vergaser dafür verantwortlich, daß die vom Gesetzgeber geforderten Abgas-Grenzwerte nicht mehr eingehalten werden. Aber auch so einfache Bauteile wie Zündkerzen, Zündkabel oder Luftfilter können die entgiftende Wirkung des Kats beeinträchtigen.

Das Forschungsprojekt, bei dem mittlerweile 120 Autos untersucht wurden, hat auch gezeigt, daß bei einigen Fahrzeugen der Kat selbst beschädigt wurde. Dies aber hauptsächlich deswegen, weil beispielsweise defekte Zündkabel zu Motoraussetzern und damit zu einer Überhitzung des Kats geführt haben.

Um zu verhindern, daß immer mehr schadstoffarme Autos auf unseren Straßen herumfahren, deren Abgase nicht mehr optimal eingiftet werden, sollten nach Ansicht des ADAC folgende Punkte berücksichtigt werden:

- Die Autofahrer müssen ihr Fahrzeug regelmäßig warten lassen, damit sich der normale Verschleiß nicht schädlich auf das Abgasverhalten auswirken kann.
- Die Werkstätten müssen sich genau an die Wartungsvorschriften halten.
- Die Hersteller müssen Serien-Mängel sofort abstellen und alle betroffenen Fahrzeuge in die Werkstatt zurückrufen.

Um dies in der Praxis zu erreichen, fordert der ADAC vom Gesetzgeber routinemäßige Stichproben. Mit dieser Feldüberwachung lassen sich vor allem konstruktive Mängel aufdecken und abstellen, für die der Autobesitzer nicht verantwortlich gemacht werden darf.

Schwere Gasexplosion in Mexiko

Bei einem Explosionsunglück in der mexikanischen Stadt Guadalajara sind am 22. April 1992 mindestens 200 Menschen ums Leben gekommen, mehr als tausend wurden verletzt. Die Katastrophe ereignete sich in einem dichtbesiedelten Industrie- und Wohngebiet. Nach Angaben des mexikanischen Justizministeriums ist aus dem Leck in einer Pipeline eine große Menge Benzin geströmt und in die Kanalisation geflossen, wo es sich entzündete.

15 Explosionen haben das dichtbesiedelte Zentrum Guadalajaras zerstört. In einem Umkreis von drei Kilometern stürzten Häuser ein und begruben die Einwohner unter sich. Autos wurden durch die Luft geschleudert, die Straßen sahen aus wie nach einem Bom-



benangriff. Viele Betroffene gruben mit bloßen Händen nach verschütteten Familien-

angehörigen. Unser dpa-Foto gibt einen Einblick in das Ausmaß der Katastrophe.

Wo es eng wird, kracht's am meisten

Von den rund 11000 Kilometern Autobahn in Deutschland sind etwa 1350 Kilometer besonders belastet. Nach Erfahrungen des ADAC kommt es auf diesen Strecken überdurchschnittlich oft zu Unfällen. Wer auf diesen Abschnitten unterwegs sein muß und sein Ziel ohne Staus und Unfälle erreichen will, sollte laut ADAC folgende Ratschläge beachten:

- Fahrtroute genau planen und dabei Strecken meiden, die erfahrungsgemäß überlastet sind.
- Unfallschwerpunkte aus der ADAC-Karte einprägen und dort besonders wachsam und vorsichtig sein.
- Nicht unter Zeitdruck fahren, sondern längere Reisezeiten einkalkulieren.

- Rücksichtsvoll, gelassen und wenn immer möglich die rechte Spur benutzen.

Um die Problemstrecken zu entschärfen, müssen nach Ansicht des ADAC die meisten Autobahnen nicht etwa neu gebaut werden. Meist reicht es, die vorhandene Autobahn zu verbreitern oder Ballungsräume zu entlasten.

In den neuen Bundesländern dagegen ist der Nachholbedarf so groß, daß nur mit Hilfe von Neubaustrecken eine bedarfsgerechte Verkehrsinfrastruktur geschaffen werden kann. Am dringendsten sind dabei nach Ansicht des ADAC zwei West-Ost-Verbindungen von Lübeck nach Stralsund und von Kassel über Leipzig bis zur polnischen Grenze sowie eine Nord-Süd-Verbindung zur Entlastung der A 7 und A 9 von Hamburg über Magdeburg und Erfurt nach Nürnberg.

Finnland: Neue Zentralorganisation

Am 19. November 1992 gründeten der Finnische Brandschutzverband und die Finnische Bevölkerungsschutz-Organisation zusammen mit Zentralorganisationen der Gemeinden die „Finnische Zentralorganisation für Rettungstätigkeiten“.

Der Brandschutzverband und die Bevölkerungsschutz-Organisation vereinigen sich im Laufe des Jahres 1992 und überführen ihre Tätigkeiten in die neu gegründete Zentralorganisation, die die Arbeit und Tradition der beiden Organisationen weiterführen wird. Das Aufgabenfeld der Zentralorganisation umfaßt den Brandschutz, Rettungsdienst und Bevölkerungsschutz.

Bereits im April dieses Jahres wurde Rechtsanwalt Kyösti Virtanen, Helsinki, zum Generalsekretär der Zentralorganisation ernannt.

Fachinformation in Prag

Die tschechoslowakische Hauptstadt Prag ist vom 16. bis 20. Oktober 1992 Austragungsort der Internationalen Fachmesse für Rettungstechnik „Pragosec '92“. An der von der Messegesellschaft zusammen mit der Zivilverteidigung und dem „Blauen Stern des Lebens“ der ČSFR durchgeführten Veranstaltung nahmen bereits im Vorjahr über 90 Aussteller aus zehn Ländern teil. Das Messeprogramm umfaßt die Bereiche Zivilverteidigung, Brandschutz, Rettungsdienst, Umweltschutz und Arbeitsschutz, ergänzt wird die Ausstellung durch laufende praktische Vorführungen.

Informationen: INCHEBA ú.s., Prager Büro, Varšavská 40, CS-12000 Praha 2, Tel. 258927 und 258866, Telefax 259294, Telex 122846.

Immer mehr Mädchen bei der Feuerwehr

„Die Förderung der Jugendfeuerwehr ist eine Investition in die Zukunft des Feuerlöschwesens. Der künftige Nachwuchs unserer Feuerwehren kommt überwiegend aus der Jugendfeuerwehr, deshalb werden wir die Jugendfeuerwehren weiterhin finanziell und ideell unterstützen“, erklärte der Staatssekretär im baden-württembergischen Innenministerium, Gundolf Fleischer, kürzlich im Pressedienst seines Ministeriums. Das Ziel „Keine Feuerwehr ohne Jugendfeuerwehr“ soll intensiv weiterverfolgt werden.

Der Mitgliederzuwachs bei den rund 700 Jugendfeuerwehren im Land sei, so Fleischer, erfreulich. Allein 1991 stieg die Zahl der Mitglieder um rund 1000 Jugendliche auf mehr als 14 000. Immer mehr Mädchen engagieren sich für

die Feuerwehr. Bei der Gründung 1973 waren nur 27 Mädchen (0,9 %) Mitglieder der Jugendfeuerwehr, Ende 1990 betrug der Anteil der Mädchen bereits 6,1 %, und im letzten Jahr ist der Mädchenanteil nach neuesten Meldungen überproportional angestiegen.

Göttingen: Haus brannte zweimal

Rund 1,5 Millionen Mark richtete ein Brand in einem Männerheim der Heilsarmee in Göttingen an. Um 3.15 Uhr in der Nacht entdeckten Passanten das Feuer in der ersten Etage des Fachwerkhäuses. Die alarmierte Feuerwehr löschte den Brand in einem Büro und benachbarten Schlafräum, mußte aber fünf Stunden später erneut anrücken, um den in Flammen stehenden Dachstuhl zu löschen.

Neumünster: Sprechfunk- betriebsübung

Am 25. April 1992 führte der Fernmeldedienst der Regieeinheiten der Stadt Neumünster eine Sprechfunkbetriebsübung für Sprechfunk aller Fachdienste durch.

Beteiligt waren Einheiten des Deutschen Roten Kreuzes, der Freiwilligen Feuerwehren, des Technischen Hilfswerks sowie der Regieeinheiten. Im Rahmen der Übung wurden rund 260 Nachrichten übermittelt und drei Standortwechsel durchgeführt. Bei der abschließenden Übungsbesprechung dankte der Leiter des Fernmeldedienstes, Michael Timm, allen Beteiligten für die rege Teilnahme sowie den reibungslosen Ablauf. Er betonte, daß sich die regelmäßige Teilnahme an diesen Übungen positiv auf den Sprechfunkverkehr auswirke.

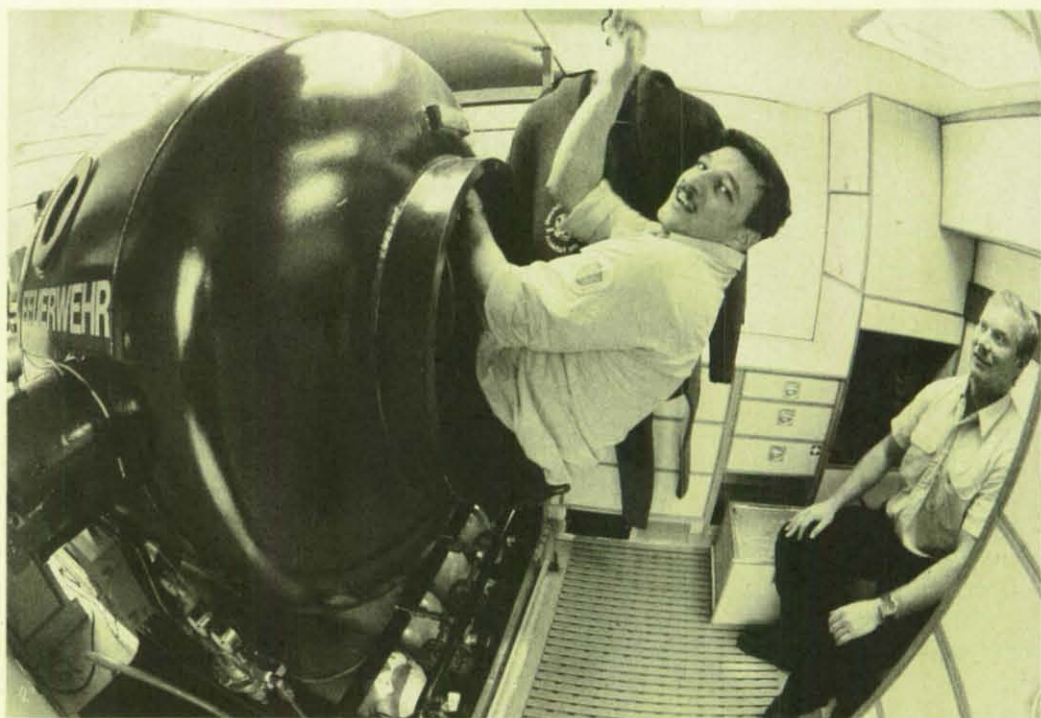
Zweimann-Druckkammer für Frankfurter Feuerwehr

Um ihren Tauchern bei Unfällen helfen zu können, beschaffte die Frankfurter Feuerwehr Mitte April eine transportable Zweimann-Druck-

kammer. In der rund 300 000 Mark teuren Druckkammer, die bei einem Überdruck von 1,8 bar dem Druck einer Wassertiefe von 18 Metern ent-

spricht, können auch Rauchgasopfer behandelt werden.

(Foto: dpa)



Katastrophen- schutzübung „KALTEICHE '92“

Der Lahn-Dill-Kreis nahm erstmals an einer länderübergreifenden Katastrophenschutz-Stabsrahmenübung am Freitag, dem 13. März 1992, teil. Die Übung „KALTEICHE '92“ wurde von den Regierungspräsidien Arnsberg, Nordrhein-Westfalen und Gießen, Hessen sowie den beiden beteiligten Landkreisen Siegen-Wittgenstein und Lahn-Dill-Kreis gemeinsam angelegt und erarbeitet.

Die Übungslage ging davon aus, daß der Winter sehr milde verlaufen war. Erst Anfang März setzten starke Regenfälle ein. Flüsse und Bäche traten teilweise über die Ufer. In der Nacht zum 13. März sanken durch einen Kälteeinbruch mit Orkanböen die Temperaturen unter den Gefrierpunkt. Starke anhaltende Schneefälle machten viele Straßen unpassierbar. Gegen 16.45 Uhr wurde im Lahn-Dill-Kreis der „Katastrophenfall“ festgestellt und die Katastrophenschutzeinheiten in erhöhte Alarmbereitschaft versetzt.

Besonders spitzte sich die Lage auf der Bundesautobahn A 45 an der Ländergrenze bei der Kalteiche und den Bundesstraßen B 255 und B 277 im nördlichen Kreisgebiet zu.

Übungsziel war die Erprobung und Förderung der Zusammenarbeit der Katastrophenschutzleitungen auf Regierungspräsidiums- und Kreisebene sowie der einzelnen Führungsebenen bis hin zu den Zugtrupps. Eingesetzt wurden die Katastrophenschutzstäbe sowohl bei den Regierungspräsidien als auch bei den Landkreisen Siegen-Wittgenstein und Lahn-Dill.

Vor Ort wurden die Einsatzkräfte von Feuerwehr, THW, DRK und MHD von Technischen Einsatzleitungen geführt. Die Fernmeldezentrale für den Katastrophenschutzstab sorgte für die Fernmeldeverbindungen.

Nach kleineren Anlaufschwierigkeiten liefen die Kommunikationswege ohne

Beanstandungen. Die Führungsorganisationen beherrschten die ihnen gestellten Aufgaben, die über Jahre hinweg bei einer Vielzahl von Übungen erprobt und erarbeitet wurden. Die Technischen Einsatzleitungen nahmen un-

mittelbar miteinander Verbindung auf, um die Lage im Raum „Kalteiche“ in den Griff zu bekommen.

Vom Hessischen Ministerium des Innern und für Europaangelegenheiten war Ministerialrat Käppel aufmerk-

mer Beobachter und zeigte sich mit den Leistungen der Übungsteilnehmer zufrieden. Die gestellten Aufgaben wurden zügig bearbeitet, so daß nach Mitternacht der „Katastrophenfall“ aufgehoben werden konnte.

Termine

12. bis 14. Juni: 12. Bundeskongreß Rettungsdienst „Besseres Wissen – bessere Hilfe“

Messezentrum Köln

Info: Kuratorium zur Förderung der präklinischen Notfallmedizin, Eichengrund 11, 2905 Edewecht.

23. und 24. Juni: Seminar „Brandschadensverhütung in Hotels und Beherbergungstätten“

Wuppertal

30. Juni und 1. Juli: Seminar „Brandschutz, Teil 2“

Nürnberg

30. Juni und 1. Juli: Seminar „Brandschutz in Verkehrstunnelanlagen“

Wuppertal

Info: Technische Akademie Wuppertal e. V., Postfach 100409, 5600 Wuppertal 1

10. und 11. Juli: Feuerwehr-Oldtimer-Sternfahrt

Großostheim

Info: Feuerwehr Großostheim, Großostheimer Straße 33, 8754 Großostheim

17. bis 20. August: 3. Internationales Feuerwehr-Musik- und Kapellen-Festival

Gyula (H)

Info: Berufsfeuerwehr Gyula, Postfach 64, H-5701 Gyula

1. und 2. September: Seminar „Brandschutz im Baugenehmigungsverfahren“

Cottbus

Info: Technische Akademie Wuppertal e. V., Postfach 96, O-7500 Cottbus

4. bis 6. September: 100. Feuerwehr-Rad-Weltmeisterschaft

Wien (A)

Info: Berufsfeuerwehr Wien, Am Hof 9, A-1010 Wien

23. bis 25. September: Brandschutz-Seminar für Führungskräfte

Wadersloh

Info: Gloria-Werke, Postfach 1160, 4724 Wadersloh

23. bis 25. September: Symposium „Schadstoffmessung in Umwelt und Arbeitsschutz“

Lübeck

Info: Technikzentrum Lübeck, Seelandstraße 15, 2400 Lübeck 1

13. bis 16. Oktober: Internationale Sicherheits-Fachmesse „Security '92“

Messe Essen

Info: Security, Postfach, 4200 Essen 1

14. bis 16. Oktober: 11. Rettungshubschrauber-Fachtagung „Luftrettung zwischen Konsolidierung und Neubegegnung“

Kongreßzentrum Garmisch-Partenkirchen

Info: ADAC-Luftrettung

GmbH, Am Westpark 8, 8000 München 70

21. bis 23. Oktober: Brandschutz-Seminar für Führungskräfte

Wadersloh

Info: Gloria-Werke, Postfach 1160, 4724 Wadersloh

22. und 23. Oktober: Grundlagenseminar Brandschutz

Nürnberg

10. und 11. November: Seminar „Brand- und Katastrophenschutz in Krankenhäusern, Alten- und Pflegeheimen“

Nürnberg

17. November: Seminar „Vorbeugender Brandschutz“

Wuppertal

19. November: Seminar „Brandschutz in Hochhäusern“

Wuppertal

19. und 20. November: Seminar „Organisation der betrieblichen Sicherheit“

Wuppertal

23. und 24. November: Seminar „Alarm- und Notfallpläne in Verwaltungen, Behörden und Betrieben“

Nürnberg

Info: Technische Akademie Wuppertal e. V., Postfach 100409, 5600 Wuppertal 1

Wachstumsbranche Katastrophenhilfe

Hans-Jürgen Wischnewski neuer Vorsitzender des Deutschen Komitees der Internationalen Dekade für Katastrophenvorbeugung (IDNDR)

Seit April dieses Jahres ist Hans-Jürgen Wischnewski, Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit a. D. und Staatsminister a. D., neuer Vorsitzender des Deutschen Komitees der Internationalen Dekade für Katastrophenvorbeugung (IDNDR). Nach eigenen Angaben hat er dieses Amt übernommen, weil er als Politiker oft mit Fragen des Krisen- und Katastrophenmanagements konfrontiert war und persönlich der Überzeugung ist, daß die zunehmende Katastrophenanfälligkeit unserer Erde ein sehr viel entschiedeneres Engagement der Politik erfordert als das bislang der Fall war. Dabei mißt Wischnewski einem präventiven Krisenmanagement besondere Bedeutung zu.

Nachfolgend veröffentlichen wir eine Rede, die der Vorsitzende des Deutschen IDNDR-Komitees anläßlich des DRK-Seminars „Der Mensch in der Katastrophe – Ursachen, Hilfe, Vorbeugung“ Ende April in Remagen-Rolandseck bei Bonn hielt.

Am 11. Dezember 1987 und am 22. Dezember 1989 verabschiedete die Generalversammlung der Vereinten Nationen zwei Resolutionen, die die neunziger Jahre zur „International Decade for Natural Disaster Reduction“ erklären. Laut Resolution von 1989 besteht das Gesamtziel der Dekade darin, „durch konzertierte internationale Maßnahmen, insbesondere in den Entwicklungsländern, die Verluste an Menschenleben, die Sachschäden und die sozialen und wirtschaftlichen Zerrüttungen zu mindern, die durch Naturkatastrophen verursacht werden“. Der Schwerpunkt der Dekade liegt auf der Katastrophenvorbeugung in den so-

genannten Entwicklungsländern, die im besonderen Maße von Naturkatastrophen bedroht sind.

Die Resolution von 1987 sieht neben internationalen Gremien die Gründung von nationalen IDNDR-Komitees vor. Mittlerweile sind über 100 nationale Komitees oder „focal points“ gegründet worden.

Nicht zu Unrecht kann hinterfragt werden, ob eine UN-Dekade, die Schaffung neuer UN-Gremien und die Gründung von nationalen IDNDR-Komitees einen vielversprechenden effizienten Aktionsrahmen für die Bewältigung von zukünftigen Katastrophenproblemen abgibt. Diese Skepsis ist nicht ganz unberechtigt, wenn man sich vor Augen führt, daß

– bereits 15 UN-Dekaden verkündet worden sind, um weltweiten Bedrohungen oder Entwicklungsproblemen zu begegnen. Ich erinnere an die Entwicklungs-, Abrüstungs-, Antirassismus-, Trinkwasserdekaden, etc. Gegenwärtig laufen sieben Dekaden und es gibt eine Vielzahl von Programmjahren und -tagen.

– Diese Dekaden haben teilweise nur einen sehr bescheidenen Erfolg gehabt und haben nicht verhindern können, daß sich die weltweiten Entwicklungs- und Umweltprobleme verschärft haben.

Gegenwärtige und zukünftige Katastrophenrisiken

Die Gründung nationaler IDNDR-Komitees, von denen viele bislang nur auf dem Papier stehen, gibt also dem Dekadenanliegen noch kein ausreichendes politisches Gewicht. Um die wirtschaftliche und soziale Bedeutung der Katastrophenvorbeugung zu erfassen, müssen wir uns die

gegenwärtigen und zukünftigen Katastrophenrisiken vor Augen führen.

Alle Veröffentlichungen zur Katastrophenentwicklung verweisen auf eine rapide Zunahme der Katastrophenschäden. In der Präambel der UN-Resolution von Dezember 1987 heißt es, daß die Naturkatastrophen „in den letzten zwei Jahrzehnten in der ganzen Welt über drei Millionen Menschenleben gefordert haben, das Leben von mindestens 800 Millionen weiteren Menschen beeinträchtigt und zu unmittelbaren Schäden in Höhe von 23 Milliarden Dollar geführt haben“. Die Angaben über den Umfang der Schäden variieren. Die Münchener Rückversicherung beziffert die volkswirtschaftlichen Schäden großer Naturkatastrophen – zu Preisen von 1990 – auf 40 Milliarden Dollar zwischen 1960 und 1969, auf 70 Milliarden Dollar zwischen 1970 und 1979 sowie auf 120 Milliarden Dollar zwischen 1980 und 1989. Etwa 20 bis 30 Prozent dieser Schäden waren versichert. In den letzten beiden Jahren war ein weiterer rapider Anstieg der Katastrophenschäden zu verzeichnen. Laut Münchener Rückversicherung sind die volkswirtschaftlichen Schäden allein der großen Naturkatastrophen 1990 auf 25 Milliarden Dollar und 1991 auf 26 Milliarden Dollar zu beziffern.

Die zunehmende Häufigkeit von Naturkatastrophen insbesondere in den sogenannten Entwicklungsländern wird auf die wachsende ökologisch und soziale Labilität dieser Länder, das heißt, auf ihr rapides Bevölkerungswachstum, die Überbeanspruchung des Naturraums, die Verknappung existenzsichernder Rückzugsgebiete und den Zerfall traditioneller Sozialstrukturen zurückgeführt. Ich darf daran erinnern, daß die Weltbevölkerung gegenwärtig jede Sekunde um drei Menschen, jeden

Tag um 250 000 Menschen und jedes Jahr um 93 Millionen Menschen zunimmt. Die Bevölkerung konzentriert sich zunehmend in teilweise gigantischen, städtischen Ballungszentren, die beispielsweise wie Tokio und Mexiko in stark gefährdeten Regionen liegen.

Ein zusätzliches Bedrohungspotential ergibt sich aus dem befürchteten Klimawandel. Allerdings kann nicht mit Bestimmtheit gesagt werden, ob die häufigeren und extremeren Naturereignisse der letzten Jahre bereits auf anthropogene Klimaänderungen zurückzuführen sind.

Hinsichtlich der zukünftigen katastrophalen Auswirkungen des künstlichen Treibhauseffekts, ist die Enquete-Kommission des Bundestages zum Schutz der Erdatmosphäre in ihrem Bericht von Mai 1990 aber zu beängstigenden Schlußfolgerungen gekommen. Hierzu heißt es: „Als eine Folge (des zusätzlichen Treibhauseffektes) wird sich die Ernährungssituation der Menschheit in großen Gebieten der Erde dramatisch verschlechtern und zu einer aus der Not geborenen Übernutzung und Zerstörung empfindlicher Ökosysteme führen. Damit verbundene Hungersnöte werden Verteilungskonflikte, große Wanderungsbewegungen beziehungsweise Umweltflüchtlingsströme auslösen. Angesichts dieser Entwicklung erscheint es schon nicht mehr möglich, eine bedrohliche Entwicklung zu vermeiden. Es ist deshalb unbedingt erforderlich, ihr möglichst schnell und mit der gebotenen Intensität entgegenzutreten.“

Mit technischen Maßnahmen ist den sozioökonomischen Problemen, die der Katastrophenanfälligkeit zugrunde liegen, allein nicht beizukommen. Die Notwendigkeit einer Verbesserung der allgemeinen Lebensbedingungen ist unerläßliche Voraussetzung für eine Reduzierung der Katastrophenanfälligkeit. Diese Dimension vermissen ich etwas in dem programmatischen Ansatz der Vereinten Nationen und einzelner Komitees, die ihr Engagement meines Erachtens zu sehr auf technische, symptomorientierte Gegenmaßnahmen beschränken.

Technische Präventionsmaßnahmen, wie sie mit Erfolg in Industrieländern, zum Beispiel Japan, USA und Neuseeland, angewandt werden, reichen in Entwicklungsländern nicht aus, um die Katastrophenanfälligkeit nachhaltig zu mindern. In Entwicklungsländern wird eine ausschließlich auf technische Maßnahmen be-

Hans-Jürgen Wischnewski

Geboren am 24. Juli 1922 in Alenstein (Ostpreußen).

Besuch der Volksschule und des Gymnasiums, 1941 Abitur. 1941 bis 1945 Kriegsteilnehmer. Einjährige Ausbildung zum Gewerkschaftssekretär, bis 1951 Tätigkeit in der Metallindustrie, 1952 Volontär und 1953 bis 1959 Sekretär in der IG Metall. November 1982 Mitglied des Aufsichtsrates der Firma Klöckner-Humboldt-Deutz AG, Köln, als Arbeitnehmervertreter.

Mitglied des Präsidiums der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e. V.; Mitglied des Kuratoriums der Friedrich-Ebert-Stiftung. Mitglied der IG Metall. Mitglied des Aufsichtsrates der Mannesmann AG als Arbeitnehmervertreter.

Mitglied des Bundestages von 1957 bis 1990. Mitglied des Europäischen Parlaments von 1961 bis 1965. 1966 bis 1968 Bundesmi-



nister für wirtschaftliche Zusammenarbeit. Mai 1974 Parlamentarischer Staatssekretär im Auswärtigen Amt; August 1974 bis Dezember 1976 Staatsminister im Auswärtigen Amt. Dezember 1976 bis Dezember 1979 und vom 28. April 1982 bis 1. Oktober 1982 Staatsminister beim Bundeskanzler. Vom 28. April bis 1. Oktober 1982 zugleich Bevollmächtigter der Bundesregierung in Berlin.

schränkte Prävention allenfalls die bisherigen „Katastrophenlecks“ mehr oder minder notdürftig schließen, aber nicht verhindern können, daß Armut und Umweltzerstörung immer wieder neue Katastrophen begünstigen. Es wäre daher fatal, wenn sich die Dekade nur auf symptomorientierte Maßnahmen beschränken würde.

In den letzten Jahren läßt sich zunehmend eine Erhöhung der Nothilfe zu Lasten der Entwicklungshilfe, das heißt der Überlebenssicherung zu Lasten der Armutsüberwindung feststellen. Internationale und nationale Entwicklungshilfeorganisationen warnen bereits davor, daß wegen des zunehmenden Bedarfs an Katastrophenhilfe immer weniger Geld für langfristige Entwicklungsaufgaben zur Verfügung stünden.

Das Deutsche IDNDR-Komitee

Das Deutsche IDNDR-Komitee wurde als nichtrechtsfähiger Verein gegründet. Es versteht sich als eine

private Vereinigung, die sich aus verschiedenen Organisationen, Verbänden, Privatunternehmen und persönlichen Mitgliedern zusammensetzt. Vertreter einzelner Ministerien nehmen als Gäste an den Sitzungen des Komitees und seiner Arbeitsgremien teil. Verschiedene Mitgliedsorganisationen sind halbstaatliche oder quasisstaatliche Einrichtungen; sie gewährleisten damit indirekt den Einfluß des Staates im Komitee. Dieser Einfluß wird auch durch die Finanzierung der Komiteeaktivitäten seitens des Auswärtigen Amtes deutlich.

Das im September 1989 gegründete Deutsche IDNDR-Komitee wurde inzwischen umgebildet und umfaßt nunmehr zusätzliche Organisationen der Katastrophen- und Entwicklungshilfe sowie privatwirtschaftliche Unternehmen. Das Komitee zählt dreißig Mitglieder. Je zehn Mitglieder, beziehungsweise Mitgliedsorganisationen sind der Katastrophen- und Entwicklungshilfe sowie der Wissenschaft zuzurechnen. Die Privatwirtschaft ist bislang neben dem Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI), durch zwei weitere Mitglieder vertreten. Dem Bereich Politik und Medien sind sieben Mit-

gliedert zuzuordnen. Das Deutsche IDNDR-Komitee sieht es als besondere Herausforderung an, alle gesellschaftlichen Kräfte zu einer konzentrierten Aktion im Sinne der IDNDR-Ziele zusammenzubringen.

Jährlich finden zwei Komiteesitzungen statt. Die eigentliche Arbeit des Komitees wird durch einen achtköpfigen Vorstand, der zirka fünf- bis sechsmal pro Jahr tagt, durch einen Wissenschaftlichen- und einen Operativen Beirat sowie durch die Geschäftsstelle in Bonn geleistet. Das Komitee wird seit Anfang April 1992 von mir geleitet. Beim Aufbau des Komitees haben sich der bisherige Vorsitzende, Herr Botschafter a. D. Günther van Well, die Gremien und die Geschäftsstelle große Verdienste erworben.

Die Aufgabenbereiche des Komitees lassen sich wie folgt zusammenfassen:

1. Aufklärung der Öffentlichkeit und der politischen Instanzen über Katastrophenrisiken und Sensibilisierung für die Notwendigkeit globaler entwicklungspolitischer und ökologischer Weichenstellungen

2. Initiierung operativer und wissenschaftlicher Präventionsprogramme.

Das Komitee hat also im wesentlichen koordinierende und stimulierende Aufgaben. Die Planung, Durchführung und Finanzierung von IDNDR-Projekten ist nicht Aufgabe des Komitees.

Auf der fachlich-technischen Ebene richtet sich das Hauptinteresse des Deutschen IDNDR-Komitees auf einen Beitrag der Bundesrepublik Deutschland zur Minderung der Katastrophenanfälligkeit in Entwicklungsländern. Aus der Sicht dieser Länder sind Vorkehrungen gegen Naturkatastrophen ebenso als menschliches Grundbedürfnis wie medizinische Präventivversorgung, Trinkwasserversorgung, Wohnungsbau, etc. anzusehen. Darüber hinaus dienen Vorbeugemaßnahmen dazu, volkswirtschaftliche Schäden zu verhindern. Das Komitee ist daher der Auffassung, daß im Rahmen der deutschen Entwicklungshilfe verstärkt präventive Maßnahmen zur Reduzierung der Katastrophenanfälligkeit gefördert werden sollten.

Aktivitäten des Deutschen IDNDR-Komitees

Von großer Bedeutung ist die Öffentlichkeitsarbeit. Sie hat zum Ziel,

die Bevölkerung und die einschlägigen Organisationen und politischen Instanzen über das gegenwärtige und zukünftige Katastrophenpotential aufzuklären, das Verständnis für die Zusammenhänge zwischen Katastrophenanfälligkeit und Armut zu wecken, den Handlungsbedarf im Bereich der Katastrophenvorbeugung zu verdeutlichen und vor allem die notwendige politische Lobby für die Inangriffnahme notwendiger Aktionen zu schaffen. Hierbei ist das Komitee auf die Unterstützung der Medien angewiesen – eben auf eine Berichterstattung, die sich nicht nur auf Meldungen im Katastrophenfall beschränkt, sondern sich um Aufklärung und Sensibilisierung über die Katastrophenvorbeugung bemüht.

Bestandsaufnahme der bisherigen wissenschaftlichen und operativen Aktivitäten im Bereich der Katastrophenvorbeugung: Der Wissenschaftliche Beirat hat eine sehr umfangreiche Bestandsaufnahme erarbeitet, die gerade veröffentlicht wurde. Außerdem sind eine Reihe von Forschungsvorhaben geplant. Im Bereich der Geowissenschaften dürften das neu gegründete Geoforschungszentrum in Potsdam, das über eine Abteilung Disasterforschung verfügt, sowie die Bundesanstalt für Geowissenschaften die wichtigsten Förderungsinstitutionen für Katastrophenvorbeugungsprojekte sein.

Die Geschäftsstelle des Deutschen IDNDR-Komitees hat eine Bestandsaufnahme über die „Beiträge staatlicher und nichtstaatlicher Organisationen der Bundesrepublik Deutschland zur Katastrophenvorbeugung in Entwicklungsländern“, die auch in englischer Sprache vorliegt, erarbeitet. Diese Übersicht macht die verschiedenen Aktionsfelder der Katastrophenvorbeugung deutlich und zeigt, daß bereits in der Vergangenheit von deutscher Seite beachtliche Anstrengungen zur Minderung der Katastrophenanfälligkeit unternommen wurden. Der weitere Handlungsbedarf in diesem Bereich ist aber groß, wenn wir die Katastrophenanfälligkeit der sogenannten Entwicklungsländer in Grenzen halten, ja vor allem vermindern wollen.

Einbeziehung der Rückversicherungsgesellschaften in die IDNDR-Aktivitäten: Die Rückversicherungsgesellschaften sind, wie ein Anfang März 1992 durchgeführtes Seminar zeigte, daran interessiert, Probleme der Katastrophenvorbeugung wie die Erstellung von Risikokarten, die Er-

mittlung des Schadenspotentials für verschiedene Katastrophenszenarien, die Erarbeitung von Vorbeugempfehlungen und -vorschriften, etc. in einer konzentrierten Aktion gemeinsam mit wissenschaftlichen Einrichtungen sowie Entwicklungshilfeorganisationen anzugehen. Hier deuten sich interessante Ansätze für eine „konzertierte Aktion“ an.

Initiierung und Unterstützung einzelner Katastrophenvorbeugvorhaben: Geplant sind unter anderem Projekte zur Stabilisierung von Lehmziegelbauten in den Andenstaaten, Erarbeitung von Risikokarten der Region La Paz/Bolivien, der Förderung von Fernerkundungsprojekten, der Deutschen Agentur für Raumfahrtangelegenheiten.

Einbindung der Bundeswehr in die Katastrophenhilfe: Im Einvernehmen mit dem Bundesverteidigungsministerium, dem Außenministerium und den Hilfsorganisationen läßt das Deutsche IDNDR-Komitee gegenwärtig ein Gutachten über die Möglichkeiten der Zusammenarbeit zwischen den Hilfsorganisationen und der Bundeswehr im Rahmen der deutschen Humanitären Hilfe im Ausland erstellen. Die Einbindung der Bundeswehr in die Humanitäre Hilfe ist ein delikates politisches Thema, das noch nicht ausdiskutiert ist.

Koordinierung der Katastrophenhilfe: Die Schaffung von Koordinierungsmechanismen für die Katastrophenhilfe gehört zu den Aufgaben der Katastrophenvorbeugung; denn durch eine verbesserte Koordinierung kann die Effizienz der Katastrophenhilfe im Ausland gesteigert und damit das Ausmaß der Katastrophen gemindert werden.

Ausblick

Nach meiner Überzeugung gewinnt das IDNDR-Programm im internationalen und nationalen Kontext zunehmend an politischem Gewicht. Katastrophenhilfe und -vorbeugung sind angesichts der Katastrophenanfälligkeit unserer Erde, insbesondere aber der Entwicklungsländer, bedauerlicherweise als „Wachstumsbranchen“ einzustufen, die in Zukunft vermehrt politisches Interesse sowie Kapital- und Personalressourcen binden werden. Unsere gemeinsame Aufgabe ist es, diese bedrängenden Zukunftsprobleme als Herausforderung anzunehmen. Es ist noch nicht zu spät dafür, aber bereits recht spät.

Ein neues Konzept

Modifizierte Erste-Hilfe-Ausbildung hat sich bewährt – Mehr praktische Übungen, weniger Theorie

Die Zahl der Berufsfeuerwehren in der Bundesrepublik Deutschland beträgt zur Zeit rund 100. Etwa zwei Drittel der Wehren sind neben ihren primären Aufgaben, der Brandbekämpfung und Technischen Hilfeleistung, auch mit dem Rettungs- und Krankentransportdienst betraut. Aufgabe des Rettungsdienstes ist es, Notfallpatienten Erste Hilfe zu leisten, sie transportfähig zu machen und sie unter fachgerechter Betreuung in ein für die weitere Versorgung geeignetes Krankenhaus zu befördern. In gleicher Weise übernimmt der Rettungsdienst auch den Transport von Kranken sowie Verletzten, bei denen kein Notfall vorliegt.

Ein breites Aufgabenfeld, das neben den zum Einsatz kommenden Notärzten auch qualifiziertes Personal der Berufsfeuerwehren erfordert. So zählt zum Ausbildungsprogramm der Feuerwehren, die im Rettungsdienst tätig sind, neben der umfangreichen feuerwehrtechnischen Schulung des Nachwuchses auch die Ausbildung der angehenden Wehrmänner zum Rettungssanitäter beziehungsweise -assistenten. Sie macht den Feuerwehrmann zum fachkundigen Helfer des Arztes am Unfallort und sichert damit eine schnelle und qualifizierte Hilfe.

tungssanitäter/-assistenten ausgebildet, es besucht im Rahmen seiner Schulung einen Erste-Hilfe-Kurs.

Mitte der 80er Jahre setzten bei der Berufsfeuerwehr Nürnberg Überlegungen ein, die bisherige Erste-Hilfe-Ausbildung der Feuerwehrmänner in ein neues Konzept zu bringen. Im Mai 1987 bildete sich unter der Leitung von Michael Kratzer, damals im Medizinstudium, heute Feuerwehrarzt der Feuerwehr Nürnberg, eine „Lehrgruppe Feuerwehrsaniätätsdienst“, die es sich zum Ziel setzte, die Erste-Hilfe-Ausbildung neu zu konzipieren und mit mehr praxisbezogenen Inhalten zu versehen. Einer der Grundgedanken war dabei, daß die Feuerwehr in vielen Fällen zuerst an der Einsatzstelle ist und zum Beispiel bei einem Verkehrsunfall mit Verletzten fachgerecht Hilfe leisten muß. Der Feuerwehrmann ist somit häufig erstes Glied der Rettungskette, und sein besonnenes und zweckmäßiges Handeln in den Minuten, die zwangsläufig

bis zum Eintreffen des Rettungsdienstes vergehen, ist vielfach mitbestimmend für den Ausgang des Notfalls. Auch zeigte sich in der Praxis die Notwendigkeit, bei schwierigen Einsatzlagen oder mehreren Verletzten, den Rettungsdienst vorübergehend zu unterstützen.

Um diesen Aufgaben gerecht zu werden, bedurfte es aus der Sicht der Feuerwehr Nürnberg einer veränderten Ausbildung. Der herkömmliche Erste-Hilfe-Kurs befähigt nach Ansicht Michael Kratzers die Feuerwehrmänner nicht ausreichend zur praktischen Erste-Hilfe-Leistung. Dies wurde auch von einem Großteil der Feuerwehrangehörigen so gesehen. Sie plädierten dafür, der praxisnahen Schulung mehr Raum zu geben.

„Es galt also, die Sanitätsausbildung für die Feuerwehr zu optimieren. Wir entwickelten einen neuen Ausbildungsplan, in dem die theoretische



Feuerwehrarzt Michael Kratzer (links) ist Initiator der neuen Erste-Hilfe-Ausbildung. Viel Unterstützung findet er bei Brandrat Armin Schneider.

Ein neues Konzept

Die Stadt Nürnberg ist eine der Kommunen, in denen der Rettungs- und Krankentransportdienst nicht in den Händen der Berufsfeuerwehr liegt. Diese Aufgabe wird ausschließlich durch die vier Hilfsorganisationen Arbeiter-Samariter-Bund, Bayerisches Rotes Kreuz, Johanniter-Unfall-Hilfe und Malteser-Hilfsdienst wahrgenommen. Aus diesem Grunde wird das hauptamtliche Personal im Feuerwehrdienst auch nicht zum Ret-

In Kleingruppen wird die Reanimation mit Hilfe des Phantoms geübt.



tische Schulung hinsichtlich Stoffumfang und Zeitdauer drastisch gekürzt wurde; in den Vordergrund der Ausbildung rückten praktische Übungen“, erläutert Michael Kratzer dem „Bevölkerungsschutz-Magazin“ sein neues Konzept. Die wesentliche Neuerung war die Reduzierung der Lerninhalte auf wenige Leitsymptome, die als Hauptkennzeichen einer lebensbedrohlichen Störung gelten.

Aus der praktischen Erfahrung heraus wurden folgende sieben Leitsymptome entwickelt:

- Bewußtlosigkeit
- Atemstillstand
- Kreislaufstillstand
- akute Atemnot (Luftnot)
- akuter Brustschmerz (Herzschmerz)
- Volumenmangelschock
- starke Blutung.

Bei Vorliegen eines Leitsymptoms müssen sofort ganz bestimmte Maßnahmen in einer konkreten Reihenfolge durchgeführt werden.

„Wir glauben, daß wir mit diesen wenigen Leitsymptomen die Erste Hilfe wesentlich erleichtert haben und den am Notfallpatienten in vielen Fällen unerfahrenen Feuerwehrmann in die Lage versetzen, den größten Teil

Auf dem Hof der Feuerwache werden einzelne Fallbeispiele durchgespielt.





Realistisch ist das Fallbeispiel „eingeklemmte Person“ in Szene gesetzt.

aller Notfälle sicher zu bewältigen“, sagt Michael Kratzer.

Intensive Ausbildung

Nach einem theoretischen Unterricht, in dem primär die wichtigsten Hintergründe der Leitsymptome besprochen werden, erfolgt eine inten-

sive praktische Ausbildung in Kleingruppen. Dies erfordert viele Ausbilder und geringe Kursstärken. „Meist führen wir die praktischen Übungen mit vier Ausbildern durch. Bei einer durchschnittlichen Teilnehmerzahl von 20 Personen bedeutet dies einen Ausbilder auf fünf Teilnehmer“, erläutert Michael Kratzer und zeigt am Beispiel des Leitsymptoms „Bewußtlosigkeit“ den Ablauf auf:

„Wir beginnen mit der Akutdiagnostik. Ein Ausbilder führt an einem ‚Bewußtlosen‘ langsam und schrittweise die Untersuchungen vor, während ein weiterer Ausbilder erklärt: Weckversuch, Mundschau, Atem-, Puls- und Pupillenkontrolle. Nach einer zweiten und gegebenenfalls dritten Lehrdemonstration beginnt die praktische Übung.“



Zum Ausbildungsprogramm zählt auch der Massenfall von Verletzten.

Jeweils zwei Teilnehmer gehen zusammen. Einer davon legt sich auf den Boden, der andere kniet daneben. Wir lassen die Übenden sich so hinlegen, daß ein Kreis aus Helfern und ‚Verletzten‘ entsteht. Nun beginnt die Übung der Akutdiagnostik. Ein Ausbilder sagt die Untersuchungen Schritt für Schritt an, die anderen Ausbilder überwachen die richtige Durchführung.

Dann erfolgt der Wechsel. Die ‚Verletzten‘ bleiben liegen, die Helfer wechseln im Uhrzeigersinn zum nächsten ‚Patienten‘, und die Untersuchung beginnt erneut. So führen wir beim ersten Mal bis zu zehn Wechsel durch. Dann dürfen die ‚Patienten‘ aufstehen, und die Helfer müssen die Prozedur über sich ergehen lassen.

Sinn dieser Kreisübungen ist es, den Teilnehmern genügend Zeit zu geben, sich die Akutdiagnostik einzuprägen. Auch gibt dies Gelegenheit, an verschiedenen ‚Patienten‘ das Tasten des Karotispulses zu üben. Anschließend wird in gleicher Weise die stabile Seitenlage geübt.

Kreisübungen führen wir auch beim Aufsuchen des Druckpunktes für die Reanimation oder bei der Übung der Beatmung an verschiedenen Phantomen durch.

Unabdingbar ist, daß die praktischen Übungen ganze Handlungsabläufe umfassen. Sie dürfen sich nicht nur auf Einzelmaßnahmen beschränken. Natürlich muß der Teilnehmer zunächst die einzelnen Maßnahmen erlernen. Beherrscht er sie dann, wird der gesamte Ablauf eingeübt.“

Realistische Fallbeispiele

Den praktischen Maßnahmen als Trockentraining folgen konkrete praktische Fallbeispiele, die es dem Teilnehmer ermöglichen, an möglichst realistischen Einsatzbeispielen das jeweilige Leitsymptom zu erkennen, um dann die erforderlichen Maßnahmen ergreifen zu können. Er soll damit in die Lage versetzt werden, das Wesentliche der Ersten Hilfe zu erkennen, praktisch umzusetzen, alle Maßnahmen richtig und schnell durchzuführen und sich nicht durch Unwichtiges ablenken zu lassen.

Dazu gibt es ca. 35 Standardfallbeispiele, die sich meist ohne großen Aufwand situationsgerecht darstellen lassen. Begonnen wird mit dem einfachen Leitsymptom „Bewußtlosig-

keit“. Als Fallbeispiele werden durchgeführt:

- bewußtlose Person im Pkw, Erbrochenes im Mund,
- bewußtlose Person hinter Müllcontainer, Alkoholintoxikation, Erbrochenes im Mund,
- gestürzter Radfahrer, bewußtlos, Erbrochenes, kleine Kopfplatzwunde.

Die Fälle lassen sich beliebig steigern.

Anschließend folgen Erschwernisse, z. B. Zustandsänderungen: Während der Überwachung nach erfolgter Erstversorgung tritt Atemstillstand ein, der erkannt und behandelt werden muß und ähnliches.

Etwas aufwendige, aber für den Lernerfolg absolut notwendige Fallbeispiele sind:

- Messerstich im Unterarm, Leitsymptome starke Blutung und Volumenmangelschock,
- Person unter Straßenbahn mit allen möglichen Variationen,
- Person im Pkw eingeklemmt, nicht ansprechbar, bewußtlos, Atemstillstand,
- und der Großunfall mit Massenankunft von Verletzten, der aus organisatorischen Gründen nur mit 15 bis 20 „Verletzten“ durchgeführt werden kann.

„Es ist die einhellige Meinung aller Teilnehmer“, so Michael Kratzer, „daß diese Fallbeispiele das Wichtigste an der ganzen Sanitätsausbildung sind und nur durch sie eine ausreichende Sicherheit in der Notfallversorgung erreicht wird.“

Auf eine Prüfung als Abschluß der Ausbildung wird verzichtet. Ein flexibler Unterrichtsverlauf muß sicherstellen, daß jeder Teilnehmer am Ende alle praktischen Maßnahmen im Handlungsablauf beherrscht. Statt einer Prüfung wird am Ende der Schulung zur Wiederholung für die Lehrgangsteilnehmer und als Erfolgs-

kontrolle für die Ausbilder ein Zirkeltraining in Erster Hilfe durchgeführt.

Dazu werden in einem Rundkurs auf der Feuerwache so viele Stationen realistisch aufgebaut, daß jeweils zwei Teilnehmer an einer Station beginnen. Ein Wechsel erfolgt im Uhrzeigersinn alle zehn Minuten. Der Stationsausbilder soll die Übenden zunächst nur überwachen, dann Fehler besprechen und als Resümee den richtigen Ablauf nochmals wiederholen. Das Zirkeltraining wird von den Teilnehmern wegen seiner Effektivität sehr gelobt.

Ein unverzichtbarer Bestandteil der Erste-Hilfe-Ausbildung ist natürlich die regelmäßige Wiederholung. Es wurde daher festgelegt, in der sogenannten Wachenschulung jährlich eine Frühjahrs- und Herbstschulung in Erster Hilfe von vier Stunden Dauer für alle Feuerwehrbeamten durchzuführen, wobei in der Frühjahrsausbildung als Schwerpunkt Lebensrettende Sofortmaßnahmen und im Herbst die Herz-Lungen-Wiederbelebung geübt werden.

Ausbildung in zwei Stufen

Die hier geschilderte, inzwischen auf 80 Stunden ausgedehnte Schulung ist die erste Stufe des Ausbildungskonzepts „Erste Hilfe“ der Feuerwehr Nürnberg. Sie gilt als Grundausbildung für die rund 350 Wehrmänner der Berufsfeuerwehr und umfaßt die Lebensrettenden Sofortmaßnahmen, die Herz-Lungen-Wiederbelebung sowie feuerwehrtypische Notfallsituationen.

Um auch über die Grundmaßnahmen der Ersten Hilfe hinaus weiterführende Maßnahmen durchführen zu können, bildet die Feuerwehr Nürnberg auf freiwilliger Basis in einer zweiten Stufe Feuerwehrsani-

Der Feuerwehrsani-
täter ist
schnell zu erken-
nen, sein Helm
trägt eine ent-
sprechende Auf-
schrift.



aus. Diese 40stündige Zusatzausbildung beinhaltet zum Beispiel die Themen Atemspende mit der Mund-zu-Taschen-Maske, intensive Reanimation am Säuglings- und Kinderphantom, Sauerstoffbeatmung mit dem Ambu-Baby-Beutel, Intubationsbeatmung und Anwendung der Absaugpumpe. Erlern wird auch die Assistenz bei notärztlicher Versorgung mit Infusion, Injektion und Intubation sowie die Anwendung aller vorhandenen Sanitätsgeräte (Schaufeltrage, Vakuummattmatratze, Halskrause) und der Dosieraerosole.

Inzwischen verfügt die Berufsfeuerwehr Nürnberg über 45 Feuerwehrsani-täter. Die Planung sieht für jede der zwölf Wachabteilungen fünf Feuerwehrsani-täter vor, so daß die Gesamtzahl im Endstadium bei 60 liegen wird.

Das neue Ausbildungskonzept in Erster Hilfe wurde auch auf die 18 Freiwilligen Feuerwehren der Stadt Nürnberg übertragen. Die rund 650 Wehrmänner besuchen alle nach und nach einen 16stündigen Grundlehrgang. Wer sich zum Feuerwehrsani-täter schulen lassen will, muß weitere 66 Ausbildungsstunden absolvieren, um die nötige Qualifikation zu erreichen.

Notfallkoffer entwickelt

Schon nach dem ersten Lehrgang für Feuerwehrsani-täter im Jahre 1988 zeigte sich, daß das auf den Einsatzfahrzeugen der Berufsfeuerwehr Nürnberg vorhandene Sanitätsmaterial nicht ausreichend ist. Die Wehrmänner fragten während der Ausbildung mit Recht, warum sie zum Beispiel das Anlegen von Kältekompressen oder die Sauerstoffanwendung erlernen, wenn keine entsprechende Ausstattung auf den Fahrzeugen vorhanden ist.

Aus diesem Grund entwickelte die „Lehrgruppe Feuerwehrsani-tätsdienst“ einen Notfallkoffer, der alles beinhaltet, was zur Durchführung Lebensrettender Sofortmaßnahmen durch jeden Feuerwehrmann notwendig ist. Daneben enthält der Koffer zusätzliches Material für erweiterte Maßnahmen des Feuerwehrsani-täters.

Die Bestückung setzt sich wie folgt zusammen:

- Beatmungsbeutel Ambu Mark III
- 1,0-l-Sauerstoffflasche für Sauerstoffinhalation oder -beatmung
- Absaugpumpe

Die beiden von der Berufsfeuerwehr Nürnberg entwickelten Notfallkoffer.

(Fotos: Feuerwehr Nürnberg 4, Sers 3)



- Blutdruckmeßgerät und Stethoskop
- Kortisonspray gegen Rauchvergiftung
- Dosieraerosole bei Asthma- und Herzanfall
- Verbandstoffs Sortiment und Rettungsdecke
- Wunddesinfektionsmittel
- Kältekomresse und Kühlspray
- Augenspülbeutel
- Infusionsset u. v. m.

Jeder der vier Löschzüge der Berufsfeuerwehr Nürnberg verfügt heute über einen großen Notfallkoffer.

Überlegungen, daß auch bei isolierten Einsätzen einzelner Feuerwehrfahrzeuge eine gute Sanitätsausstattung nicht fehlen darf, führten etwas später zur Entwicklung eines kleinen Notfallkoffers. Er ist handlicher und geringer bestückt als der große Koffer, ermöglicht aber dennoch alle wesentlichen Hilfeleistungen. Gefüllt ist er mit:

- Beatmungsbeutel Ambu Mark III
- 1,0-l-Sauerstoffflasche für Sauerstoffinhalation oder -beatmung
- Kortison-Notfallpäckchen
- kleines Verbandstoffs Sortiment (für Druckverband, Brandwunde, kl. Wundversorgung)
- Kleiderschere
- Rettungsdecke
- Einmalhandschuhe.

Zur Zeit sind 22 Einsatzfahrzeuge mit diesem Notfallkoffer ausgestattet. Auch die Freiwilligen Feuerwehren sollen nach und nach mit diesem kleinen Notfallkoffer ausgerüstet werden.

Sichtbarer Erfolg

Die bisher erzielten Fortschritte in der Sanitätsausbildung und die hieraus resultierenden Erfolge bei Einsät-

zen der Feuerwehr Nürnberg spiegeln sich inzwischen auch in der Stellung der „Lehrgruppe Feuerwehrsani-tätsdienst“ wider. Sie wurde 1990 der Abteilung „Ausbildung“ der Branddirektion Nürnberg als Unterabteilung „Feuerwehrsani-tätsdienst“ angegliedert und besteht zur Zeit aus sechs hauptamtlichen Ausbildern bzw. Ausbildungsassistenten. Hinzu kommen zwei ehrenamtlich tätige Feuerwehrärzte sowie fünf Feuerwehrsani-täter der Freiwilligen Wehren, die als Ausbildungsassistenten mitwirken.

„Ein Schritt nach vorn“

„Wir freuen uns über das, was wir inzwischen erreicht haben“, sagt Brandrat Armin Schneider, Sachgebietsleiter für Ausbildung und Katastrophenschutz der Berufsfeuerwehr Nürnberg, zum Abschluß des Gesprächs mit dem „Bevölkerungsschutz-Magazin“. „Die Feuerwehrmänner und auch die Einsatzleitung sind begeistert von dieser Entwicklung. Wir können die in der Ausbildung praxisnah vermittelten Kenntnisse vielfach bei Einsätzen verwenden. Eine Bestätigung unseres Weges finden wir auch in der kürzlich ausgesprochenen Empfehlung der ‚Arbeitsgemeinschaft der Leiter der Berufsfeuerwehren‘, die von Michael Kratzer entwickelte 80-Stunden-Ausbildung in Erster Hilfe bundesweit bei den Berufsfeuerwehren einzuführen, die nicht im Rettungsdienst mitwirken. Dies ist für mich ein großer Schritt nach vorn.“

- güse -

„Kalter Fritz“

Stabsrahmenübung der Arbeitsgruppe „Grenzüberschreitender Katastrophenschutz“ der europäischen Rotkreuz-Gesellschaften in Meckenheim-Merl

Grundlagen

In der Resolution 21 der XXV. Internationalen Rotkreuz-Konferenz 1986 in Genf, die von Vertretern der beteiligten Rotkreuz-Gesellschaften wie gleichermaßen von den beteiligten Vertretern der jeweiligen Staaten verabschiedet wurde, wird gefordert, daß die nationalen Rotkreuz-Gesellschaften zur Sicherstellung der Hilfsmöglichkeiten mit ihren Staaten die erforderlichen Verträge und Abmachungen abschließen bzw. treffen sollen.

In einer Tagung der westeuropäischen Rotkreuz-Gesellschaften in der DRK-Bundesschule in Meckenheim-Merl am 16. und 17. Dezember 1987 wurden erstmals konkrete Möglichkeiten der Zusammenarbeit bei grenzüberschreitenden Katastrophen erörtert und gefunden. Alle Vertreter der Rotkreuz-Gesellschaften berichteten in ihren Beiträgen über die rechtliche Situation ihrer Gesellschaft in ihrem Staat in der Mitwirkung im Zivil- und Katastrophenschutz und beschrieben ihr Potential.

Schon die Einzelberichte der Vertreter der Rotkreuz-Gesellschaften zeigten deutlich auf, wie verschieden die Verhältnisse in rechtlicher und organisatorischer Hinsicht in den einzelnen Staaten sind und wie schwierig es sich gestalten wird, die erforderlichen Gemeinsamkeiten herauszuarbeiten und so darzustellen, daß alle beteiligten Staaten und Rotkreuz-Gesellschaften angemessen berücksichtigt werden.

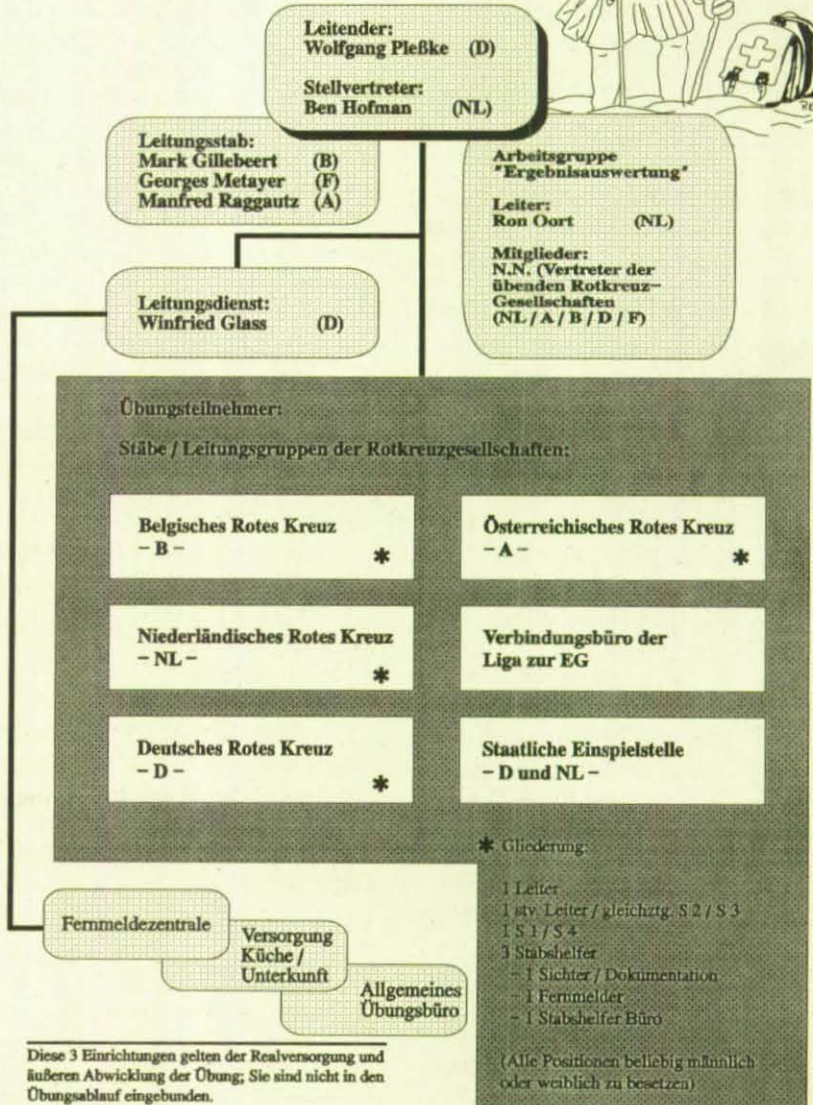
Gegenseitige Hilfeleistung bei Katastrophen oder schweren Unglücksfällen ist eine traditionell geübte Praxis zwischen der Bundesrepublik Deutschland und ihren Nachbarstaaten, die sich naturgemäß vor allem im Grenzbereich entfaltet. Katastrophen der letzten Jahre haben die Erkennt-

nis vermittelt, das Hilfspotential der europäischen Staaten soweit wie möglich im Bedarfsfall auch über den grenznahen Raum hinaus zu nutzen.

Dazu bedarf es klarer Absprachen, insbesondere über die zuständigen Stellen, die Erleichterung des grenzüberschreitenden Verkehrs von Per-

Stabsrahmenübung KALTER FRITZ

16. bis 19. Januar 1992
in der DRK-Bundesschule Merl
- Organisationsübersicht -



sonen und Sachen, Schadenersatz-, Haftungs- und Kostenfragen.¹⁾

Die mittlerweile mit den Staaten Belgien, Dänemark, Frankreich, Luxemburg, Niederlande, Österreich, Schweiz und im Oktober 1990 auch mit der Sowjetunion getroffenen diesbezüglichen zwischenstaatlichen Abkommen sind im wesentlichen inhaltsgleich.

Den zwischenstaatlichen Abkommen liegt folgende gemeinsame Begriffsdefinition zugrunde: „Katastrophe oder schwerer Unglücksfall (im Sinne dieses Abkommens) ist ein Geschehen, das Leben oder Gesundheit zahlreicher Menschen, erhebliche Sachwerte oder die lebensnotwendige Versorgung der Bevölkerung in so ungewöhnlichem Maße schädigt oder gefährdet, daß zu einer Bekämpfung auch der Einsatz von Einheiten und Einrichtungen erforderlich erscheint, die nicht für den täglichen Einsatz ständig zur Verfügung stehen.“

Die Arbeitsgruppe „Grenzüberschreitender Katastrophenschutz“

Die Tagungsteilnehmer waren sich einig, daß ein allgemeingültiger Vereinbarungstext für die Rotkreuz-Gesellschaften erstellt werden muß. Die individuellen bilateralen Belange müssen berücksichtigt und die Zusammenarbeit bei grenzüberschreitenden Katastrophen wirksamer gestaltet werden. Eine Arbeitsgruppe auf der Grundlage der Resolution „Katastrophenhilfe bei technischen Unglücksfällen“ der XXV. Internationalen Rotkreuzkonferenz (1986) sollte ihre Arbeit, gemäß Vorschlag des Schweizerischen Roten Kreuzes unter Federführung des Deutschen Roten Kreuzes, aufnehmen. Auftrag der Arbeitsgruppe sollte es sein, eine für alle Rotkreuz-Gesellschaften verbindliche Strategie zu erarbeiten, damit bei grenzüberschreitenden Unglücksfällen und Katastrophen durch die Beteiligung der Rotkreuz-Gesellschaften wirksame und schnelle Hilfe geleistet werden kann.

Die Arbeitsgruppe setzt sich zusammen aus Vertretern des

- Belgischen Roten Kreuzes,
- Französischen Roten Kreuzes,
- Niederländischen Roten Kreuzes,
- Österreichischen Roten Kreuzes,
- Verbindungsbüros der Internationalen Föderation der Rotkreuz-Gesellschaften zur EG in Brüssel,



Die Stabsrahmenübung wurde von Mitgliedern der Arbeitsgruppe „Grenzüberschreitender Katastrophenschutz“ geplant und geleitet (v. r. n. l.): Manfred Raggautz, Österreichisches Rotes Kreuz; Mark Gillebeert, Belgisches Rotes Kreuz; Wolfgang Pleßke, DRK; Ben Hofman, Niederländisches Rotes Kreuz; und Winfried Glass, DRK.

- Deutschen Roten Kreuzes.

Seit Entgegennahme ihres Auftrages hat diese Arbeitsgruppe jährlich zweimal am Ort der Generalsekretariate der beteiligten Rotkreuz-Gesellschaften getagt und mittlerweile folgende Resultate ihrer Arbeit vorgelegt:

- Musterrahmenempfehlung „Grenzüberschreitende gegenseitige Hilfeleistung bei Katastrophen und Unglücksfällen“ für die Rotkreuz-Gesellschaften,
- Muster für eine bilaterale Vereinbarung zwischen Rotkreuz-Gesellschaften zur Zusammenarbeit in den grenzüberschreitenden gegenseitigen Hilfeleistungen bei Katastrophen und Unglücksfällen,
- Alarmplan der europäischen Rotkreuz-Gesellschaften, soweit sie in der Arbeitsgruppe mitwirken, als Arbeitsgrundlage für die Internationale Föderation der Rotkreuz-Gesellschaften,
- Curriculum für die Ausbildung der Helferschaft, die bei grenzüberschreitenden Einsätzen verwendet werden soll,
- Seminarzyklus für Führungskräfte im Grenzüberschreitenden Katastrophenschutz.

Der Alarmplan der europäischen Rotkreuz-Gesellschaften wurde der Internationalen Föderation der Gesellschaften vom Roten Kreuz und Roten Halbmond (früher Liga) in Genf mit der Bitte übergeben, weitere Rotkreuz-Gesellschaften für die Aufnahme ihrer Daten in den Alarmplan zu interessieren. Eine Überprüfung der

Durchführbarkeit der darin enthaltenen Verfahrensregelungen, vor allem zur Logistik und sanitätsdienstlichen Versorgung der grenzüberschreitend eingesetzten Einheiten, sollte nach Auffassung der Arbeitsgruppe in Form einer Stabsrahmenübung auf internationaler Ebene erfolgen.

In der praktischen Ausfüllung dieser rechtlichen Rahmenbedingungen, deren politischer, ideeller und praktischer Wert nicht hoch genug eingeschätzt werden kann, sind die Trägerorganisationen für die beteiligten Einheiten und Einrichtungen des Katastrophenschutzes gefordert. Hier ist eine sinnvolle Aufgabenstellung und deren Abstimmung zwischen den Staaten und den Trägerorganisationen erforderlich. Für das Rote Kreuz gilt zumindest in der Bundesrepublik Deutschland, daß darüber hinaus das Recht und die Pflicht zum Selbsteintritt des Roten Kreuzes in die Hilfeleistung Bestandteil seines satzungsgemäßen Selbstverständnisses für den Fall ist, daß – aus welchen Gründen auch immer – kein behördlicher Auftrag gegeben ist oder erteilt werden kann.

Die Stabsrahmenübung

Um dies zweckmäßig ausgestalten zu können, wurde der Alarmplan der europäischen Rotkreuz-Gesellschaften von der Arbeitsgruppe „Grenzüberschreitender Katastrophenschutz“ entwickelt. Eine praktische

Prüfung der Verfahrensweisen sollte in einer Stabsrahmenübung erfolgen. Diese Übung war ursprünglich bereits im Januar 1991 vorgesehen und fiel terminlich genau mit dem Beginn des Golfkrieges zusammen, weshalb sie um ein Jahr verschoben wurde.

In einer allgemeinen Übungsanweisung, die von den mitübenden Rotkreuz-Gesellschaften (identisch mit der Beteiligung in der Arbeitsgruppe) akzeptiert wurde, stand zur Erläuterung der Übungsart:

„Unter einer ‚Stabsrahmenübung‘ versteht man eine Übung, bei der in erster Linie ein Stab, aber auch ein stabsähnliches Führungsinstrument oder mehrere Stäbe geschult werden (soll/en).

Zusätzlich üben als ‚Rahmen‘ alle für die ‚Beschäftigung‘ des Stabes oder der Stäbe erforderlichen Einheiten/Einrichtungen der Führung, des Fernmeldedienstes sowie beteiligte Dienststellen mit, soweit sie nicht durch den Leitungsdienst dargestellt werden.

Alle Schadenslagen werden bei dieser Übung nur fiktiv vom Leitungsdienst auf den verschiedenen Ebenen eingespielt. Um das Übungsziel zu erreichen, wird der Schadensablauf zeitlich und sachlich komprimiert und ggf. verkürzt dargestellt.

Für die übenden Stäbe wird hierdurch eine realistische Arbeitsweise erreicht, ohne daß, wie bei einer Vollübung, umfangreiche reale Schadensdarstellungen sowie der kostenintensive Einsatz von Einheiten/Einrichtungen erforderlich sind.“⁽²⁾

Die Übung erhielt aufgrund der angenommenen Lage die Bezeichnung „Kalter Fritz“, durch die Niederländer übersetzt und zum einprägsamen Spitznamen geworden als „Freezing Freddy“. Mit einer Karikatur als Übungs Emblem wurde der Andenkeneffekt für die Übungsteilnehmer noch erhöht.

Die Organisation und Gliederung der Übung, die vom 16. bis 19. Januar 1992 in der DRK-Bundesschule in Meckenheim-Merl stattfand, ist aus der abgebildeten Organisationsübersicht zu entnehmen.

Gemäß den Anforderungen der Arbeitsgruppe, die durch ihre Mitglieder auch die Übung leitete, wurde der Alarmplan der europäischen Rotkreuz-Gesellschaften mit den Schwerpunkten des Anlaufens und des Auslaufens eines grenzüberschreitenden Hilfeinsatzes verfahrensmäßig durchgespielt.

Eingeteilt in fünf thematisierte Übungsabschnitte wurden detaillierte Übungsziele angestrebt:

1. Alarmieren der Stäbe / Leitungsgruppen der Rotkreuz-Gesellschaften

- Schnelles Herstellen der Arbeitsbereitschaft der Stäbe / Leitungsgruppen,
- Überprüfen der Alarmierungszeiten.

2. Vorbereitung des Hilfeersuchens an andere Rotkreuz-Gesellschaften

- Feststellung und Beurteilung der Lage und der Möglichkeiten der Hilfe von außen,
- Feststellung und Ablauf der Anforderungswege.

3. Ablauf von Hilfeersuchen und Zulauf der Hilfe von außen

- Durchführung
 - des erforderlichen Fernmeldeverkehrs,
 - der Verbindungsaufnahme,
 - der Genehmigungsverfahren,
 - der Unterrichtung in staatlichen Maßnahmen bzw. der Einbeziehung in solche Maßnahmen.

- Taktische Durchführung

4. Hilfe von außen im Einsatz

Praktisches Zusammenwirken

- in der Auftragsgestaltung,
- im Verbindungswesen,
- im Fernmeldewesen,
- in der Versorgung,
- bei der Abwicklung von Einsatzaufträgen,
- bei der Lösung unvorhergesehener Schwierigkeiten,
- bei Ablösungen.

5. Beendigung des Hilfeinsatzes von außen

- Feststellung und Beurteilung der Lage und des weiteren Bedarfs an Hilfen von außen,

- Feststellung und Ablauf des Verfahrens,

- Taktische Durchführung.

Die Übung lief rund um die Uhr, knapp 30 Stunden. Um die Katastrophensituation gegenüber der tatsächlichen Übungsdauer verlängern zu können, wurden zwei Zeitsprünge von je zwei Tagen eingebaut.

Als Katastrophengebiet wurde der Raum südwestlich von Münster/Westfalen ausgewählt, der mit den Städtenamen Bocholt, Borken, Coesfeld, Dorsten, Gelsenkirchen, Bottrop zu umreißen ist.

Das angenommene Schadensgebiet hat die Forderungen erfüllt, daß es

- im Lande der die Übung ausrichtenden Gesellschaft liegt,
- unterschiedliche Bevölkerungs-, Erwerbs- und Geländestrukturen aufweist,
- und an die Niederlande angrenzt.

Alle denkbaren Situationen, für deren Bewältigung der Grenzüberschreitende Katastrophenschutz ins Leben gerufen wurde, konnten so geübt werden.

Die Lageentwicklung

Die politische, wirtschaftliche und militärische Gesamtlage entsprach in jeder Hinsicht den realen Gegebenheiten. Auch die Situation der Katastrophenschutz- und Hilfsorganisationen, die materiell und personell aufgrund der hohen Beanspruchung der letzten Jahre angespannt ist, war den Tatsachen entsprechend angenommen. Diese real abgeleiteten Bedingungen bildeten auch nur den Rahmen als Gesamtlage. Als besondere Lage wurde vorgegeben, daß



Der Leitungsstab während einer Besprechung.



Professioneller Hight-Tech-Betrieb im Einsatzleitwagen des Belgischen Roten Kreuzes.

sich seit einer Woche von dem angenommenen Katastrophenbeginn Westeuropa, vornehmlich Belgien, Niederlande, Luxemburg und der westliche Teil Deutschlands als Kern, in einer Übergangszone zwischen extrem kalter Polarluft, die über Skandinavien einströmte und einer für die Jahreszeit viel zu warmen Strömung, die aus dem Mittelmeergebiet einfloß, befand. Dies hatte zu schweren Gewittern, einschneidenden Temperaturgegensätzen und Schneestürmen geführt. Ein Orkantief (der Orkan „Frieda“) griff seitdem über England auf Westeuropa über und verstärkte sich aufgrund der Temperaturgegensätze. Die Kälte (der „Kalte Fritz“) erhielt zunehmend Oberhand und es entstanden extrem kalte Orkanböen, die große Schäden anrichteten.

Der Totalausfall von Verkehrsverbindungen aller Art, der Wegfall jeglicher Entsorgung und mannigfache Gefährdungen aufgrund einer Kälte von mehr als -30°C bildeten den vielleicht aus der Sicht eines Meteorologen nicht professionell gestalteten, aber doch für eine Verfahrensübung interessanten Hintergrund, wenn im sonst so perfekt organisierten Deutschland tatsächlich einmal „nichts mehr geht“.

Der Übungsautor hatte sich in seiner Grundidee zum Übungsszenario von den Winterstürmen Anfang 1990 leiten und inspirieren lassen. Es kam dann wohl auch nicht von ungefähr, daß sich die EG an den Kosten der Übung beteiligt hat, nachdem sie 1991 für die Opfer der Winterstürme großzügige Hilfen geleistet hatte und der übungsmäßig angenommene

Notstand somit in die Hilfeleistungskonzeption der EG paßte.

Die weitere allgemeine Lageentwicklung ab dem 15. 1. 1992 durch die ganze Übung hindurch kann in Auszügen wie folgt beschrieben werden:³⁾

„Die vom Deutschen Roten Kreuz im gesamten Bundesgebiet und mit Schwerpunkt in Nordrhein-Westfalen eingesetzten Kräfte sind durchfroren und übermüdet; ihre Anzahl reicht bei weitem nicht aus, und es besteht bald ein Mangel im Nachschub verschiedenster Verbrauchsgüter. Die anderen staatlichen und privaten Hilfsorganisationen stehen vor den gleichen Problemen, daher sind gegenseitige Hilfen ausgeschlossen.“

Die Vorlaufzeiten, die von benachbarten Rotkreuz-Gesellschaften benötigt werden, um im Katastrophengebiet erscheinen und deutsche Kräfte ablösen, ersetzen oder ergänzen zu können, werden sich voraussichtlich so lange hinziehen, daß die deutschen Rotkreuz-Einheiten bis an die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit gefordert werden.“

Einsatzpotentiale des Belgischen und des Niederländischen Roten Kreuzes werden in Bereitstellungs-räume am Rande des Katastrophengebietes herangeführt, gepflegt und soweit möglich versorgt und von dort in ihre Einsatzräume abgerufen, wo sie den zuständigen Stellen zur Durchführung von Einsatzaufträgen unterstellt werden sollen.“

Aufgrund eines Angebotes der Deutschen Bundesbahn, aus Österreich kostenfrei Hilfspotentiale auf leeren Autoreisezügen, die in Winter-

sportgebiete fahren, in das Katastrophengebiet zu transportieren, ist es möglich, daß überregionale Katastropheneinheiten des Österreichischen Roten Kreuzes als weitere Ablösung und Ergänzung in das Katastrophengebiet verbracht werden können.“

Nachdem nach nahezu einer Woche der Orkan abflauen wird und die Kälte zurückgeht, außerdem deutsche Katastrophenschutz- und Hilfszug-Einheiten aus größerer Entfernung anrücken und die Ablösung vornehmen sollen, gilt es, die ausländischen Rotkreuz-Einheiten aus dem Katastrophengebiet herauszuziehen, in den Bereitstellungs-räumen ihre Fähigkeit zum Rückmarsch (v. a. in logistischer Hinsicht) herzustellen und sie dann in die Heimorte in den Entsendestaaten zurückzuführen.

Der Einsatz der ausländischen Rotkreuz-Einheiten wird bis zu seiner Beendigung mit abschließender Vorlage des Einsatztagebuches und der Kostenübersicht einschließlich aller Beurteilungen der Lage, Entschlußfassungen, Befehlsgebungen, Lagevorträgen, Meldungen, Karten mit Einzeichnungen usw. durchgeführt.“

Die Entwicklung der Lage wurde nur als „roter Faden“ vorgegeben; die Stäbe/Leistungsgruppen entschieden nach Lage, wie sie es für richtig hielten. Sie boten real existierende Einheiten zum Einsatz an und spielten diesen Einsatz mit allen erforderlichen Entscheidungs- und Führungsvorgängen schriftlich durch. Bei Abweichungen vom gedachten Verlauf paßte der Leitungsdienst mit Leitungsweisungen die Lageentwicklung wieder dem gedachten Verlauf an.

Im weiteren Verlauf der Übung eskalierte die Lage immer wieder:

„Der Orkan ‚Frieda‘ hat in ganz Westeuropa schwerste Schäden angerichtet. Vor allem in den westlichen Ländern der Bundesrepublik Deutschland sind schwere Beschädigungen an Häusern und Energieleitungen, durch Baumbruch und Unterbrechungen von Verkehrseinrichtungen und -wegen zu verzeichnen.“

Nach Massen-Unfallserien auf den Fernstraßen sind in Nordrhein-Westfalen wie auch im nördlichen Rheinland-Pfalz und in weiten Teilen Niedersachsens die Krankenhäuser voll belegt. Im benannten Großraum wurden bereits Tausende von obdachlosen Menschen in Schulen und Turnhallen untergebracht. Die Hilfsorganisationen sind mit ihrem gesamten Potential im Rettungs- und Betreuungseinsatz.“

In den Wettervorhersagen wird vor einem Kälteeinbruch in der bevorstehenden Nacht gewarnt. Die Katastrophenschutzbehörden der Bundesländer wie auch das Deutsche Rote Kreuz intern haben „Alarmwarnung“ ausgelöst.

Einen Tag später ist die Temperatur vorhersagegemäß rapide auf unter $-30\text{ }^{\circ}\text{C}$ gefallen.

Die Meldungen aus den Medien und Hinweise aus den behördlichen Stäben deuten darauf hin, daß sich im Großraum südwestlich Münster/Westfalen die Schadensmeldungen häufen und daß in den anderen Gebieten der Bundesrepublik aufgrund der Schäden, der Engpässe in der Versorgung, der Hilflosigkeit vieler Menschen und der Abhängigkeit von technischen Funktionen das Einsatzpotential aller Organisationen und Einrichtungen völlig überlastet ist und Nachbarschaftshilfen der Bürger untereinander nicht mehr ausreichend möglich sind.

Viele Katastrophenschutz-Behörden haben ihre Stäbe für einen mehrtägigen Zeitraum eingerichtet. Das Bundesministerium des Innern hat sein Krisenmanagement wegen der länderübergreifenden Schadenslage zum Zweck der Koordination in- und ausländischer Hilfeleistungen aktiviert.

Der Präsident des DRK hat angeordnet, daß mit Wirkung vom 15. 1. 1992, 13.00 Uhr die von ihm eingerichtete Leitungsgruppe des DRK-Generalsekretariates in Bonn mit der Wahrnehmung ihrer Aufgaben gemäß K-Vorschrift beginnt. Er hat in seinem Auftrag an den K-Beauftragten des DRK bestimmt, daß

- das DRK sein Gesamtpotential - ggf. auch ohne behördlichen Auf-

trag - zum Einsatz bringt, um keine wertvolle Zeit zur Hilfeleistung verstreichen zu lassen,

- soweit erforderlich, die Hilfeleistungen der benachbarten Rotkreuz-Gesellschaften gemäß bestehender Vereinbarungen anzuverfordern sind,
- die rotkreuzeigenen Hilfeleistungen frühestmöglich mit den behördlichen Stäben abzustimmen sind und danach wie gesetzlich und in den zwischenstaatlichen Abkommen vorgesehen zu verfahren ist.

Alle DRK-Landesverbände haben inzwischen ihre Leitungsgruppen eingerichtet und koordinieren ihre Tätigkeiten mit dem Generalsekretariat. Auch die meisten Leitungsgruppen der betroffenen Kreisverbände sind im Einsatz und unterstützen die Stäbe der Katastrophenschutz-Behörden.

Zwei Tage später: Mit einer Abmilderung der Kältegrade auf -5 bis $-10\text{ }^{\circ}\text{C}$ und geringfügigem Abflauen des Orkans hat starker Schneefall eingesetzt, der mit starken Böen hohe Schneeverwehungen erzeugt, die die letzten Verkehrsverbindungen lahmlegen.

Mittlerweile ergeben sich Lageberichte, daß die Einheiten und Einrichtungen des Deutschen Roten Kreuzes nur noch mit 30 % der Sollstärke arbeiten, das gesamte Personal ist erschöpft.

Weitere zwei Tage später: Der Sturm flaut ab, die Lufttemperatur ist binnen weniger Stunden auf 0 bis $5\text{ }^{\circ}\text{C}$ angestiegen.

Es regnet auf den tiefgefrorenen Boden, alles überzieht sich mit einer dicken Eisschicht, die noch Stunden auf den Straßen, Schienen und Flug-

plätzen jeglichen Verkehr behindern wird. Nach der Wetterprognose ist mit nachfolgend milder Witterung, Temperaturen um $5\text{ }^{\circ}\text{C}$ und mittleren Windstärken aufgrund eines aus Westen dem Orkan „Frieda“ nachfolgenden ausgedehnten Tiefdruckgebietes zu rechnen.

Die Ursache für die Katastrophensituation scheint nunmehr gebannt zu sein.“

Mit der letzten Lageeinspielung zeichnete sich der Abzug der grenzüberschreitend eingesetzten ausländischen Hilfspotentiale ab.

Der Ablauf der Übung

44 Einlagen als Aufträge für die beteiligten Stäbe, mit mehr als 60 Übungsteilnehmern, haben ca. 600 stabsmäßige Führungs- und Arbeitsvorgänge ausgelöst. Bis zum Übungsende hatten die beteiligten Rotkreuz-Stäbe u. a. folgende Aufgaben gelöst:

- Lageinformationsaustausch zwischen den Nationalen Rotkreuz-Gesellschaften und den staatlichen Behörden,
- Medienarbeit übungshalber,
- Ersuchen um Zustimmung für grenzüberschreitende Einsätze ausländischer Rotkreuz-Gesellschaften bei den Innenministerien Bund und Land,
- Behandlung von Eisenbahntransporten für größere Einsatzeinheiten,
- Zivil-Militärische Zusammenarbeit mit den Territorialen Kommando-behörden,
- Regelung des Fernmeldebetriebes,
- Verbindungsaufnahme mit der EG,
- Angebote der Rotkreuz-Gesellschaften zur Hilfeleistung auf der Grundlage real existierender Hilfeleistungspotentials,
- Erstellung und Bearbeitung von Marschunterlagen für die motorisierten Einsatzkontingente,
- Führung des Einsatztagebuches,
- periodische Abfassung von Pressemitteilungen,
- Koordination des Suchdienstes als gemeinsame Auskunftsstelle der Hilfsorganisationen,
- Sicherstellung und koordinierter Einsatz größerer Potentiale zur Trinkwasseraufbereitung,
- Logistische Anforderungen und deren Abwicklung einschließlich der besonderen Regelungen zur



Der österreichische Einsatzstab.

Zusammenarbeit zwischen den Rotkreuz-Gesellschaften,

- Bewältigung technischer Schwierigkeiten,
- Umsetzung von finanziellen Hilfeangeboten der EG,
- Absicherungsmaßnahmen betreuter Objekte und von Kraftfahrzeugen vor Plünderungen,
- Lagevorträge vor den Präsidenten und Generalsekretären der Rotkreuz-Gesellschaften,
- Suchanträge nach eingesetzten ausländischen Helfern,
- Nachforschungen nach nicht ordnungsgemäß eingetroffenen Hilfslieferungen,
- Schadensbearbeitung wegen zerstörter oder verlorengegangener Ausstattung,
- Überlastung und Zusammenbruch des Fernmeldeverkehrs; Aufbau rotkreuzeigener überlagernder Verbindungen,
- Überprüfung der Zweckmäßigkeit der persönlichen Ausstattung der eingesetzten Helfer bei den extremen Kältegraden,
- Heranführung von Ablösungen durch DRK-Hilfszugabteilungen,
- Kostenerfassung für den Gesamteinsatz und Kostenmitteilung an die EG,
- Verabschiedung und taktischer Ablauf der Heimführung ausländischer Hilfeleistungen.

Die einzelnen Stäbe und Leitungsgruppen standen untereinander per Telefax in einem hausinternen Netz in Verbindung. Sie durften sich aber nicht von Raum zu Raum gegenseitig besuchen, weil sie sonst in unrealistischer Weise mehrere hundert Kilometer mit einigen Schritten überbrückt hätten und damit die Ergebnisse der Lagebeurteilung der einzelnen Stäbe verfälscht hätten. Die deutschen Stellen verkehrten untereinander in deutscher Sprache; die internationalen Beziehungen wurden in englischer Sprache gepflegt.

Mit großer Anstrengungsbereitschaft, Kreativität und Hingabe, gut vorbereitet und hervorragend motiviert waren die mitwirkenden Stäbe der Rotkreuz-Gesellschaften aus Belgien, den Niederlanden, Österreichs und Deutschlands zusammengekommen. Es übten weiterhin eine Verbindungsbeauftragte der Internationalen Föderation der Gesellschaften vom Roten Kreuz zur EG sowie ein Vertreter der EG-Kommission mit. Das Niederländische Innenministerium hatte einen Repräsentanten entsandt und im Auftrag des deutschen Bundesministers des Innern nahmen



Der Einsatzstab des Niederländischen Roten Kreuzes.

(Fotos: DRK-Bildstelle)

neben einem zeitweise anwesenden Übungsbeobachter Vertreter des Bundesamtes für Zivilschutz und der Katastrophenschutzschule des Bundes teil. Die Vertreter der Staaten und der EG waren zusammengefaßt in der sogenannten „Staatlichen Einspielleiste“ und wirkten vielfach in die Übung hinein. Sie hatten vor allem die staatlichen, gesetzlichen und vertraglichen Interessen und Bedingungen zu überwachen bzw. zu gewährleisten, wobei nicht verkannt werden durfte, daß die Rotkreuz-Gesellschaften ihre eigenständige Mitwirkung gemäß den Rotkreuz-Grundsätzen im Grenzüberschreitenden Katastrophenschutz übten, nicht aber in erster Linie das Zusammenwirken zwischen Staaten und Rotkreuz-Gesellschaften.

Bewertung der Übung

Der Übungszweck, d. h. die Erprobung des Alarmplanes der europäischen Rotkreuz-Gesellschaften im Zusammenwirken mit den staatlichen Stellen auf der Grundlage der zwischenstaatlichen Abkommen und bilateralen Vereinbarungen zwischen den Rotkreuz-Gesellschaften, wurde mit geringfügigen Abstrichen erfüllt.

Es hat sich bereits in einer ersten Übungsauswertung gezeigt, daß

- der Alarmplan an wesentlichen Stellen der Überarbeitung bedarf,
- dabei das Verhältnis zwischen Staaten und Rotkreuz-Gesellschaften klarer und verständlicher dargestellt werden sollte,
- die beteiligten Rotkreuz-Gesellschaften Stäbe oder Leitungsgruppen bilden, vorhalten, nach

einheitlichen Kriterien aus- und fortbilden und durch gemeinsames Üben aufeinander einspielen müssen,

- die stabsmäßige Arbeitsweise gegenüber verwaltungstypischen Abläufen im Entscheidungsvorgang zu bevorzugen und einzuüben ist,
- die fremdsprachliche Kommunikation mehr gepflegt und geübt werden muß.

Die Planübung als Führungsübung ist ein wertvolles Mittel der Ausbildung von Führungspersonal aller Ebenen, insbesondere im Hinblick auf die Weiterbildung in der

- Vorbereitung auf den Einsatz,
- Taktik und Logistik,
- Kenntnis der Führungs- und Einsatzgrundsätze eigener, anderer und ausländischer Einsatzpotentiale.

Es wurden in dieser Planübung vor allem die Ziele verfolgt und erreicht:

- Überprüfung der Zweckmäßigkeit der Anwendbarkeit von
 - Gliederungen,
 - Stärke- und Ausstattungsnachweisungen (STAN),
 - Einsatzgrundsätzen,
 - Organisationsübersichten,
 - Verfahren und Abläufen,
 - Planungen und Zukunftsperspektiven.

Als besonderer Vorteil dieser Planübung stellte sich heraus, daß es möglich wurde

- bestimmte Übungsziele mit multiplizierender Wirkung zu erreichen,
- jeden nur denkbaren geographischen Raum als Plangrundlage in Anspruch nehmen zu können und
- ein abgestimmtes Übungsgeschehen bzw. eine frei gespielte Lage

entwicklung für die Teilnehmer anschaulich ablaufen zu lassen.

- Als unabdingbare Voraussetzungen seitens der Teilnehmer für eine erfolversprechende Durchführung dieser Planübung mußten grundsätzlich gefordert werden: Kenntnisse der
- möglichen Erscheinungsformen von Katastrophen und anderen denkbaren Notständen,
 - allgemeinen Grundsätzen des Zivilschutzes, des Katastrophenschutzes und der allgemeinen Katastrophenhilfe,
 - Aufgaben der Führungskräfte,
 - Gliederungen, STAN, Einsatzgrundsätze, Organisationsübersichten, abgestimmten Verfahren und Abläufe sowie des angenommenen Katastrophengebietes,
 - Einsatzmittel und ihrer Anwendung.

Solche Kenntnisse waren teilweise nicht vorhanden, manches konnte aber durch Einweisungsveranstaltungen, intensive Vorbereitung, zur Verfügung gestelltes Informationsmaterial wie auch durch den ersichtlich guten Willen aller Teilnehmer zu konstruktiver und erfolgreicher Mitarbeit ausgeglichen werden.

Diese Stabsrahmenübung war eine Kombination verschiedener Übungsformen und -arten. Es war ein frei laufendes Planspiel als Führungsübung oberster Leitungs- und Führungsorgane nationaler Rotkreuz-Gesellschaften unter zumindest theoretischer oder eingespielter Beteiligung der entsprechenden Ebenen der staatlichen Verwaltung, militärischer Kommandobehörden und anderer Organisationen. Die freilaufende Übung stellte die Krönung in den Anforderungen an die Teilnehmer mit besonders hohem Schwierigkeitsgrad dar. Können, Phantasie und Disziplin der Teilnehmer waren gleichzeitig in hohem Maße gefordert. Hierzu hatte der Leitungsdienst als das den taktischen Ablauf steuernde Organ der Übungsleitung sicherzustellen, daß

- der Übungszweck erreicht wurde, obwohl die Handlungsfreiheit der übenden Leitungskräfte gewahrt bleiben sollte,
- abwegige und aus dem „roten Faden“ ausscherende Entschlüsse und Maßnahmen der Führungskräfte durch entsprechende Einlagen und Leitungsweisungen eingefangen wurden,
- der Überblick über den Verlauf der Übung nicht einen Augenblick verlorenging.

Rahmenübungen haben zunehmend an Bedeutung gewonnen, weil Übungen mit kompletten Einheiten aufgrund von Kosten, Sicherheitsbestimmungen und Umweltschutz teilweise unüberwindliche Schwierigkeiten erzeugen. Da auf die Schulung von Führungspersonal nicht verzichtet werden kann, bediente sich das Rote Kreuz hier der gebräuchlichsten Form der Rahmenübung, der Stabsrahmenübung. Für die heutzutage immer bedeutender werdende Computer-Unterstützung solcher Stabsrahmenübungen, aus der sich erheblich weitergehende Möglichkeiten herleiten lassen, fehlen im Roten Kreuz noch grundlegende und wesentliche Voraussetzungen. Bisher haben zwar die Stäbe der Rotkreuz-Gesellschaften Österreichs, Deutschlands und Belgiens, letztere in einem besonderen Einsatzleitfahrzeug, mit PC gearbeitet, aber ohne Vernetzung und spezielle, untereinander abgestimmte Programme.

In dieser Übung war die Ausbildung von Führungspersonal zunächst nur ein Nebeneffekt. Es ging hier um die Untersuchung bestimmter Probleme bzw. um die Erprobung neuer, international abgestimmter Verfahren. Taktische, logistische, aber auch spezielle Probleme der Führung und Organisation ließen sich sehr gut im Rahmen des Planspiels verdeutlichen und untersuchen. Anstatt uferlos zu diskutieren, wurden die Teilnehmer am Planspiel gezwungen, sich zu klaren Entscheidungen durchzuringen, ihren Entschluß eindeutig zu formulieren und damit präzise Beiträge zur Lösung der betreffenden Probleme zu liefern.

Im Spielverlauf wurden die Teilnehmer durch die Einlagen immer von neuem herausgefordert. Unerwartete Ereignisse, denen die Spieler gegenübergestellt wurden, Hindernisse, die sie zu überwinden, Einwirkungen, die sie zu bewältigen hatten, Gebrauch des fachlichen Handwerkszeugs, Suche nach Lösungsmöglichkeiten, Entscheidung und Vollzug gingen Hand in Hand. Die eine oder andere Einlage hat den jeweiligen Leitungsstab gelegentlich in Bedrängnis gebracht. So war von vornherein mit Fehlern zu rechnen, aber sie schaden nichts. Vielmehr lernte man daraus für den tatsächlichen Einsatzfall, man fühlte sich angespornt, Mängel zu beseitigen und Lücken zu schließen.

Dies war auch der Grund, warum die Arbeitsgruppe „Grenzüberschreitender Katastrophenschutz“ diese

Übung ohne Gäste und Presse ablaufen ließ. Man wollte es sich leisten können, Fehler zu machen oder gar die Übung „in den Sand zu setzen“.

Der Präsident des Deutschen Roten Kreuzes dankte den Teilnehmern mit einer Urkunde mit dem Emblem des „Kalten Fritz“ darauf für ihren engagierten Einsatz. Dies sollte eine kleine Erinnerung an ein zwar anstrengendes, aber doch interessantes und verbindendes gemeinsames Erlebnis auf dieser internationalen Ebene der Zusammenarbeit sein.

Perspektive

Es ist sicherlich zu erwarten, daß in gemeinschaftlichem Wirken der Staaten, der übernationalen Zusammenschlüsse, der internationalen und der nationalen Hilfsgesellschaften die Nachbarschaftshilfe in Europa sich in ihrer Selbstverständlichkeit vertieft, vom einzelnen Unglücksfall im grenznahen Gebiet bis hin zu solchen Katastrophen, in denen ein Nachbarstaat mit eigenen Kräften nicht mehr die Gefährdungen und Schädigungen für seine Bürger in den Griff bekommen kann. Dies ist eine andere Qualität und Art der Hilfeleistung als die allgemeine Auslandshilfe, die seit jeher von den Rotkreuz-Gesellschaften unter anderen Aspekten und Rechtsgrundlagen sowie auch in anderen Zuständigkeitsregelungen gepflegt wird.

Es sollten aber auf Dauer nicht die Nachbarstaaten und ihre Rotkreuz-Gesellschaften ausgeschlossen bleiben, die sich nach der Wende im Ost-West-Verhältnis neu gebildet haben, die zur Zeit gezwungen sein müssen, auch in Partnerschaftsverhältnissen eher zu nehmen als zu geben und in dieser Hinsicht auf die Hilfe derjenigen, die hier exklusiv unter sich die Verfahrensweisen der grenzüberschreitenden Hilfeleistung geübt haben, dringend warten.

Quellenübersicht:

1) Aus der Denkschrift zum deutsch-niederländischen Abkommen vom 7. 7. 1988; Drucksache des Bundesrates 234/91

2) Allgemeine Übungsanweisung des Leitenden der Übung „Kalter Fritz“ vom 25. 10. 1991. Die Erläuterung der Übungsart ist aus dem „Leitfaden zur Anlage, Durchführung und Auswertung von Katastrophenschutz-Übungen auf Landesebene“, Ziffer 2.1, des Bundesamtes für Zivilschutz, übernommen.

3) auszugsweise aus den Übungsunterlagen „Kalter Fritz“, Entwicklung der Lage, übernommen.

Rechnerunterstütztes Katastrophenschutzmanagement

Fortschrittsbericht auf der 6. ARKAT-Fachtagung in Braunschweig

Der letzte Anstoß für die Entwicklung eines rechnerunterstützten Katastrophenschutzmanagements war der Gebirgsschlag in Völkershäusern am 13. März 1989¹, der offenbarte, daß die Koordinierung von Abwehr und Bekämpfung bei Katastrophen und Störfällen mit einem vorgedachten Management unter Nutzung der Möglichkeiten moderner PC-Rechentechnik wesentlich effektiver zu bewältigen ist als mit traditionellen Methoden.

Die Fülle der Gründe für eine solche Aussage läßt sich in zwei Bündeln zusammenfassen:

1. Katastrophen und Störfälle haben im allgemeinen eine hohe Prozeßdynamik. Das erfordert, daß in kurzer Zeit eine große Menge von Informationen zu verarbeiten ist, um der jeweiligen Situation angepaßte Entscheidungen treffen zu können.
2. Katastrophen und Störfälle treten relativ selten auf. Für ihre Verhinderung wurden zahlreiche wirksame Schutzmaßnahmen entwickelt und erfolgreich eingesetzt. Das hat jedoch zur Folge, daß wenig oder zum Teil keine praktischen Erfahrungen bei der Koordinierung der Bekämpfung vorliegen, was besonders deshalb schwerwiegend ist, weil das Personal in Behörden und Organisationen beim Eintritt eines außergewöhn-

lichen Ereignisses unter hohen psychischen und physischen Belastungen handeln muß.

Gesamtkonzept

Zielstellung ist die Entwicklung einer Systemlösung für ein rechnerunterstütztes Katastrophenschutzmanagement, welches ermöglicht, daß bei Störfällen und Katastrophen auf der Ebene Landkreis, Stadtkreis oder

kreisfreie Stadt zweckmäßige und schnelle Entscheidungen zu Schutz, Abwehr und Bekämpfung vorbereitet werden können. Das Schema dieser Systemlösung ist in Bild 1 dargestellt.

Die Systemlösung basiert auf folgenden Grundüberlegungen:

1. Es ist unbedingt erforderlich, eine einheitliche und für unterschiedliche Ereignisse paßfähige Datenstruktur aufzubauen. Hierbei werden unterschieden:
 - Basisdaten und
 - Ereignisdaten.

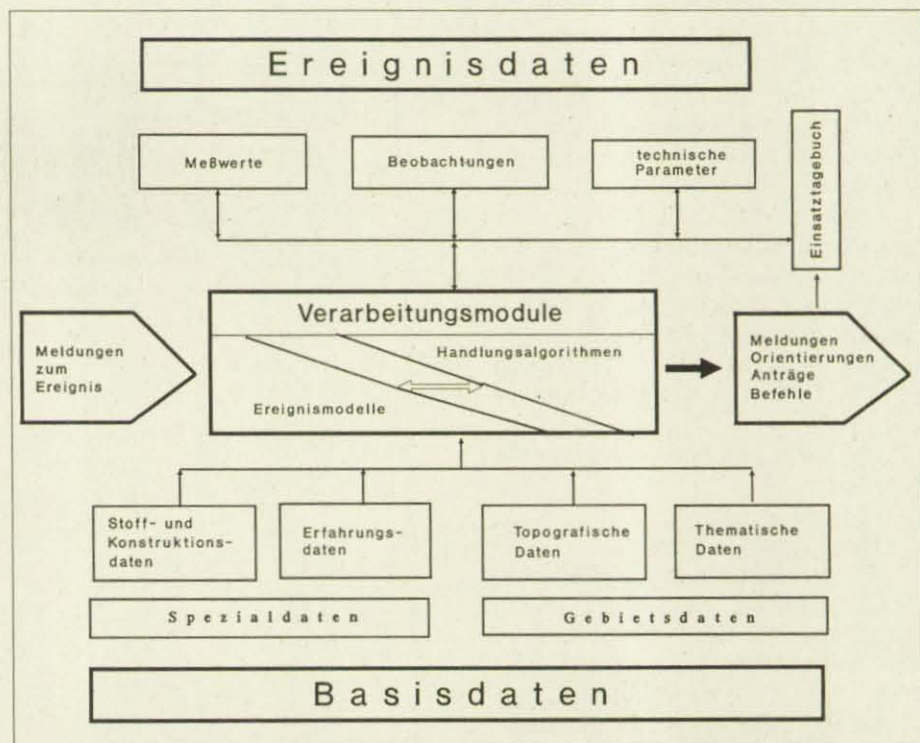


Bild 1: Schema des rechnerunterstützten Katastrophenschutzmanagements.

¹Der Gebirgsschlag ereignete sich um 14.02 Uhr, Stärke 5,5 auf der Richterskala. Schäden traten in einem Gebiet von ca. 70 km² auf. Bis zum 30. März wurden u. a. 85 total abzureißende Häuser, 426 Dach- und 1144 Schornsteinschäden erfaßt.

Die **Basisdaten** haben weitestgehend statischen Charakter und untergliedern sich wiederum in

- Gebietsdaten und
- Spezialdaten.

In der Datenbank **Gebietsdaten** können alle für das Katastrophenschutzmanagement notwendigen Angaben des vorgesehenen Einsatzgebietes erfaßt werden. Der mögliche Umfang orientiert sich an der „Kreisbeschreibung für Zwecke des Zivil- und Katastrophenschutzes der Bundesrepublik Deutschland“. Somit enthält diese Datenbank Angaben zu den bebauten Flächen, Anlagen und Netzen der technischen Infrastruktur, zur sozialen Infrastruktur, zu den verschiedensten Unternehmen, zu Erholungs- und Freizeitanlagen, zu Flüssen, Seen, Bergen, zur Orografie, zu Kräften und Mitteln zur Abwehr und Bekämpfung von Störfällen und Katastrophen, zu den Gefahrenschwerpunkten u. v. a. m.

Im Gegensatz zu den Gebietsdaten sind die **Spezialdaten** auf unterschiedliche Ereignisse bezogen:

- Stoff- und Konstruktionsdaten
 - physikalische, chemische und biochemische Daten
 - Umweltdaten
 - Widerstandswerte von Gebäuden, Anlagen u. a.
- Erfahrungsdaten
 - Erfassung und Auswertung von nationalen und internationalen außergewöhnlichen Ereignissen.

Die **Ereignisdaten** sind nicht gespeichert, sondern werden bei der Abwehr und Bekämpfung von Katastrophen oder Störfällen auf Anforderung gewonnen. Es handelt sich vorrangig um Meß- und Erkundungswerte.

2. Zentrale Bedeutung haben die **Verarbeitungsmodule**, die für unterschiedliche außergewöhnliche Ereignisse, wie z. B. Schadstofffreisetzungen, Hochwasser, Explosionen, Epidemien, schwerste Verkehrsunfälle, Orkane u. a. entwickelt werden.

Die Verarbeitungsmodule bestehen aus

- Ereignismodellen und
- Handlungsalgorithmen.

Mit den **Ereignismodellen** wird das Ziel verfolgt, eine Prognose zum Ablauf und zur Wirkung/Auswirkung von außergewöhnlichen Ereignissen zu erstellen. Hierzu werden physikalische, technische, chemische, biologische, toxikologische u. a. Modelle eingesetzt, die insbesondere die Dy-

namik von Störfällen und Katastrophen erfassen.

Den Kern des Systems bilden die **Handlungsalgorithmen**. Das sind Algorithmen zu allen erforderlichen, für jedes einzelne Ereignis spezifizierten Handlungen, die in einer Leitstelle oder in einem Stab für Katastrophenschutz ablaufen müssen.

Die Entwicklung der Ereignismodelle erfolgt auf der Grundlage des Mechanismus destruktiver Wirkun-

gen (1). Dieser Mechanismus ist in Bild 2 übersichtsmäßig dargestellt.

Unterschieden werden:

- Freisetzungsmodelle (Freisetzung von Energie- oder Stoffquellen)
- Ausfall- oder Störungsmodelle (Ausfall oder Störung von Anlagen und Netzen der technischen Infrastruktur)
- Ausbreitungsmodelle (Stofftransport auf dem Luft-



Bild 2: Zum Mechanismus destruktiver Wirkungen.

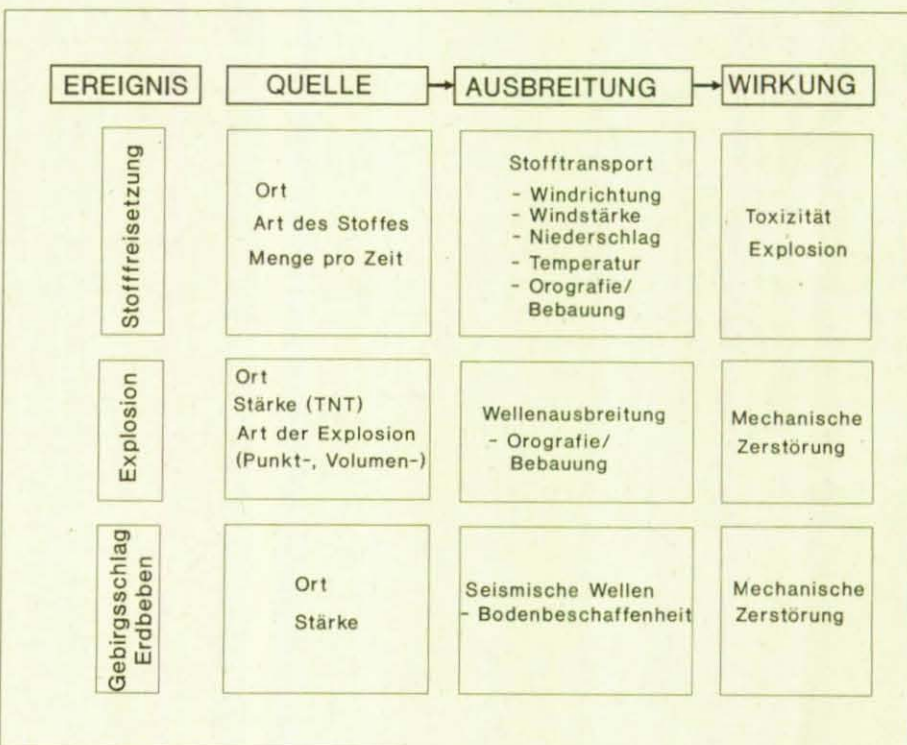


Bild 3: Ausgewählte Schadensmodelle.

Wasser- oder Bodenpfad, Wellenausbreitung)

– Wirkungsmodelle
(Mechanische, thermische, elektrisch/magnetische Wirkungen, toxische, biologische und chemische Wirkungen, Wirkungen durch Ausfall von Leistungen der technischen Infrastruktur).

Eine weitere Erläuterung zu diesem Sachverhalt gibt Bild 3.

3. Für die Unterstützung der Beurteilung der aktuellen Katastrophensituation und für die analytische Arbeit mit den umfangreichen Datenfonds (Basisdaten) werden die Grafikmöglichkeiten des PC-Bildschirms umfassend genutzt.

Dazu wurde eine spezielle Katastrophenschutzgrafik entwickelt, mit welcher auch Lagekarten erstellt werden können. Zoomig, Panning, Pull-down-Menüs u. a. tragen zur Erhöhung der Transparenz der Stabsarbeit bei.

Auf dieser Grundlage können mit dem rechnerunterstützten Katastrophenschutzmanagement zwei wesentliche Anwendungsfälle aktiviert werden:

1. Vorsorgearbeit

In der Vorsorgearbeit stehen die umfangreichen Datenbestände als autonome Auskunftssysteme zur Verfügung. Weiterhin sind Gefährdungsanalysen bei angenommenen Störfällen und Katastrophen möglich; es lassen sich Simulations- und Trainingsaufgaben für die Stabsarbeit durchführen und schließlich kann eine umfangreiche Analyse des Gefährdungspotentials in dem betreffenden Gebiet erstellt werden.

2. Störfall oder Katastrophe

Bei Vorliegen eines Störfalles oder einer Katastrophe wird mit Hilfe der Ereignismodelle das Wirkungsfeld ermittelt und die Einleitung von Maßnahmen zur Abwehr und Bekämpfung vorgeschlagen. Die Kommunikation mit dem Rechner erfolgt interaktiv. Ein entsprechender editierfähiger Beschlußentwurf und eine editierfähige Lagekarte werden angeboten.

Management bei Unfällen in der Chemie – MUC

Am Beispiel des Managements bei Unfällen in der Chemie soll ein Eindruck vermittelt werden, wie das Gesamtsystem einmal funktionieren und was es leisten soll. Dabei handelt es sich zunächst um einen Demonstra-

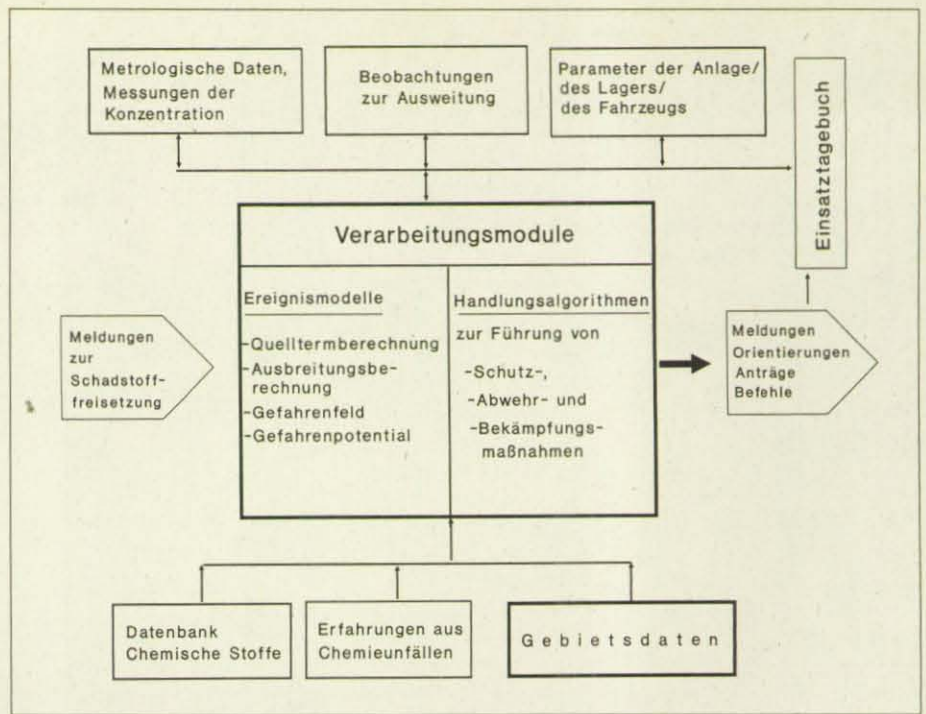


Bild 4: Baustein Schadstofffreisetzung.

tionsbaustein, der nach der Top-Down-Methode erstellt wurde. An der Fertigstellung des Bausteins wird gegenwärtig gearbeitet. Diese Entwicklungen werden durch das Bundesamt für Zivilschutz gefördert. Die Struktur des Bausteins „Schadstofffreisetzung“ zeigt Bild 4.

Zunächst erfolgen die Eingaben zum Ereignis Schadstoffausbruch. Dafür ein Beispiel:

in Verbindung mit der Gebietsdatenbank und der Spezialdatenbank

1. das nach Isokonzentrationslinien betroffene Gebiet – Bild 5 –;
2. eine Prognose der Eintrittszeiten der Schadstoffwolke an auszuwählenden Punkten sowie der dort zu erwartenden maximalen Schadstoffkonzentration und Belastung (Dosis) – Bild 6 –;
3. die Lage nach bestimmten Zeiten

Meldung: Nummer: 1

Quelle: Dispatcher Kühlbetrieb

Angaben zum Schadstoff:

Schadstoff: Ammoniak

Freisetzungsart: spontan

freigesetzte Menge in kg: 30000

Zeit der Freisetzung: Datum: 26. 10. 91 Uhrzeit: 15.26

Stofftemperatur in °C: 20

Ort der Freisetzung:

HW: 5700,2 RW: 2700,2

Wettermeldung: Windstärke in m/s 1,0

Windrichtung aus ° 90,0

Bedeckung in % 0,0

Temperatur in °C 15,0

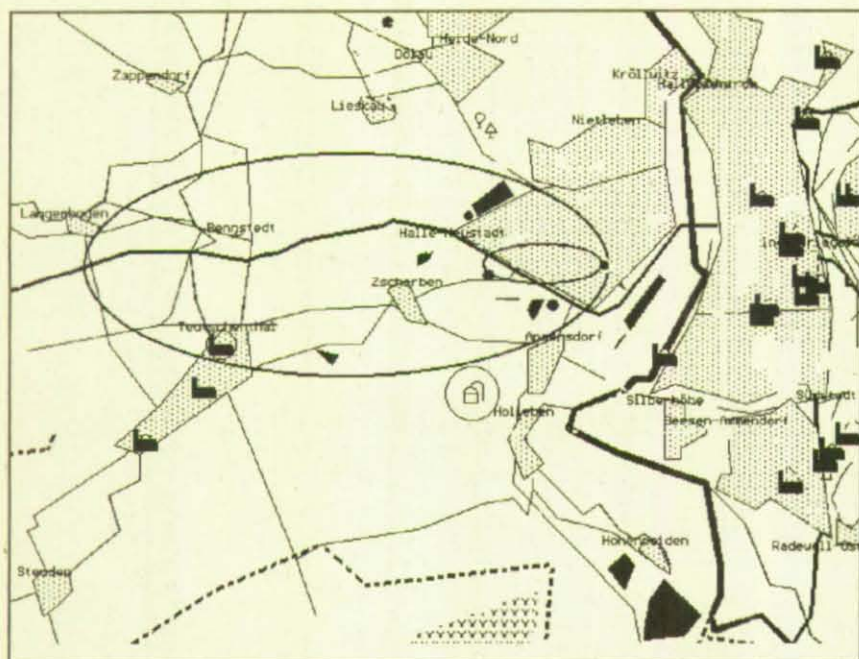
Luftdruck in hPasc 1013,0

Die Koordination der Störfallanlage/des Unfallfahrzeuges (Ort der Freisetzung) können u. a. auf dem Bildschirm bestimmt werden. Hochwert (HW) und Rechtswert (RW) lassen sich optional in Gauß-Krüger-Koordination oder in UTM-Koordinaten angeben.

Die Ausbreitungsrechnung auf der Grundlage von Gaußmodellen liefert

nach dem Ereigniseintritt (im Bild 7 durch die Kreise dargestellt).

Die Isokonzentrationslinien kennzeichnen das Wirkungsfeld und gestatten mit Rückgriff auf die Gebiets- und Spezialdaten die Ermittlung der betroffenen Gemeinden, Unternehmen, Anlagen und Netze der technischen Infrastruktur u. a. Es werden



Oben: Bild 5.
Mitte: Bild 6.
Unten: Bild 7.

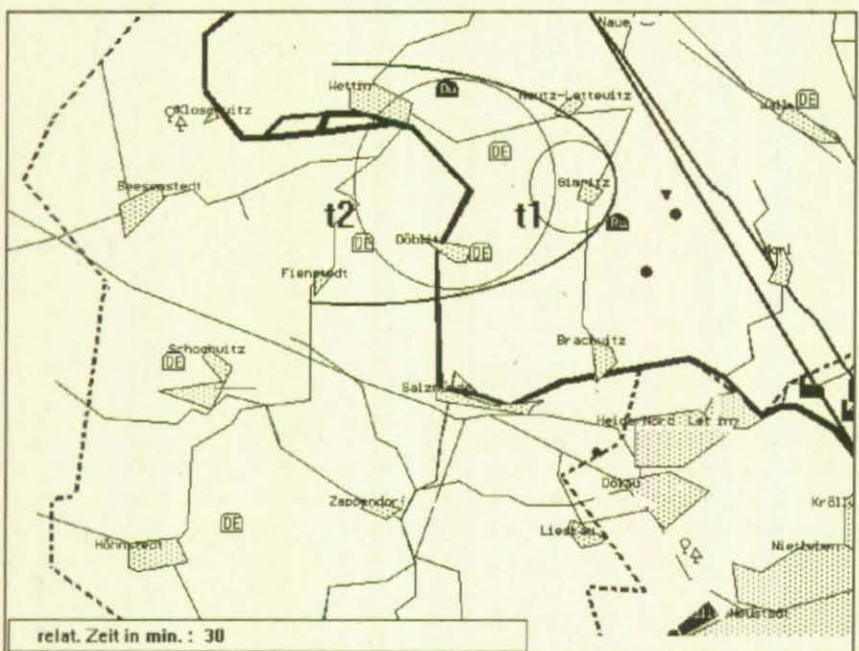
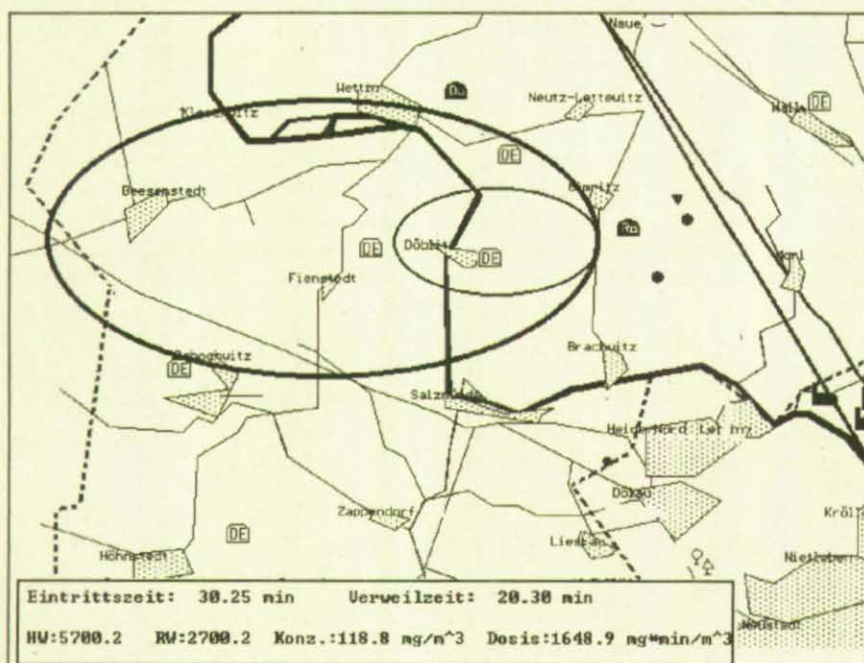
die Anzahl der wahrscheinlich Geschädigten nach Profilen (letal, schwer/mittel mit erforderlichem Klinikaufenthalt und leicht mit notwendiger ambulanter Behandlung) sowie die benötigten und im Gebiet vorhandenen Transport- und Unterbringungsmöglichkeiten einschließlich ihrer gegenseitigen Zuordnung abgeschätzt.

Es erfolgt eine automatische Recherche in der Datenbank „Erfahrungen“ nach vergleichbaren Ereignissen. Ausführliche Angaben zu den freigesetzten Stoffen können aus der Spezialdatenbank (Stoff- und Konstruktionsdaten) abgerufen werden.

Aus all diesen Angaben ergeben sich Empfehlungen über

- das zu warnende Gebiet,
- die Zweckmäßigkeit einer Evakuierung und die Anzahl der zu evakuierenden bzw. gefährdeten Personen,
- die einzuleitenden Schutzmaßnahmen,
- die Maßnahmen der Ersten Hilfe,
- die Standorte und Ausrüstung von Kräften, die zur Abwehr und Bekämpfung eingesetzt werden können.

Die ermittelten Ergebnisse fließen in formalisierte Anweisungen, Anträge und Meldungen an die Aufsichtsbehörde ein. Der komplette Vorgang wird als „Einsatztagebuch“ gespeichert und steht später als weiteres Ereignis in der Spezialdatenbank „Erfahrungen“ zur Verfügung.



Literatur
(1) W. Kaiser, J. Knaack
Zum Mechanismus destruktiver Wirkungen
Studie, Wissenschaftliches Zentrum des Zivil-
schutzes, Berlin 1989

Knapp an der Katastrophe vorbei

15 Sekunden lang bebte die Erde in Deutschland, Belgien und den Niederlanden – Schäden hielten sich in Grenzen

Das schwerste Erdbeben im Rheingebiet seit nahezu 240 Jahren versetzte in der Nacht zum 13. April um 3.20 Uhr zahlreiche Bürger in Angst und Schrecken. 15 Sekunden lang wackelten Wände und Möbel, klirrten Scheiben, brachen Wasserrohre. Kamine stürzten ein, Dachziegel fielen auf Autos. Über zwanzig Menschen wurden von herabfallenden Gebäudeteilen verletzt, weil sie sich auf der Straße in Sicherheit bringen wollten.

Die Erdstöße erreichten einen Wert von 5,5 bis 5,8 auf der Richterskala. Experten sprachen vom stärksten Beben in der Niederrheinischen Bucht seit dem Jahre 1756. Das Zentrum der Erdstöße, die auch noch in Niedersachsen, Thüringen, Baden-Württemberg sowie Belgien und Ostfrankreich spürbar waren, lag im niederländischen Roermond und in Heinsberg bei Aachen.

In den Leitstellen von Polizei und Feuerwehren standen für Stunden die Telefone nicht still. Tausende von Bürgern riefen an und wollten wissen, was geschehen war und wie sie sich verhalten sollen. Selbst mehrere Stunden nach dem Beben, als im Hörfunk erste Meldungen längst gelaufen waren, klingelten noch die Telefone. Über lange Zeit waren hierdurch die Notrufleitungen blockiert.

Auf deutscher Seite war die Stadt Heinsberg bei Aachen am stärksten betroffen. Vor allem die alten Backsteinhäuser sind schwer mitgenommen. In den oberen Stockwerken mancher Häuser klaffen tiefe Risse in den Wänden. Zum Teil müssen Gebäude ganz abgerissen werden. Insgesamt wurden 200 Häuser in Heinsberg als beschädigt gemeldet. Im niederländischen Roermond wurden nach Angaben der Polizei zwanzig-



Herabfallende Trümmer demolierten Autos.

Menschen leicht verletzt, an Häusern entstanden Risse in Decken und Fassaden.

In Bonn wurden zahlreiche Regierungsgebäude, die Abgeordnetenhäuser sowie die Villa Hammer-

schmidt in Mitleidenschaft gezogen. In der Bonner Altstadt stürzten von vielen Häusern Mauersteine und Dachziegel auf die Straße. Auch der Kölner Dom wurde von dem Beben nicht verschont. Vier Kreuzblumen

Feuerwehrlmänner sichern einen einsturzgefährdeten Kamin



aus Naturstein fielen von den Domschützen herunter. Schäden an Gebäuden und Autos meldeten die Einsatz-

zentralen auch aus zahlreichen anderen Städten entlang der Rheinschie-

Die Betreiber von Kraftwerken und die Bergwerksgesellschaften meldeten keine nennenswerten Schäden. Da die Grenzwerte für Erschütterungen geringfügig überschritten wurden, schaltete die RWE Energie Aktiengesellschaft den Block A des Atomkraftwerkes Biblis ab.



In Heinsberg kamen vor allem Backsteinbauten zu Schaden.

(Fotos: dpa)

Voraussage nicht möglich

Nach Angaben des nordrhein-westfälischen Geologischen Landesamtes handelte es sich um ein „tektonisches Beben“, bei dem sich verschiedene Erdschollen gegeneinander bewegt hätten. Der Niederrhein gehört neben dem Zollerngraben und der Schwäbischen Alb zu den bedeutendsten deutschen Erdbebengebieten. Die Region ist Teil eines 30 Millionen Jahre alten Senkungsgebietes, das von Belgien und den Niederlanden über die Eifel bis in den oberen Rheingraben reicht. Hier kommt es immer wieder zu Erdbeben. Durch die Absenkung von Gesteinsschollen entwickelt sich eine langsam anwachsende Spannung, die sich dann in einem Erdbeben entlädt.

Eine genaue Voraussage von Erdbeben ist laut Wissenschaftlern, trotz weltweiter Forschungen, bis heute nicht möglich.

Der Großschadensfall

Sichtung und Erstmaßnahmen durch Rettungsassistenten

In der Bundesrepublik (West) existieren zirka 1250 ständig besetzte Rettungswachen. Dies bedeutet einen durchschnittlichen Rettungswachenbereich von 14 mal 14 Kilometern. Während sich die Polizei besonders zur Nachtzeit auf wenige Standorte in Kreisstädten beschränken muß, die Feuerwehr aufgrund andersartiger Organisationsstruktur (Freiwillige Feuerwehr) nicht ständig präsent

ist, wird die Bundesrepublik von einem engmaschigen Rettungssystem überzogen. Kein anderer Hilfsdienst kann eine vergleichsweise hohe Gebietsabdeckung während 24 Stunden vorweisen. Dies ist eine Tatsache, die den Verantwortlichen viel zu wenig bewußt ist. Für das Thema „Großschadensfall – Sichtung und Erstmaßnahmen durch Rettungsassistenten“ hat diese Betrachtung große

Bedeutung. Beim Vorliegen eines Massenanfalles von Verletzten heißt dies, daß die Rettungsassistenten beziehungsweise das Rettungsteam mit Notarzt – vorgehalten für die übliche Individualversorgung ihres Rettungswachenbereiches – oft die ersten professionellen Helfer sind, die das Geschehen erreichen. Daher kommt ihnen eine entscheidende Schlüsselfunktion zu.

Mit seinem ersten Handeln entscheidet das Rettungsteam die Dynamik des Einsatzgeschehens und somit die Prognose der Patienten. Zunächst steht das Rettungsteam einer Situation gegenüber, die geprägt ist von einem krassen Mißverhältnis zwischen Versorgungsbedarf und Hilfskräften. Gerade in einer Phase höchster emotionaler Belastung – schließlich ist das Team gewohnt, Krisen umgehend zu bewältigen und nicht nach taktischen Gesichtspunkten zu bewerten – wird eine exakte Vorgehensweise erforderlich. Hier gilt es, äußerste Disziplin zu wahren.

In der Regel wird es der Rettungsassistent sein, der aufgrund seiner größeren Einsatzerfahrung den nur sporadisch eingesetzten Notarzt führt, denn es ist gar nicht einfach, den Anspruch einer Maximalversorgung zugunsten einer allgemeinen Orientierung/Sichtung aufzugeben. In dieser Situation ist es unumgänglich, daß das Rettungsteam (als taktische Einheit) zusammenbleibt und gemeinsam entscheidet. Es darf nicht passieren, daß sich das Team in dem weitflächigen Einsatzgeschehen aus den Augen verliert und der jeweilige Partner nicht weiß, wo der andere sich befindet. So handelt der Rettungsassistent idealerweise in einem kleinen „Team“, um die erste Rückmeldung/Lage abzugeben.

Mit Eintreffen des Rettungsteams wird eine sofortige Lagemeldung er-

forderlich. Der Rettungsassistent ist praktisch das vorgeschobene „Auge der Rettungsleitstelle“. Dabei sollte der Meldende wissen, welche Informationen die Rettungsleitstelle benötigt, einsatzspezifisch Ressourcen bereitzustellen:

Zahl der Verletzten:
– Zahl der Rettungsmittel.

Schweregrad der Verletzungen:
– Qualität der Rettungsmittel,
– Organisation der Bettenversorgung.

Spezifische Verletzungsmuster (Verbrennungen, Vergiftungen):
– Bereitstellung spezifischer Hilfsmittel,
– Transportmittel über längere Entfernung.

Beschaffenheit der Einsatzstelle (weitläufig, unwegsam, Hindernisse):
– Bereitstellung von Kommunikationsmitteln,
– Bereitstellung technischer Hilfe, Befestigungsmaterials etc.

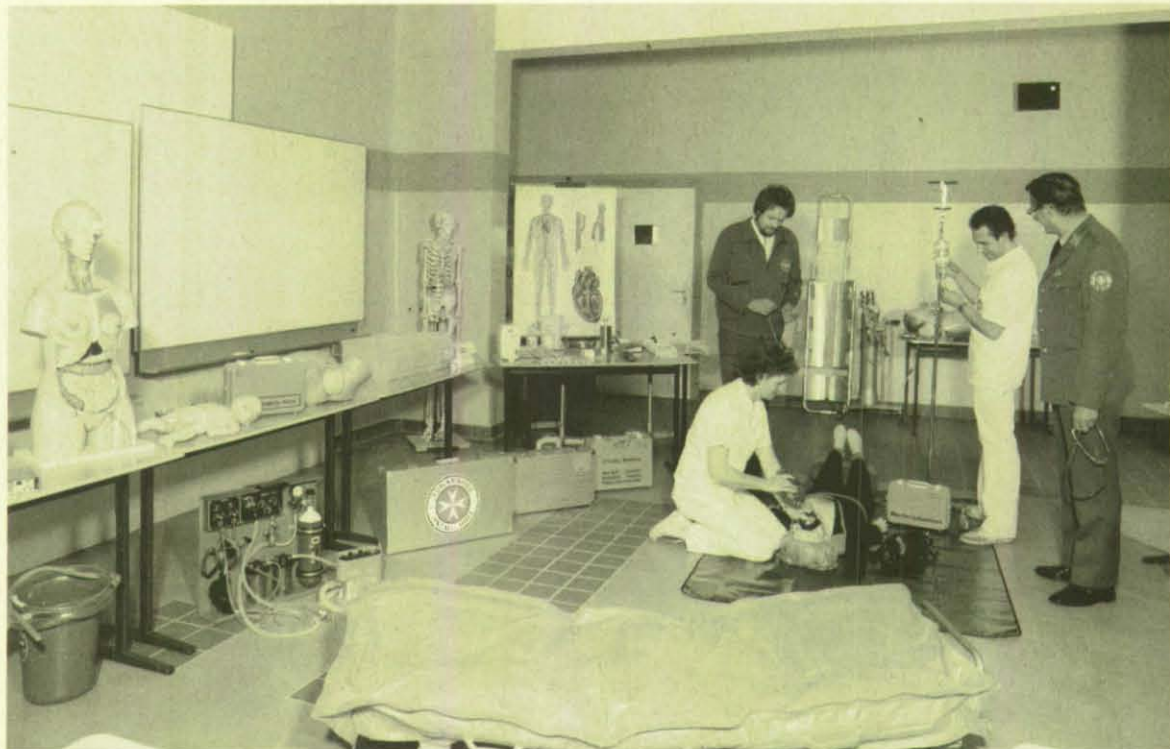
Die Qualität der Rückmeldung sollte es der Rettungsleitstelle ermöglichen, nach taktischen Gesichtspunkten eine optimale Hilfe zu organisieren. Die Wertung der Lage und die daraus resultierenden Einsatzvorschläge müssen der Rettungsleitstelle überlassen bleiben. Rückmeldun-

gen beispielsweise über die konkrete Anforderung von Rettungshubschraubern sollten unterbleiben, denn eine funktionierende Rettungsleitstelle kann aufgrund besserer Übersicht kompetent entscheiden, welche Ressourcen zum Einsatz kommen. Grundlage aller Entscheidungen ist allerdings die sachgemäße Darstellung des ersteintreffenden Teams am Einsatzort.

Von dem Rettungsassistenten – dieser ist wohl aufgrund täglicher Funkkommunikation mit der Rettungsleitstelle am ehesten geeignet, eine präzise Funkmeldung abzugeben – wird eine exakte, wertungsfreie Darstellung der Lage erwartet, anstelle mit Notfallkoffer „bepackt“ zum nächsten Patienten zu laufen. Spätestens bei einem Massenanfall von Verletzten wird der Rettungsassistent den Sinn einer fundierten Funkausbildung einsehen, die die Grundlage einer präzisen Meldung sein wird. Besonders wenn die Rückmeldung in die Phase häufiger Alarmierungen fällt, und der Funkkanal entsprechend frequentiert wird, ist die Abgabe einer geordneten Rückmeldung gefährdet.

*Norbert Arnold ist Fachbuchautor und Fachjournalist für Rettungsdienst und Feuerwehr. Er hielt dieses Referat im März dieses Jahres anlässlich des „Hannoverschen Notfallsymposiums 1992“ des Landesverbandes Niedersachsen/Bremen der Johanniter-Unfall-Hilfe.

Bei der Durchführung eigenverantwortlicher Maßnahmen durch den Rettungsassistenten bewährt sich eine umfassende Ausbildung sowie die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit dem Notarzt im eigenen Rettungsdienstbereich.
(Foto: Querbach)



Erste Einsatzleitung

Relativ zügig wird rettungsdienstliche Unterstützung aus benachbarten Rettungswachenbereichen eintreffen. Hier wird der Rettungsassistent zumindest während der Anfangsphase in Zusammenarbeit mit dem Notarzt Einsatzvorschläge machen müssen, denn es sollte vermieden werden, daß nachfolgende Kräfte unkoordiniert ins Einsatzgeschehen geschickt werden. Wenn hier wertvolle Kräfte unkoordiniert tätig werden, wird die Tätigkeit des nachfolgenden „Einsatzleiters Rettungsdienst“ sowie des „Leitenden Notarztes“ unnötig erschwert und zu wenig Effizienz führen.

Mit Eintreffen der Einsatzleitungen verschiedener Hilfsdienste und benachbarter Rettungsdienste konsolidiert sich die Lage zusehends. Der Rettungsassistent wird nach und nach mehr in der Form seines gewohnten Handelns tätig werden können. Je nach Lage wird er allerdings gefordert sein, in Absprache mit dem Notarzt eigenverantwortlich Maßnahmen durchzuführen, die üblicherweise im Notarztendienst durch den Notarzt ausgeführt werden. Hier ist besonders die Venenpunktion sowie die Intubation zu nennen.

Gerade in solchen Fällen bewährt sich die umfassende Ausbildung des Rettungsassistenten sowie die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit dem Notarzt im eigenen Rettungs-

dienstbereich, der seine Rettungsassistenten sowie die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit dem Notarzt im eigenen Rettungsdienstbereich, der seine Rettungsassistenten nicht nur zum „Koffer tragen“ mißbraucht.

Während des Einsatzes ist vom Rettungsassistenten eine besondere Zuverlässigkeit und sichere Bestimmung der individuellen Kompetenz gefordert. Der Massenansturm von Verletzten kann kein Grund sein, sich unter dem Vorwand des Notstandes einmal richtig medizinisch „auszutoben“.

Nicht lange wird es dauern, bis die Phase des Mißverhältnisses zwischen Versorgungsbedarf und Hilfskräften beendet sein wird. Man kehrt zur Individualversorgung – ein im Rettungsdienst übliches Behandlungsprinzip – zurück. Zum Ende des Einsatzes steht erfahrungsgemäß vielmehr ein deutliches Überangebot an Hilfskräften zur Verfügung.

Die hier angeforderten Rettungsassistenten erreichen die Einsatzstelle in Erwartung auf ein Großschadensereignis und sind entsprechend vorbereitet sowie motiviert. Kommt es dann aus taktischen Gründen zu einem „Hilfsstau“, macht sich schnell Frust und Ärger breit, besonders wenn taktische Maßnahmen ohne Kenntnisse des Gesamtgeschehens nicht transparent werden. Besonders hier gilt es für die eingesetzten Rettungsassistenten, Disziplin zu wahren.

Hierarchische Strukturen

Die Bewältigung eines Massenansturms von Verletzten erfordert eine dem Rettungsassistenten ungewohnte Arbeitsweise. Er muß sich in ein größeres Team einordnen und unterliegt Führungsstrukturen. Dies entspricht nicht seinem täglichen Handeln, denn Führungsstrukturen sind im Gegensatz zu Feuerwehren und Polizei in Rettungsdiensten weniger ausgeprägt; vielerorts nicht einmal installiert. Die Vorhaltung eines Einsatzleiters „Rettungsdienst“ dürfte wohl eher die Ausnahme sein. Diese ungewohnten Arbeitsstrukturen sind gerade in einer emotional belasteten Situation ein nicht zu unterschätzender Störfaktor.

Zusammenfassend kann gesagt werden: Bei einem Massenansturm von Patienten kommt dem ersteintreffenden Rettungsassistenten eine entscheidende Rolle zu. Im Gegensatz zur gewohnten Individualversorgung eines Patienten gilt es zunächst, vorrangig organisatorische und taktische Aufgaben zu bewältigen. Erst danach gilt es, gewohnter medizinischer Versorgung nachzukommen.

Unfalldatenschreiber – der Polizist im Auto?

Modernste Technologie soll die Genauigkeit bei der Rekonstruktion von Verkehrsunfällen steigern

Derzeit feiert er seinen Siegeszug durch die Medien. Kein einschlägiges Fachblatt, kein wissenschaftliches Fernsehmagazin kann es sich erlauben, den Unfallzeugen der Zukunft zu ignorieren. Die Rede ist vom Kfz-Unfalldatenschreiber (UDS) – elektronisch gesteuert mit computergestützter Datenauswertung. Das vielleicht in einigen Jahren serienmäßig in Fahrzeuge eingebaute Gerät soll kontinuierlich Bewegungsdaten sowie Zustandsdaten des Fahrzeugs aufzeichnen. Die Meinung über diese technische Neuentwicklung ist geteilt. Während Rechtssprechung, Polizei und Versicherung in dem UDS einen unbestechlichen, absolut zuverlässigen Unfallbeobachter sehen werden Kritikerstimmen laut, die eine ständige – auch nachträgliche – Kontrolle des Fahrverhaltens befürchten: der UDS als Polizist im Auto.

Rund zwei Millionen Straßenverkehrsunfälle verursachen Jahr für Jahr in der Bundesrepublik Deutschland einen volkswirtschaftlichen Schaden von rund 50 Milliarden Mark. Die Ermittlung des Unfallgeschehens zur Feststellung der Ursachen und zur Klärung der Schuldfrage gestaltet sich dabei oft sehr schwierig. Eine einwandfreie Rekonstruktion scheidet oftmals an zahlreichen technischen Problemen und kann durch die zur Zeit des Unfalls herrschenden Witterungsbedingungen beeinträchtigt werden.

Hinzu kommt, daß insbesondere bei Bagatellschäden keine Spuren gesichert werden, die einen Anhalt für die Rekonstruktion geben könnten. Meist bleibt wegen fehlender polizeilich erfaßter Fakten, Fotos und Skizzen nur der Zeugenbeweis, der insbesondere bei den in Bruchteilen einer Sekunde ablaufenden Unfall-

vorgängen unzuverlässig ist. Diese Unsicherheitsfaktoren verhindern oder verfälschen gar eine sachgerechte Aufklärung und führen letztlich zu ungerechten Ergebnissen.

Zusätzlich unterstützt durch die Forderung, berechnete Ansprüche von Opfern bei Verkehrsunfällen sicherzustellen und Beteiligte vor ungerechtfertigten Schuldzuweisungen und Fehlurteilen zu schützen, sah sich deshalb neben vielen anderen der Deutsche Verkehrsgerichtstag wiederholt veranlaßt, zuletzt im Jahre 1990, eindringlich die Einführung eines Unfalldatenschreibers für Kraftfahrzeuge zu fordern.

Das deutlich erkennbare öffentliche Interesse an dem UDS hat den Bundesminister für Forschung und Technologie (BMFT), Bonn, zusammen mit dem Senator für Arbeit, Verkehr und Betriebe in Berlin veranlaßt, die Entwicklung eines UDS sowie die Klärung der damit zusammenhängenden vielschichtigen, auch nicht-technischen Fragen – insbesondere Rechtsfragen – im Rahmen eines Forschungs- und Entwicklungsvorhabens zu fördern. Gegründet wurde eine Arbeitsgemeinschaft UDS Berlin, die sich in einen wissenschaftlichen und einen juristischen Arbeitskreis aufgliedert.

Für das 1985 begonnene und Ende 1990 abgeschlossene Vorhaben, das in Abstimmung und mit Unterstützung des Bundesministers für Verkehr (BMV) durchgeführt wurde, sind von seiten des Bundesforschungsministeriums insgesamt 1,67 Millionen Mark an Fördermitteln bereitgestellt worden. Weitere 1,67 Millionen Mark hat der Senat für Arbeit, Verkehr und Betriebe in Berlin aufgebracht. Die Gesamtkosten belaufen sich, inklusive der Eigenmittel privatwirtschaftlicher Projektpartner, auf 5,2 Millionen Mark.

Nach Informationen aus dem Bundesforschungsministerium zeichnet

der ins Fahrzeug eingebaute Datenschreiber kontinuierlich die Bewegungsdaten (Längs- und Querbewegung, Fahrrotation um die Hochachse, Fahrzeuggeschwindigkeit) sowie Zustandsdaten des Fahrzeugs (unter anderem Bremsen, Blinker, Licht) auf. Die Speicherkapazität reicht für einen Zeitintervall von 60 Sekunden. Ohne ein Unfallereignis würden die Daten während der Fahrt immer wieder neu überschrieben. Bei einem Unfall jedoch, auch bei nur geringer Stoßbelastung, wird der UDS über seine Sensoren dazu veranlaßt, die Daten automatisch in einen Langzeitspeicher abzulegen.

Das zweiteilige UDS-Gerät besteht aus einem Basisgerät und einer in dieses Gerät einschiebbaren Speicherkassette. Das Basisgerät enthält Schnittstellen zum Fahrzeug, Stromversorgung, Schutzmaßnahmen vor elektromagnetischer Beeinflussung sowie einen Speicher für wichtige fahrzeugspezifische Daten. In der Speicherkassette befinden sich Beschleunigungssensoren, ein Drehratensensor, eine Weggeberschnittstelle zur Geschwindigkeitsmessung, eine Systemuhr, Schnittstellen zu den Zustandssignalen, ein Prozessor, Speicher für Meß-, Zustandsdaten und Programme sowie eine Schutzschaltung.

Technische Ergebnisse

Der wissenschaftliche Arbeitskreis formulierte die technischen Anforderungen und Ausgestaltungen für den UDS und überprüfte jeweils die Realisierung in Hard- und Software. In umfangreichen Labortests, Fahrversuchen und Unfallsimulationen wurde das UDS-System und das UDS-Nutzungskonzept vom Einbau ins Fahrzeug über die Datenaufzeich-

nung bis zum Sachverständigen-Gutachten überprüft.

Das Nutzungskonzept für den UDS leitet sich direkt aus der Aufgabenstellung ab: ein objektives Beweismittel zur Schadensregulierung nach Verkehrsunfällen. Zur Lösung dieser Aufgabe war es erforderlich, zunächst alle relevanten Daten in der Phase vor einem Unfall, während des Unfalls und nach dem Unfall aufzuzeichnen. Dies alles erledigt der Unfalldatenschreiber, indem er die Längs- und Querschleunigung im Fahrzeug, die Fahrzeugrotation um die Hochachse aufzeichnet; die Fahrzeuggeschwindigkeit mit Hilfe des Fahrzeugtachometers oder ABS-Signals mißt; sowie die Fahrzeugzustandsdaten (Hauptlicht, Fernlicht, Nebellicht, Standlicht, Blinker links und rechts, Zündung, Betriebsbremse, Handbremse, ggf. weitere) erfaßt und speichert.

Dabei müssen Erfassung und Speicherung eine Reihe von Bedingungen erfüllen: So muß die einwandfreie Funktion des UDS gesichert sein. Daten müssen präzise und mögliche Meßfehler möglichst klein, bekannt, eingrenzbar und kalkulierbar sein. Des weiteren muß die Datenaufzeichnung und -sicherung zuverlässig und automatisch erfolgen. Gerade in einer streßbehafteten Unfallsituation darf keine Fehlbediennung möglich sein, die zu einem Ver-

lust oder gar einer Verfälschung der Daten führen könnte.

Letztlich sollte die Entnahme des Gerätes mit den aufgezeichneten Daten einfach und im Ernstfall (Unfallsituation) schnell erfolgen können. Gesichert sein müssen die Daten auch gegen unerlaubten Zugriff.

Bei einer freiwilligen Nutzung des UDS soll die Entscheidung über eine eventuelle Nutzung der gespeicherten Information frei von Zeitwängen sein und außerhalb der konkreten Unfallsituation eingeräumt werden. Mindestens solange das Fahrzeug nach einem Unfall still steht, kann der Nutzer entscheiden, ob er durch Entnahme der Kassette die Daten zunächst für sich sichern will. Anschließend kann er dann weiter entscheiden, ob er die Kassette einer Auswertung zuführen möchte.

Auslesen der UDS-Speicherkassette

Ausgelesen und ausgewertet werden können die durch Codewort gesicherten Daten nur durch eine autorisierte Institution, der das gerätespezifische Codewort bekannt ist. Zu diesem Zweck wird ein sogenanntes „Datensicherungs-Center“ eingerichtet werden. Dort sichert

man den originalen UDS-Dateninhalt so, daß Manipulationen, ein Verlust der Daten oder ihre Verfälschung ausgeschlossen sind. Von den Originaldaten wird dann jeweils automatisch eine nicht veränderbare Kopie gefertigt und archiviert.

Im Vorfeld der Analyse werden die Daten zunächst auf eine sogenannte Arbeitsdiskette kopiert und für eine weitere Verarbeitung entsprechend genormt. Ein Auswerteprogramm erzeugt aus den Daten der Arbeitsdiskette absolute physikalische, fehlerkorrigierte Daten, die graphisch und als Listen dargestellt die Grundlage zur Erstellung eines Gutachtens bilden. Denn die primären, unkorrigierten Daten des UDS sind nur von geringem Wert. Fehler, die im Meßverfahren selbst, im Speicherverfahren sowie möglichen technischen Mängeln und äußeren Störungen des Unfalldatenschreibers begründet sind, müssen ausgeräumt werden. Eine kritiklose, eventuell gar automatische Verwendung solcher Daten könnte nach Ansicht der Experten wiederum zu falschen Ergebnissen führen.

Nach der eigentlichen Auswertung im Rechner erfolgt die graphische Darstellung der Daten in Form von Bewegungsdiagrammen auf dem Bildschirm. In dieser Darstellung lassen sich dann interaktiv am Bildschirm Interpretationen und Kor-

UDS-Nutzungskonzept



rekturen vornehmen. Andere Darstellungen, wie sie bei Unfallrekonstruktionen durch die Sachverständigen üblich sind, können im Auswerterechner erzeugt und anschließend ausgedruckt werden.

Diese Auswertergebnisse werden an den Unfallsachverständigen als Basis für eine Unfallrekonstruktion weitergeleitet. In der Regel folgt dann die gutachterliche Rekonstruktion des Unfallherganges unter Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse am Unfallort. Denn die eigentliche Rekonstruktion kann im allgemeinen nicht allein auf der Basis der vom UDS-Gerät aufgezeichneten Daten erfolgen. Hierzu müssen durch den Sachverständigen zusätzlich die örtlichen Verhältnisse am Unfallort mit einbezogen werden, die der UDS aus seinen Aufzeichnungen nicht kennen kann.

Juristische Erkenntnisse

Die Aufgabenstellung für das Forschungs- und Entwicklungsvorhaben war klar: Es galt ein objektives Beweismittel zur Schadensregulierung nach Verkehrsunfällen zu schaffen. Diese übergeordnete Aufgabe ist ihrer Natur nach keine rein technische, die durch Forschungs-

und Entwicklungstätigkeit im herkömmlichen Sinne lösbar gewesen wäre. Vielmehr war daneben eine Reihe juristischer Fragen zu klären sowie die gesellschaftspolitische Akzeptanz zu prüfen. Wesentliche Aufgabenbereiche wurden deshalb einem begleitenden juristischen Arbeitskreis UDS aus namhaften Verkehrsjuristen, -staatsanwälten, -richtern, Unfallforschern und -sachverständigen übertragen.

Die juristischen Aufgaben bestanden in der Mitwirkung bei der definitiven Auswahl der aus juristischer Sicht notwendigerweise aufzuzeichnenden Daten sowie in der Untersuchung aller rechtlichen Fragen im Zusammenhang mit Einbau und Einführung eines UDS auf freiwilliger oder obligatorischer Basis.

Der juristische Arbeitskreis untersuchte die rechtlichen Fragen im Hinblick auf Einbau und Einführung eines UDS unter den Gesichtspunkten Verfassungsmäßigkeit, Datenschutz, Einführung der mit UDS gewonnenen Daten in den Zivil- und Strafgerichtsbereich und sonstigem Recht (Kfz-Versicherung, Produkthaftung etc.).

Wie Klaus Kolley und Dr. Horst Laucht von der Arbeitsgemeinschaft UDS anlässlich des 14. Statusseminars des Bundesministers für Forschung und Technologie im Mai 1991 in Dresden ausführten, beste-

hen nach Auffassung des juristischen Arbeitskreises keine verfassungsrechtlichen Bedenken gegen die Einführung des UDS – sei sie freiwillig oder obligatorisch.

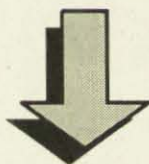
Auch den Datenschutz betreffend sehen die Experten keine Bedenken, da der UDS nur ausgewählte Betriebs- und Fahrdaten eines bestimmten Kraftfahrzeuges aufzeichnet. Diese Daten sind nicht unmittelbar personenbezogen und lassen daher die Identifizierung einer bestimmten Person nicht zu. Die Bestimmungen des Datenschutzgesetzes werden daher nicht berührt.

Gesetzliche Bestimmungen stehen auch der Einführung von Daten des Unfalldatenschreibers in das gerichtliche Beweisverfahren nicht entgegen. In der Rekonstruktion des Unfalls mit Hilfe der Auswertung der gespeicherten Daten durch qualifizierte Sachverständige wird ein Gutachten im Sinne des Paragraphen 256 der Strafprozeßordnung (StPO) gesehen. Dabei werden die Sachverständigen für Unfallrekonstruktionen wie im bisherigen Umfang heranzuziehen sein – sie werden durch den UDS nicht ersetzt, sondern in ihrer Arbeit unterstützt.

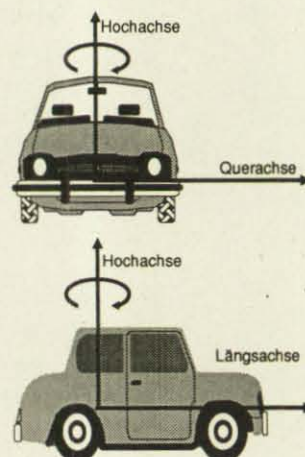
Nach Auffassung der Arbeitsgemeinschaft UDS wirkt sich der Einsatz des Unfalldatenschreibers bei Betrugsversuchen gegenüber der Autoversicherung zweifellos zum

UDS-Meßprinzip

- ➡ Messen der Längs- und Querbeschleunigung im Fahrzeug
- ➡ Messen der Fahrzeugrotation um die Hochachse
- ➡ Messen der Fahrzeuggeschwindigkeit mit Hilfe des Fahrzeugtachometers oder ABS-Signals
- ➡ Erfassen und Speichern der Fahrzeugzustandsdaten



Durch Auswertung der aufgezeichneten Daten lassen sich Lage und Position des Fahrzeugs im gemessenen Zeitintervall bestimmen und in eine Zeitbeziehung setzen. Fahrweg, Kollisionspunkt, Aufprallgeschwindigkeit, Aufprallzeitpunkt, Bremswirkung, Bremszeitpunkt usw. Durch gutachterliche Unfallrekonstruktion werden diese ausgewerteten Daten den örtlichen Verhältnissen am Unfallort zugeordnet.



Nachteil des Täters und zum Vorteil der Versicherer aus. Manipulierte Verkehrsunfälle sind also bei einem Einsatz von UDS kaum mehr möglich.

Gesellschaftliche Akzeptanz

Bereits vor Beginn des Forschungs- und Entwicklungsvorhabens im Jahre 1985 wurde eine Akzeptanzanalyse zum UDS, damals noch Kurzwegschreiber genannt, von der Bundesanstalt für Straßenwesen durchgeführt. Eine Information der Öffentlichkeit zu dieser Thematik, wie sie heute insbesondere durch die Medien erfolgt, hatte damals nicht stattgefunden. Zudem waren die technische Ausgestaltung sowie die Rahmenbedingungen mit dem heutigen Stand nicht zu vergleichen.

Für die Zuhilfenahme eines entsprechenden Gerätes zur Aufklärung von schweren Unfällen fand sich schon damals in der Öffentlichkeit eine Mehrheit. Ablehnung resultierte vor allem aus der Befürchtung, daß die UDS-Daten auch für die Ahndung von Ordnungswidrigkeiten verwendet werden könnten. Diese Befürchtung aber ist nach Angaben der Arbeitsgemeinschaft UDS bei dem

heutigen Entwicklungsstand des Unfalldatenschreibers unbegründet, der nur zur Rekonstruktion von Verkehrsunfällen ausgelegt ist.

Auch die vor Jahren geäußerte Meinung, die Europäische Gemeinschaft (EG) würde sich gegen einen UDS wenden, ist nach Ansicht der Experten überholt. Als generelle Zustimmung der EG zu einem solchen Instrumentarium für die Unfallaufklärung wird jene Tatsache gewertet, daß zur Zeit mit Fördermitteln der EG unter anderem im sogenannten „DRIVE Programm“ Akzeptanz und Einsatz einer „Black Box“ für Kraftfahrzeuge (UDS) untersucht wird.

„Die im Rahmen des Forschungs- und Entwicklungsvorhabens erarbeiteten Ausgestaltungen und Rahmenbedingungen haben bereits heute durch vermehrte Information der Öffentlichkeit zu einer deutlichen Verbesserung der Akzeptanz geführt. Neuere Untersuchungen zeigen, daß die Einführung von UDS unterstützt wird von Unfallopfern, verantwortungsbewußten Kraftfahrern, Verkehrsjuristen, Unfallsachverständigen, Polizei und Versicherungen. Allerdings wird nach wie vor von Teilen der Bevölkerung die Befürchtung geäußert, der UDS sei ein Polizist im Auto. Diese Auffassung ist irrelevant und beruht auf immer noch fehlender Information über den UDS und dessen Schutzwirkung gegen unge-

rechtfertigte Schuldzuweisungen“, führten Kolley und Laucht auf dem BMFT-Seminar in Dresden aus. Ihrer Meinung nach ist hier gezielte Aufklärungsarbeit geboten. Informierende Öffentlichkeitsarbeit und breit angelegte Diskussionen mit freiwilligen Nutzergruppen werden nach Ansicht der Arbeitsgemeinschaft UDS weitere Verbesserungen in der Akzeptanz bringen.

Ausblick

Von der Förderung dieses Projektes sind inzwischen auch Impulse für den Wettbewerb ausgegangen. Namhafte Unfallforscher fordern zur Überprüfung und Absicherung vor einer breiten Einführung des UDS die Durchführung eines Großversuches mit einigen tausend Geräten.

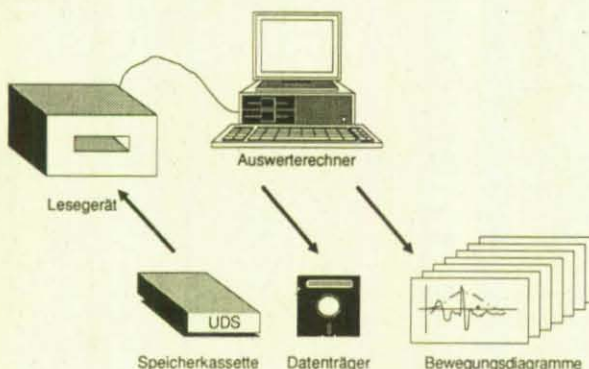
Aufbauend auf den Ergebnissen des Fördervorhabens wird der UDS von der Arbeitsgemeinschaft UDS Berlin derzeit zur Serienreife weiterentwickelt, die für Mitte 1993 geplant ist. Parallel dazu sind bereits Feldversuche zur weiteren Erprobung sowie zur Vertiefung und Absicherung der bisherigen Erkenntnisse angefallen.

- sm -

UDS-
Auswertung
(Graphiken Kolley & Partner /
MBB Deutsche
Aerospace)

Aktivitäten bei der Auswertung im Datensicherungscenter:

- ▶ Auslesen der UDS-Speicherkassette
- ▶ Funktionsprüfung und Nacheichen der Sensoren
- ▶ Sichern der UDS-Daten
- ▶ Weitergabe der Datenträger/Auswerteunterlagen
- ▶ Neukonfigurierung der Speicherkassette



Bei der Auswertung entstehen die Bewegungsdiagramme:

- ⇒ a/t - Beschleunigung / Zeit
- ⇒ v/t - Geschwindigkeit / Zeit
- ⇒ s/t - Weg / Zeit
- ⇒ t/s - Zeit / Weg
- ⇒ a/s - Beschleunigung / Weg
- ⇒ v/s - Geschwindigkeit / Weg
- ⇒ t/v - Zeit / Geschwindigkeit



Basis der Unfallrekonstruktion
durch den Unfallsachverständigen

Störfall im Kernkraftwerk Sosnovy Bor

Bericht des Bundesministers für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit zum Störfall in Block 3 des Kernkraftwerks Sosnovy Bor bei St. Petersburg



„Der Störfall von Sosnovy Bor verlief glimpflich, aber die nächste Katastrophe in einem Reaktor auf dem Gebiet der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) ist programmiert: Die Konstruktionsmängel sind nicht zu beheben, Kontrollmannschaften laufen auseinander, Ersatzteile fehlen.“ So kommentierte das Hamburger Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ den jüngst bekanntgewordenen Störfall in einem Kernkraftwerk der ehemaligen Sowjetunion. Ob der Öffentlichkeit – seit dem Reaktorunglück in Tschernobyl äußerst sensibilisiert – mit derartigen Prognosen gedient ist, kann zumindest in Frage gestellt wer-

den. Das Wissen um diese Risikofaktoren auf den Gebieten anderer Staaten – ohne die Möglichkeit direkter Einflußnahme – ist schlimm genug. Unbestritten aber ist die Notwendigkeit einer sachlichen Aufklärung über derartige Störfälle, nicht zuletzt um eine (hoffentlich) unbegründete Panik zu vermeiden. Dringend geboten ist eine Beseitigung dieser Risikofaktoren. Im Klartext heißt das: die insgesamt 15 in Betrieb befindlichen Reaktoren des Typs RBMK (Tschernobyl-Typ) müssen abgeschaltet werden. Eine Nachrüstung der betreffenden Reaktoren hält Bundesumweltminister Professor Klaus Töpfer im Gegensatz zur EG-Kommission in Brüssel für nicht machbar. Die baldige Lösung des Problems ist derzeit nicht abzusehen – die GUS fürchtet um ihre Energieversorgung, die Menschen fürchten ein zweites Tschernobyl.

Eine Folge des Reaktorunglücks in Tschernobyl ist die umfangreiche Unterrichtung der deutschen Bevölkerung bei Zwischenfällen in Kernkraftwerken. So legte der Bundesumweltminister auch im Falle des Störfalls in Sosnovy Bor bei St. Petersburg umgehend einen qualifizierten Bericht vor: Am 24. März 1992, 2.37 Uhr Moskauer Zeit, spricht das Reaktorschutzsystem von Block 3 des Kernkraftwerkes Sosnovy Bor, etwa 90 Kilometer westlich der Fünf-Millionen-Stadt St. Petersburg an der Ostseeküste gelegen, an und schaltet bestimmungsgemäß den Reaktor ab. Danach wird der Reaktor entsprechend der Betriebsvorschriften abgefahren.

Dabei kommt es zu einer Freisetzung von Radioaktivität (Edelgase und Jod) über das Filtersystem; nach dem Ergebnis von Spurenanalysen der finnischen Strahlenschutzbehörde auch zur Freisetzung geringer

Foto: Außenansicht des Kernkraftwerks Sosnovy Bor bei St. Petersburg. Das KKW, ausgelegt wie der „Tschernobyl-Typ“, gilt unter Experten als veraltet und störanfällig.

Mengen von Cäsium und weiteren Spaltprodukten. Aufgrund der Angaben der zuständigen russischen Stellen, wonach keine Überschreitung der genehmigten zulässigen Grenzwerte in der Umgebung vorliegt, erfolgt eine vorläufige Einstufung nach Stufe 3 der siebenstufigen INES-Skala. Stufe 3 bedeutet: Strahlenbelastung der Bevölkerung in Höhe eines Bruchteils der natürlichen Strahlenexposition.

In der Bundesrepublik Deutschland war der Ablauf wie folgt: Am 24. März 1992 gegen 8.30 Uhr gehen erste Informationen, insbesondere Meldungen der Nachrichtenagenturen, beim Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit ein. Sofort werden die Aufnahme eines Intensivbetriebs der Luftmeßnetze des Deutschen Wetterdienstes und des Warndienstes unter Einschluß von Meßstellen in den neuen Bundesländern sowie die Aktivierung der Spurenmeßstellen in Braunschweig, Berlin und auf dem Schauinsland bei Freiburg veranlaßt.

Gegen 11.00 Uhr erfolgt dann eine offizielle Unterrichtung durch das russische Ministerium für Atomenergie. Es folgt ein Kurzbericht über den Ablauf des Störfalles mit der Versicherung, daß keine Überschreitung der festgesetzten Grenzwerte vorliegt. Danach wird vorläufig eine Einstufung nach Stufe 3 INES vorgenommen.

Anschließend nimmt der Bundesumweltminister telefonischen Kontakt zu der zuständigen russischen Aufsichtsbehörde „Gosatomnadsor“ sowie mit schwedischen und finnischen Stellen auf, um ergänzende Informationen zu erhalten.

Eine erste Abfrage der Ergebnisse der Luftmeßnetze ergibt: keine erhöhten Luftmeßwerte im Bundesgebiet. Eine entsprechende Information der einzelnen Bundesländer durch das Bundesumweltministerium erfolgt über Fernschreiber. Zwischen 14.40 Uhr und 16.10 Uhr bestätigen Kontakte mit finnischen und schwedischen Strahlenschutzbehörden, daß keine Hinweise auf eine höhere Freisetzung von Radioaktivität gegeben sind. Dortige Meßergebnisse lassen die russischen Angaben als im wesentlichen zutreffend erscheinen.

Gegen 18.20 Uhr erfolgen umfassende Angaben über die Freisetzung differenziert nach Radionukliden über die Internationale Atomenergie-Organisation (IAEO) in Wien, basierend auf Angaben russischer Behörden. Umgehend wird das Bundesamt für



Professor Juri Petrow, Leiter der St. Petersburger Stadtkommission für Kernkraftsicherheit, versichert, daß keine gefährdende Radioaktivität auf dem Gelände des Kernkraftwerks Sosnowy Bor gemessen worden ist.

Strahlenschutz, Salzgitter, um eine radiologische Bewertung der nun vorliegenden Daten ersucht. Parallel erfolgt die Einrichtung eines Bürgertelefons im Bundesumweltministerium, an dem bis 24.00 Uhr rund 500 Anrufe aus der Bevölkerung eingingen.

Am folgenden Tag, dem 25. März 1992, gegen 7.30 Uhr laufen beim Bundesumweltministerium erneut Ergebnisse von den Meßstellen ein. Sie besagen, daß keine erhöhte künstliche Radioaktivität in Deutschland feststellbar ist. Ein Austausch der Meßwerte mit finnischen Stellen findet gegen 10.00 Uhr statt.

Ein aktueller Lagebericht an das Bundeskabinett wird vom Bundesumweltminister veranlaßt, ebenso erfolgt eine erneute Information der einzelnen Bundesländer. Derweil wird der Intensivbetrieb der Luftmeßnetze fortgesetzt. Am Bürgertelefon gehen an diesem Tag bis 16.00 Uhr über 600 Anrufe ein.

Auch am 26. März 1992 wird der Intensivbetrieb der Luftmeßnetze fortgesetzt. Bislang ist keine erhöhte künstliche Radioaktivität feststellbar. Ein erneuter Kontakt zur russischen Aufsichtsbehörde „Gosatomnadsor“ ergibt, daß in der Umgebung um das Kernkraftwerk Sosnowy Bor leicht erhöhte Werte von künstlicher Radioaktivität festgestellt wurden.

Am 27. März 1992 wird dem Bundesumweltministerium der Abschlußbericht der finnischen Strahlenschutzbehörde übermittelt. Aufgrund der Meßergebnisse der bundesdeutschen Behörden als auch der Ergebnisberichte der europäischen Nachbarn wird die Umschaltung der Luftmeßnetze vom Intensiv- auf Normalbetrieb veranlaßt. Ein entsprechender Bericht geht an die Bundesländer.

Sicherheitstechnische Bewertung

Das etwa 90 Kilometer westlich von St. Petersburg gelegene Kernkraftwerk Sosnowy Bor besteht aus vier Blöcken und ist wie der Reaktor in Tschernobyl vom Typ RBMK. Es handelt sich dabei um einen graphitmoderierten Siedewasser-Druckröhren-Reaktor. Die Blöcke in Sosnowy Bor haben eine elektrische Leistung von jeweils 1000 Megawatt. Der Reaktorkern des RBMK besteht aus einem zylindrischen Graphit-Block von zwölf Metern Durchmesser und sieben Metern Höhe, der vertikal von 1661 Druckröhren durchzogen wird. Jedes Druckrohr enthält zwei übereinander angeordnete Brennelemente. Die Gesamtlänge eines Druckrohres beträgt 22 Meter, davon

etwa acht Meter im Kernbereich. In die Druckrohre strömt von unten das Kühlmittel ein, verdampft an den Brennelementen und wird über einen Sammler zur Turbine geleitet.

Nach russischen Angaben kam es am 24. März 1992 um 2.37 Uhr Ortszeit zu einem Leck an einem der Druckrohre im Randbereich des Reaktorkerns. Über Größe und genaue Lage liegen dem Bundesumweltministerium keine Informationen vor. Als Folge des Lecks kam es zum Austritt von Kühlmittel in den den Reaktorkern umgebenden gasdichten Behälter, also zu einem Kühlmittelverluststörfall. Durch den damit verbundenen Druckaufbau wurde auslegungsgemäß eine automatische Reaktorschnellabschaltung ausgelöst. Danach wurde die Anlage gemäß den Betriebsvorschriften abgefahren. Zehn Stunden nach dem Eintritt der Störung war der Reaktor drucklos.

Im Hinblick auf die Reaktorsicherheit sind im wesentlichen zwei Aspekte zu betrachten. Zum einen der Kühlmittelverlust; insoweit sind Leckagen an den Druckrohren in der

Auslegung der Anlage berücksichtigt. Zum anderen der Druckaufbau in dem den Kern umschließenden Behälter. Dem Aspekt „Druckaufbau“ kommt hier nach Angaben des Bundesumweltministeriums höhere Bedeutung zu, weil bei einem unbeherrschten Druckaufbau im Reaktor möglicherweise schwere Folgeschäden an den übrigen Druckrohren und den Steuerstäben auftreten können.

Nach russischen Informationen gehört Block 3 zur zweiten Generation der RBMK-Anlagen, die hinsichtlich des Druckaufbaus im Kernbereich mindestens den Abriß eines Druckrohrs beherrscht.

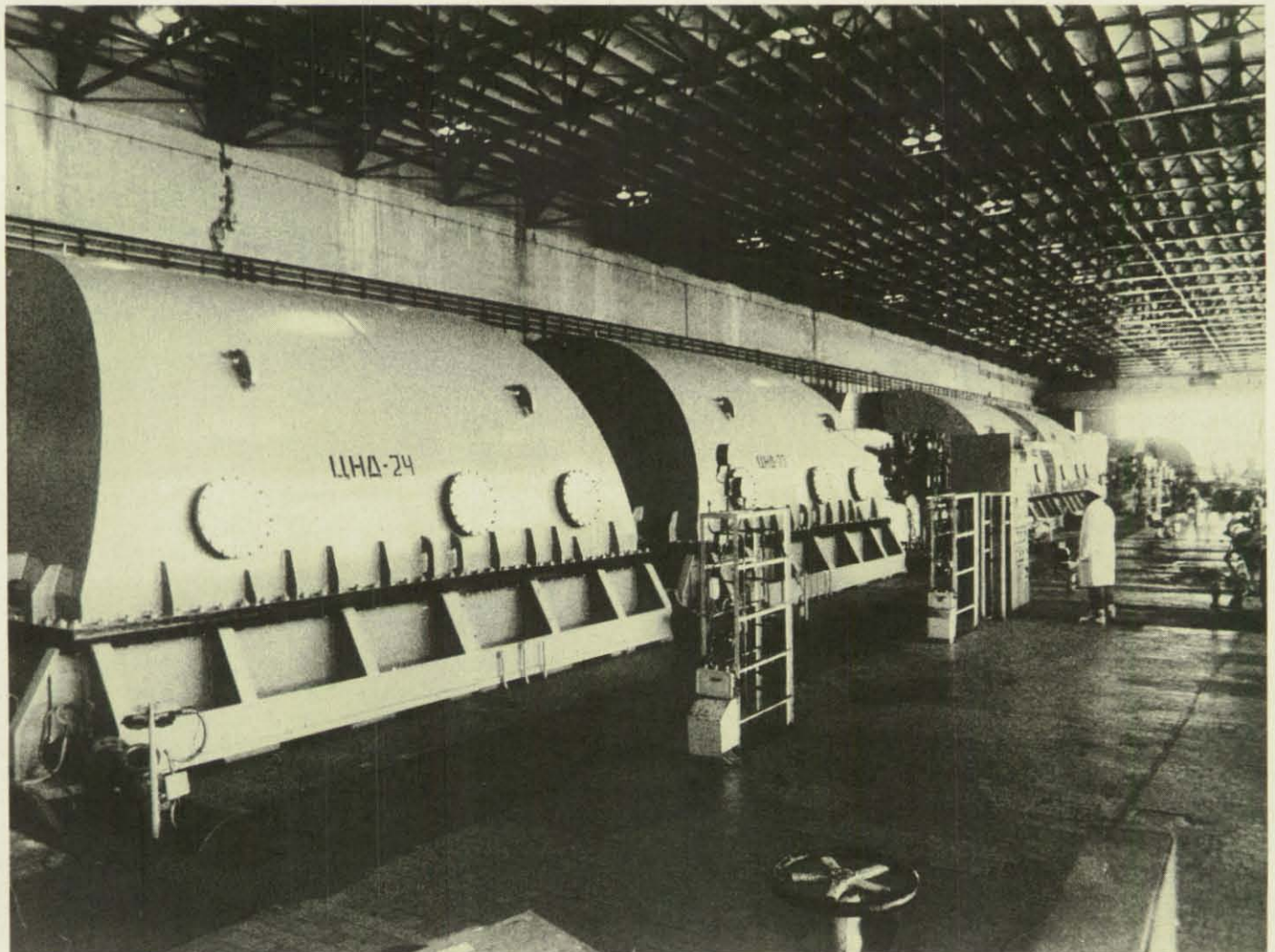
Aufgrund der russischen Aussage, daß im Störfallverlauf keine zusätzlichen Komplikationen auftraten, ist zu vermuten, daß die zur Beherrschung des Kühlmittelverlusts und zur Begrenzung des Druckaufbaus vorhandenen Systeme auslegungsgemäß funktionierten. Ob es zu nennenswerten Folgeschäden, beispielsweise an den Brennelementen, gekommen ist, wird erst nach Vorliegen des Berichts der mit der Untersuchung

beauftragten russischen Experten-Gruppe beurteilt werden können.

Radiologische Auswirkungen

Die IAEO übermittelte, sich auf russische Informationen berufend, folgende Daten über die aus dem Reaktor freigesetzte Radioaktivität: Zirka 1200×10^{10} Becquerel Edelgase; zirka $0,7 \times 10^{10}$ Becquerel Jod 131; zirka $0,4 \times 10^{10}$ Becquerel kurzlebige Radionuklide. (Die Einheit Becquerel ist kein Maß für die „Gefährlichkeit“ einer radioaktiven Substanz, sondern ist die Einheit für die Aktivität also die Entstehung einer radioaktiven Strahlung. Die Aktivität ist als die Anzahl der Zerfälle je Zeiteinheit definiert. Die Aktivitätseinheit Becquerel liegt vor, wenn pro Sekunde ein Zerfall erfolgt, oder anders ausgedrückt, wenn durch solch einen Zerfall ein Teilchen entsteht. 1 Becquerel = 1 Zerfall pro Sekunde. Anm. d. Red.)

Die von der IAEO übermittelten Werte würden bei Anwendung in



Innenaufnahme des Kernkraftwerks Sosnovy Bor aus dem Jahre 1991.

(Fotos: dpa)

Deutschland üblicher radiologischer Berechnungsverfahren zu einer effektiven Dosis von zirka 0,004 Millisievert (Jahresgrenzwert zum Schutz der Bevölkerung bei Ableitungen im Normalbetrieb in Deutschland 0,3 Millisievert) und zu einer Schilddrüsensendosis von zirka 0,05 Millisievert (entsprechender Jahresgrenzwert in Deutschland 0,9 Millisievert) am ungünstigsten Einwirkungsort in der Umgebung des Reaktors führen.

Die effektive Dosis wäre nach Angaben des Bundesumweltministeriums weniger als ein Prozent der natürlichen Strahlenexposition im Jahr in Deutschland, die durchschnittlich bei 2,4 Millisievert effektiver Dosis liegt. Die natürliche Strahlenexposition im Raum St. Petersburg dürfte aufgrund eines Vergleichs mit den bekannten Werten angrenzender finnischer Regionen vergleichbar, eher leicht höher, sein.

Die russische Einschätzung der radiologischen Situation in der Region St. Petersburg wurde durch die in Finnland und Schweden durchgeführten Überwachungen der Radioaktivität in der Luft bestätigt. In Schweden war keine erhöhte Radioaktivität feststellbar. In Finnland wurden mit aufwendigen Messungen im südlichen Landesbereich nuklid-spezifische Luftkonzentrationen von einigen Millibecquerel pro Kubikmeter Luft gemessen. Die um ein Mehrfaches über dem normalen Bereich liegenden Werte befinden sich andererseits weit unterhalb eines radiologisch bedeutsamen Pegels. Sie betragen etwa ein Hunderttausendstel der Radioaktivitätswerte in Finnland infolge des Reaktorunfalls in Tschernobyl. Rückrechnungen der finnischen Meßwerte durch die Gesellschaft für Reaktorsicherheit und das Bundesamt für Strahlenschutz sowie finnische Behörden aufgrund der Luftströmungen ergaben eine Aktivitätsfreisetzung am Reaktor in der von russischer Seite genannten Größenordnung, bestätigen also diese Angaben.

Die von den Luftmeßnetzen im integrierten Meß- und Informationssystem (IMIS) ermittelten Meßwerte ergaben keine registrierbaren Erhöhungen der natürlichen Radioaktivität. Auch die Spurenmeßstellen in Braunschweig, Berlin und auf dem Schauinsland mit ihrer erheblich niedrigeren Nachweisgrenze von einigen Mikrobecquerel je Kubikmeter Luft konnten keine zusätzliche künstliche Radioaktivität nachweisen. Dabei ist zu berücksichtigen, daß in der

bodennahen Luft ein Grundpegel von Cäsium 137 in Höhe von einigen Mikrobecquerel je Quadratmeter vorhanden ist. Dieses Cäsium stammt noch aus den oberirdischen Kernwaffenversuchen und dem Reaktorunfall von Tschernobyl vor sechs Jahren.

Bei Ereignissen der Stufe 3, in die die russische Seite den Störfall zunächst einstuft, handelt es sich um ernste Störfälle, die entweder außerhalb der Anlage zu einer Strahlenbelastung am ungünstigsten Aufpunkt in Höhe eines Bruchteils der natürlichen Strahlenexposition führen können oder eine größere Kontamination in der Anlage zur Folge haben oder mit einem weitgehenden Ausfall der gestaffelten Sicherheitsvorkehrungen verbunden sind.

Inzwischen hat die russische Aufsichtsbehörde im Hinblick auf die geringen radiologischen Auswirkungen eine Zurückstufung auf Stufe 2 vorgenommen. Für die russischen Behörden bestand im übrigen keine Meldepflicht nach dem „Wiener Übereinkommen über schnelle Information“ wegen der auf die nächste Umgebung der Anlage beschränkten und begrenzten Auswirkungen.

Notwendige Konsequenzen

Der Störfall in Sosnovy Bor demonstriert nach Ansicht des Bundesumweltministeriums erneut: Die Kernkraftwerke vom Typ RBMK (Tschernobyl-Typ) müssen, wegen ihrer Störanfälligkeit und systembedingten Sicherheitsmängel, so schnell wie dies irgend realisierbar ist abgeschaltet werden.

Von den insgesamt 16 Reaktoren vom Typ RBMK (elf in Rußland, drei in der Ukraine, zwei in Litauen) sind nach russischen Angaben drei der in Rußland befindlichen Reaktoren dauerhaft abgeschaltet (Block 1 Kernkraftwerk Sosnovy Bor, Blöcke 1 und 2 des Kernkraftwerks Kurks). Block 2 des Kernkraftwerks Tschernobyl (Ukraine) wurde ebenfalls dauerhaft abgeschaltet. Bei den stillgelegten Reaktoren handelt es sich durchwegs um solche der ersten Generation. Alle anderen Blöcke der ersten Generation sind mit maximal 70 Prozent der Nennleistung am Netz, während die Blöcke der zweiten Generation, so auch der Block 3 des Kernkraftwerks Sosnovy Bor, mit 100 Prozent Leistung betrieben werden.

Die Abschaltung dieser Reaktoren würde nach den dem Bundesumweltministerium vorliegenden Erkenntnissen erhebliche Konsequenzen haben: Die Elektrizitätsversorgung der Region von St. Petersburg ist russischen Angaben zufolge zu 60 Prozent vom Kernkraftwerk Sosnovy Bor abhängig. Ersatz ist offenbar derzeit nicht vorhanden. Besonders gravierend ist die Situation in Litauen, wo die beiden in Betrieb befindlichen RBMK 1500 (erweiterte zweite Generation) 53 Prozent der Stromversorgung decken.

Zur Abschaltung der verschiedenen RBMK-Typen bedarf es nach Ansicht des Bundesumweltministers eines abgestimmten Programms zur Hilfe sowie der Festlegung von Prioritäten. Um die notwendigen Schritte bis hin zur Abschaltung in den betroffenen Staaten durchzusetzen und als Grundlage für Sofortmaßnahmen zur Gefahrenabwehr ist der schnelle Abschluß der bereits eingeleiteten Sicherheitsanalyse des RBMK durch ein Konsortium unter Beteiligung Kanadas, Schwedens, Finnlands, Frankreichs, Großbritanniens und Deutschlands erforderlich. Die Sicherheitsanalyse ist hingegen nicht für eine etwaige Nachrüstung vorgesehen, die schon nach den dem Bundesumweltministerium vorliegenden lückenhaften Kenntnissen über den RBMK nicht vertretbar erscheint.

Bereits auf der Wintertagung des Deutschen Atomforums im Januar dieses Jahres in Bonn hatte Bundesumweltminister Professor Klaus Töpfer betont: „Ziel sämtlicher Bemühungen muß es sein, die Staaten Mittel- und Osteuropas in die Lage zu versetzen, die erforderliche Verbesserung der kerntechnischen Sicherheit sowie der Energie- und Umweltsituation insgesamt aus eigener Kraft zu bewerkstelligen. Nur so kann langfristig eine faktische Internationalisierung der Verantwortung für die kerntechnische Sicherheit in den betroffenen Staaten vermieden werden.“

Abschließend ist zu sagen, daß die russische Regierung über den Störfall vom 24. März 1992 zeitgerecht informiert hat. Die Angaben über die freigesetzte Radioaktivität und die Einstufung des Störfalls sind im wesentlichen bestätigt worden. Die Bundesregierung erwartet, daß Rußland diese Informationspolitik bei der weiteren Aufklärung der technischen Abläufe gegenüber der IAEA, der interessierten Staaten, aber auch gegenüber der Öffentlichkeit im eigenen

Lande fortsetzt und darüber hinaus alle verfügbaren Informationen über Design- und Materialfragen der RBMK-Typen insbesondere für die laufenden Sicherheitsanalyse zügig und uneingeschränkt zur Verfügung stellt.

Eine wesentliche und zugleich positive Erkenntnis ist die Funktionsfähigkeit des Integrierten Meß- und Informationssystems (IMIS) unter

Einschluß der Luftmeßstellen in den neuen Bundesländern von Arkona über Görlitz bis ins Vogtland, das im Intensivbetrieb in zweistündigem Takt Meßdaten geliefert hat. Auch in den östlichen Nachbarstaaten bestand in der Vergangenheit Interesse an einer Übertragung des bundesdeutschen Systems auf dortige Verhältnisse. Mit der Tschechoslowakei haben entsprechende Gespräche

bereits zu konkreten Planungen geführt.

Als zufriedenstellend hat sich, so der Bericht des Bundesumweltministeriums, auch der Informationsaustausch mit und über die IAEO in Wien sowie unmittelbar zwischen Rußland, Schweden, Finnland und Deutschland erwiesen.

Die Aufgaben des Warndienstes im Umweltschutz

Bereits im Jahre 1986, sogleich nach dem Kernkraftwerksunfall von Tschernobyl, war der Warndienst in der Lage, mit seinem Meßnetz in den betroffenen Gebieten der Bundesrepublik eine erhöhte Radioaktivität festzustellen. Das Warndienst-Meßstellennetz, welches ursprünglich nur für den Verteidigungsfall konzipiert worden war, erwies sich in dieser Situation als geeignetes Instrument zur Überwachung der Umwelt-radioaktivität.

Denn Mitte der achtziger Jahre hatte man damit begonnen, die ursprünglichen, noch verhältnismäßig unempfindlichen Sondentypen gegen sehr viel sensiblere Sonden auszutauschen, um dadurch in einem Verteidigungsfall schon frühzeitig über leichte Erhöhungen der Radioaktivität informiert zu werden.

Aufgrund des Reaktorunfalls in Tschernobyl wurde der große Nutzen dieses Instruments zur Überwachung der Umweltradioaktivität erkannt; das Warndienstinformationssystem (WADIS) mit dem Meßstellennetz wurde in das integrierte Meß- und Informationssystem (IMIS) des Bundesministers für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit aufgenommen.

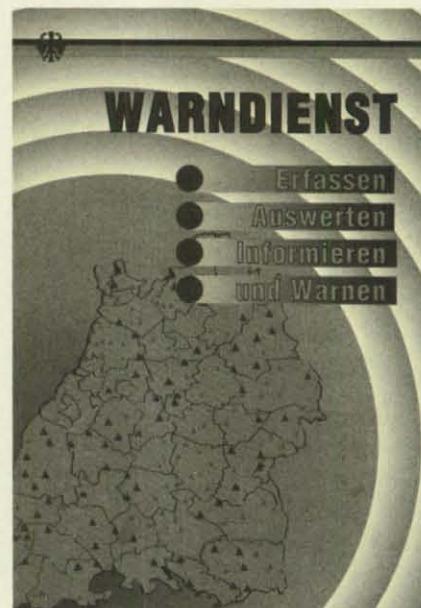
In einem mittleren Abstand von zirka 11 bis 15 Kilometern ist das stationäre Warndienst-Meßstellennetz flächendeckend im Bereich der alten

Bundesländer aufgebaut. In den neuen Bundesländern wird der Aufbau zusätzlicher Warndienst-Meßstellen zur Zeit planerisch vorbereitet. Dabei ist Hauptbestandteil der Frühwarnfunktion der Bundesnetze, das schnelle Feststellen künstlicher Radioaktivität. Um hier die Zuverlässigkeit und Schnelligkeit weiter zu erhöhen, findet seit 1990 ein direkter Austausch von Meßwerten des Warndienst-Informationssystems (WADIS) mit den Kernreaktorfernüberwachungszentralen der Länder statt.

Nach dem Reaktorunfall von Tschernobyl wurde das Strahlenschutzvorsorgegesetz erlassen. Es regelt Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung bei Ereignissen „mit nicht unerheblichen radiologischen Auswirkungen“. Eine dieser Maßnahmen ist der Aufbau und Betrieb eines Meß- und Informationssystems, welches die unterschiedlichen Bundesnetze, die Einrichtungen der Länder zur Erfassung der Umweltradioaktivität, die Leitstellen und andere Institutionen zusammenfaßt.

Ziel des Integrierten Meß- und Informationssystems (IMIS) ist es, die Umweltradioaktivität zu ermitteln, die gewonnenen Meßdaten auf Plansensibilität zu prüfen und zu bewerten, um damit dem Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reak-

torsicherheit die Voraussetzung zu geben, Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung zu erlassen.



(Auszugsweise aus der Broschüre „Warndienst – Erfassen, Auswerten, Informieren und Warnen“, zu beziehen beim Bundesamt für Zivildschutz, Deutscherherrenstraße 93, 5300 Bonn 2)

Blickpunkt Nordrhein-Westfalen

Münster

Ein Unternehmen der Chemieindustrie in Münster machte sich die Dienste des BVS zunutze. Speziell für dieses Unternehmen, das unter anderem Acetylen, Propan, Benzin, Diesel sowie Luftgase, Sauerstoff und Stickstoff produziert, wurde unter Federführung der BVS-Dienststelle Münster ein Sicherheits- und Ausbildungsprogramm entwickelt. Die Zusammenarbeit ist das Ergebnis einer ersten Kontaktaufnahme im Herbst 1991, als der BVS gemeinsam mit der Industrie- und Handelskammer Großbetrieben im Raum Münster das BVS-Ausbildungsangebot offerierte.

Die jetzt zustande gekommene Zusammenarbeit wird von dem Sicherheitsingenieur des Unternehmens, Eckhard Heise, getragen. An einem ersten Lehrgang nahmen bereits etwa 100 Mitarbeiter des Unternehmens teil, weitere Lehrgänge sollen folgen.



Zahlreiche Besucherinnen verfolgen das Ablöschen brennender Kleidung, unter ihnen Bundestagsabgeordnete Renate Diemers (2. v. rechts). (Foto: Böhm)

Haltern

Gleichstellungsbeauftragte Gertrud Fleischmann löschte mutig die brennende Kleidung der Brandübungspuppe. Viele Frauen sahen der Demonstration interessiert zu, darunter auch Bundestagsabgeordnete Renate Diemers.

Anlaß der in Haltern durchgeführten Veranstaltung war der Weltfrauentag, an den sich

die BVS-Dienststelle Recklinghausen mit einer Ausstellung zum Thema „Sicherheit im Haushalt“ beteiligte. Befürwortet wurde von den Besucherinnen, daß jede Frau für den „Unfallschwerpunkt Haushalt“ so ausgebildet sein muß, daß sie Gefahren erkennt, Gefahrenquellen beseitigt, aber auch in der Lage sein muß, kleinere Verletzungen zu versorgen.

Bottrop

Im Rahmen einer Tagung für Behörden-Selbstschutzleiter überreichte BVS-Dienststellenleiterin Margret Block dem Katastrophenschutzleiter des Postamtes Bottrop, Heinz Berger, die BVS-Medaille für gute Zusammenarbeit.

Sie würdigte Berger als einen langjährigen engagierten und sachkundigen Fürspre-



Die Unterweisung der Firmenangehörigen im richtigen Gebrauch von Feuerlöschern stellt einen wichtigen Teil der Ausbildung dar.

(Foto: Jerzewski)



Die BVS-Plakette als Dank für gute Zusammenarbeit für Heinz Berger (Mitte), links BVS-Dienststellenleiterin Block, rechts Heinz Schwabe, Leiter des Postamtes Bottrop. (Foto: Sadowski)

cher, der sich in besonderem Maße für den Selbstschutz einsetzte. Durch seine positive Haltung zum Selbstschutz hat er mit dazu beigetragen, daß der BVS in Bottrop einen hohen Stellenwert besitzt.

Bei verschiedenen Aktionen der Öffentlichkeitsarbeit – insbesondere bei Selbstschutztagen und Ausstellungen – fand der BVS in Heinz Berger einen Förderer, bei dem jede Unterstützung selbstverständlich war.

Wermelskirchen

Das Thema „Unfälle zu Hause, wie kann ich helfen?“ beschäftigte 19 Frauen bei einer Zusammenkunft des Evangelischen Frauenkreises Wermelskirchen. Fachreferent war Tobias Pieper von der BVS-Dienststelle Köln. Neben der Erläuterung der staatlicherseits möglichen Hilfeleistung lag der Schwerpunkt der Veranstaltung in der Untersuchung der vielfältigen Gefahren im Haushalt. Das Ergebnis: Erstaunen bei den meisten Teilnehmern darüber, mit welchen einfachen Mitteln man einer unmittelbaren Gefahr für sich und seine Familie begegnen kann.

Hessenspiegel

Wiesbaden

Auf eine 25jährige Tätigkeit im öffentlichen Dienst kann Günther Wufka, Fachgebietsleiter Ausbildung bei der BVS-Landesstelle Hessen, zurückblicken. Anlässlich einer kleinen Feierstunde sprach ihm Landesstellenleiter Werner Hachen Dank und Anerkennung aus. Hervorragendes Fachwissen, ein gutes Organisationstalent sowie eine klare und verständliche Überzeugungskraft, so Hachen in seiner Laudatio, zeichneten Wufka aus.

Seit Anfang 1992 ist Günther Wufka mit der vor-



BVS-Landesstellenleiter Hachen (rechts) gratuliert Günther Wufka zum Dienstjubiläum. (Foto: Kern)

übergehenden Wahrnehmung der Aufgaben des Dienststellenleiters der BVS-Dienststelle Frankfurt beauftragt.

Aktuelles aus Rheinland-Pfalz

Frankenthal

„Sicherer leben“ – unter dieser Devise war die BVS-Dienststelle Ludwigshafen auf der „FrankenThal-Woche '92“ in Frankenthal mit einem Infostand vertreten. Eröffnet wurde die größte Wirtschafts- und Verkaufsmesse im Ludwigshafener Raum vom rheinland-pfälzischen Innenmini-

ster Walter Zuber. Der Messe-rundgang führte den Innenminister auch zum Stand des BVS. Zuber bedankte sich für die bisherige gute Zusammenarbeit und wünschte dem Verband weiterhin erfolgreiches Wirken. Dieser Danksagung und der Eintragung ins Gästebuch schloß sich der Frankenthaler Oberbürgermeister Peter Popitz an.

Neun Tage lang standen die BVS-Mitarbeiter den zahlreichen Interessenten in Beratungsgesprächen zur Verfügung. Der gut plazierte Hallenstandort – direkt neben dem Messecafe und einem Rundfunksender – brachte es mit sich, daß mehrere tausend Besucher den Info-Stand aufsuchten.



Innenminister Walter Zuber trägt sich in das Gästebuch am BVS-Stand ein, hinter ihm Oberbürgermeister Peter Popitz (rechts) und BVS-Landesstellenleiter Hans-Dieter Awiszus (links).

Pirmasens

Über 500 Zivildienstleistende der US-Army nahmen an einem sogenannten „Organisation Day“ teil. In Zusammenarbeit mit dem ortsansässigen DRK und der Polizei oblag der BVS-Dienststelle Kaiserslautern die Organisation dieses Sicherheitstages zum Thema Selbstschutz.

Das breitgefächerte Angebot des BVS-Informationsstandes umfaßte Sicherheitswettbewerbe, Brandschutzvorführungen im Freigelände und Preisrätsel aus den Bereichen Selbstschutz/Brandschutz und Sofortmaßnahmen. Mehr als 100 Bedienstete beteiligten sich am Sicherheitswettbewerb. Höhepunkte der Veranstaltung waren jedoch die praktischen Demonstrationen über das Ablöschen brennender Kleidung und die Handhabung von Feuerlöschern.

Oberstleutnant Martin und Sicherheitsfachkraft Greb dankten am Abschluß des Sicherheitstages den Mitarbeitern der BVS-Dienststelle Kaiserslautern für ihre hervorragende Arbeit und Unterstützung.

Koblenz

Berufsfeuerwehr – der u. a. auch die städtische Schadstoffsammelstelle untersteht –, Amt für Brand- und Katastrophenschutz und BVS hatten bei der Ausstellungskonzeption „Natur und Umwelt“ zusammengearbeitet. In einem Koblenzer Einkaufszentrum war dann auch der geeignete Ort gefunden, um möglichst viele Passanten ansprechen zu können.

Anziehungspunkt beim BVS-Stand waren vor allem Schautafeln zum Thema „Gift, Säuren und Medikamente“. Dem jeweiligen Gefahrensymbol war hier eindrucksvoll ein entsprechender Verbrauchsgegenstand zugeordnet. Auf Gefahren und notwendige Hilfe verwies die Koblenzer BVS-Dienststelle zudem immer wieder.



Umweltministerin Martini (links) im Gespräch mit BVS-Dienststellenleiter Neuland (rechts) und Centermanager Ebel.

Zur Ausstellungsöffnung zeigte sich die Schirmherrin, die Mainzer Umweltministerin Martini, sichtlich beeindruckt von der Vielseitigkeit der BVS-Informationsarbeit.

Birkenfeld

Zu einem Tag der Ehrungen lud die BVS-Dienststelle Kaiserslautern in den Sitzungssaal der Kreisverwaltung in Birkenfeld ein: Willi Becker, Ortsbürgermeister von Wilzenberg-Hußweiler, und Horst Teumer, Leiter der US-Feuerwehr Baumholder, waren die Ehrengäste.

Erster Kreisdeputierter Edgar Mais würdigte eingangs die Verdienste des BVS. So habe die Dienststelle Kaisers-

lautern mit insgesamt 410 Veranstaltungen und Lehrgängen im Vorjahr ein beachtliches Engagement gezeigt. Dienststellenleiter Hilmar Matheis nahm die Danksagung erfreut entgegen und verwies auf die große Motivation seiner haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeiter.

BVS-Landesstellenleiter Hans-Dieter Awiszus betonte in seiner Rede die Relevanz des BVS als Bundeseinrichtung im Bereich der Selbsthilfe. Das Tätigkeitsfeld des BVS bestehe insbesondere in Aufklärung und Information der Bürger.

Aus der Hand des Landesstellenleiters erfolgten dann die Ehrungen: Willi Becker erhielt für 30jährigen ehrenamtlichen Einsatz einen Ehren-



Ehrung in Birkenfeld (von rechts): Landesstellenleiter Awiszus, Willi Becker, Horst Teumer, Dienststellenleiter Matheis und Erster Kreisdeputierter Mais.



BVS-Dienststellenleiter Matheis (links) im Gespräch mit Polizei-Hauptkommissar Wilhelm Becker und Sicherheitsingenieur Michael Becker.

preis mit Urkunde. Horst Teumer überreichte Awiszus für seine gute Zusammenarbeit mit der BVS-Dienststelle Kaiserslautern und der BVS-Schule Birkenfeld das BVS-Emblem mit Widmung sowie die Ehrennadel.

Kaiserslautern

Eine mehrtägige Informationsveranstaltung des BVS kam bei der Belegschaft eines Kaiserslauterner Chemieunternehmens gut an. Ziel der Informationstage, an deren Gestaltung sich die Polizei, die Verkehrswacht und die Berufsgenossenschaft beteiligte, war es, die Firmenmitarbeiter für Gefahren auf dem Weg zur Arbeit zu sensibilisieren.

Auf die Sicherheit ihrer Belegschaft legt die Firmenleitung großen Wert. So gibt es für die rund 420 Mitarbeiter eine 40 Mann starke Selbstschutzeinheit, die im Sanitätsdienst, Brandschutz und Bergung regelmäßig ausgebildet wird. Bei einem Notfall ist auf diese Weise bereits eine Primärversorgung sichergestellt.

Dennoch leisteten die BVS-Informationstage einen wesentlichen Beitrag zum Selbstschutz, da immerhin 90 Prozent aller Unfälle im Werk durch Fehlverhalten entstehen. BVS-Dienststellenleiter Hilmar Matheis und seine Mitarbeiter hatten dann auch alle

Hände voll zu tun, die interessierten Belegschaftsmitglieder über die Selbstschutzmaßnahmen zu informieren.

Die BVS-Mitarbeiter erläuterten ausführlich die Absicherung von Unfallstellen oder Erste-Hilfe-Maßnahmen. Sie demonstrierten auch, wie Feuerlöscher wirksam eingesetzt werden oder was ein Verbandkasten beinhalten muß. Viele Belegschaftsmitglieder beteiligten sich am BVS-Preisrätsel über Selbstschutzmaßnahmen und Verhalten im Verkehr.

Bayern heute

München

Helga Treffer, Bürosachbearbeiterin bei der BVS-Landesstelle Bayern, ging nach über zwanzigjähriger Tätigkeit im Sachgebiet Verwaltung in den Ruhestand. Im Rahmen einer kleinen Feier überreichte Landesstellenleiter Helmut Schneider die Dankurkunde des Verbandes und würdigte Helga Treffer als eine Frau, auf die man sich stets habe verlassen können. Sachgebietsleiter Erich Brockmann hob das große persönliche Engagement hervor, mit dem sie ihre Aufgaben erledigte. Für das Personal bedankt sich Wolfgang Klippe für die stete reibungslose Zusammenarbeit.

Schleswig-Holstein



Übungsgelände für das THW

Osterrönfeld. Das jahrelange Warten für die THW-Helfer in Schleswig-Holstein hat ein Ende. Endlich steht den 36 Ortsverbänden im nördlichsten Landesverband ein geeignetes und gut gelegenes Übungsgelände zur Verfügung. Grund genug, dies mit einem Tag der offenen Tür und einer Prüfung Grundausbildung für über 100 junge Helfer offiziell der Öffentlichkeit zu präsentieren; wie am 28. März geschehen. Bereits im November 1991 übernahm das THW das über 50 000 m² Gelände von der Bundeswehr. Für das THW ist das Übungsgelände sehr gut ausgestattet. So steht auf der großen Freifläche ein dreistöckiges Trümmer- und Brandhaus mit verschiedenen Kriechgängen. In einem anderen Bereich ist ein kleineres Trümmerhaus und



Mit Interesse wird die Bewältigung der Prüfungsaufgaben durch die jungen Helfer verfolgt.

eine rund 1000 m² große Ausbildungshalle, wo geübt werden kann.

Mit seiner Lage im Zentrum Schleswig-Holsteins, nur zwei Kilometer vom Rendsburger Autobahnkreuz entfernt, ist das Gelände für die meisten Ortsverbände binnen Stundenfrist zu erreichen.

Bei frühlingshaftem Wetter mit Aprilcharakter präsentier-

ten sich anlässlich des Tages der offenen Tür die einzelnen Fachdienste auf dem weiten Gelände. Zahlreiche Besucher aus dem benachbarten Osterrönfeld waren gekommen, um die neuen Nachbarn vom THW kennenzulernen. Darunter auch Vertreter der Kommunal- und Kreisverwaltung und der anderen am Ort vertretenen Organisationen.

Landesverband unter neuer Leitung

Kiel. Dr. Hans-Ingo Schliwienski (36) ist neuer THW-Landesbeauftragter für Schleswig-Holstein. Sowohl im ehren- als auch hauptamtlichen Bereich wurde diese Entscheidung mit großer Erleichterung aufgenommen.

Dr. Schliwienski ist in THW-Kreisen kein Unbekannter. Der Remscheider, der nach seinem Jurastudium als Anwalt tätig war, wechselte 1988 in die THW-Leitung, dort war er als Referent im Einsatzreferat unter anderem für verschiedene Auslandseinsätze federführend tätig, das Rettungshundewesen gehörte ebenfalls zu seinem Arbeitsfeld.

Zu seinen ersten Aktionen im hohen Norden gehörten neben ersten Kontakten mit den Ortsverbänden Gespräche im Landesinnenministerium mit dem dort für den Bereich Katastrophenschutz zuständigen Ministerialdirigenten Dr. Lutz und ein Meinungsaustausch mit Landesbrandmeister Gunther Stoltenberg-Frick. Dr. Schliwienski will insbe-



Das neue Übungsgelände bietet den 36 schleswig-holsteinischen THW-Ortsverbänden viel Raum für Aktivitäten.

Der neue Landesbeauftragte für Schleswig-Holstein:
Dr. Hans-Ingo Schliwienski.



Die THW-Ehrenplakette als Zeichen des Dankes: Josef Boska (rechts) und THW-Geschäftsführer Hübner.



sondere die bisher gepflegte Devise beim Umgang zwischen Feuerwehr und THW in Schleswig-Holstein beibehalten, „nicht übereinander, sondern miteinander zu reden.“ Dies sollte ihm nicht schwerfallen, denn seit 17 Jahren ist er Mitglied der Freiwilligen Feuerwehr Remscheid.

Erfahrungen auf Straße und Gelände

Kiel. Theorie und viel Praxis gab es bei der Kraftfahrerausbildung des Kieler THW-Ortsverbands am letzten Märzwochenende. Alle Kraftfahrer des Ortsverbandes konnten intensiv die Kenntnisse über ihre Fahrzeuge vertiefen. Neben Kolonnenfahrten standen auf dem Ausbildungsprogramm Geländefahrten auf dem Truppenübungsplatz in Hohn. Erfahrungen, die abseits der Straße gemacht werden, haften tiefer und haben mehr Lernerfolg als die gleiche Anzahl von Straßenkilometern. So erfuhren die Fahrer, wie sich MKW und GKW auf losem Grund verhalten. Als Erkenntnis des Wochenendes verfestigte sich, daß die THW-Oldtimer vom Schlage Hanomag selbst mit normaler Straßenbereifung ein besseres Bild abgeben als die neueren Fahrzeuge mit Geländebereifung.

Rührige Althelfer

Kiel. Ein Hauch von Tradition strich am 21. März über das Katastrophenschutzzentrum in Kiel: Zum 100. Male trafen sich die Althelfer des THW-Ortsverbandes Kiel. Seit nunmehr 17 Jahren treffen sich die rund 60 Althelfer alle zwei Monate, um nicht nur Erlebnisse aus früheren THW-Zeiten auszutauschen, sondern auch interessiert das aktuelle Geschehen im Ortsverband zu verfolgen. Für die Althelfer,

teilweise THW-Helfer der ersten Stunde, war es eine Selbstverständlichkeit, dieses Jubiläumstreffen im feierlichen Rahmen zu begehen. Da durfte auch die Ausstellungsgruppe des Landesverbandes nicht fehlen, deren rollendes Museum ebenfalls aufgebaut war und dessen Exponate bei manchem Althelfer Assoziationen an den früheren Dienst im THW weckte.

Daß die Althelferschaft eine so rührige Truppe ist, ist nicht zuletzt das Verdienst von Josef

Boska, der als Vorsitzender dieser Vereinigung über ein Jahrzehnt bis zum vergangenen Jahr der Motor der Althelferschaft war. Aus gesundheitlichen Gründen legte der 79jährige sein Amt in die Hände von Holger Schugardt. Am Abend des 100. Treffens wurde ihm für sein nimmermüdes Engagement die THW-Ehrenplakette verliehen, die der Kieler Geschäftsführer Karl-Otto Hübner überreichte.



Auch abseits der Straße müssen die Kraftfahrer ihr Können unter Beweis stellen.



Erlebnisreiche Fahrt

Bremen. Unter dem Namen „Schnelles Rad '92“ lief Ende März die Kraftfahrerausbildung des THW-Ortsverbandes Bremen-Neustadt. Die 3. Technische Einsatzleitung unter der Führung von Michael Titzmann hatte die Ausbildung vorbereitet und leitete sie auch am Übungstage.

Dieser begann mit der Ausgabe des Marschbefehls an die Kraftfahrer. Nachdem alle 15 Fahrzeuge (Fernmeldedienst, Instandsetzungsdienst, Bergungsdienst und OV-Führung) des Ortsverbandes in die Marschfolge gebracht waren,



Ein Begleitfahrzeug des THW-Fahrzeugverbands sichert eine Straßenkreuzung. (Foto: Kardel)

wurde im geschlossenen Verband marschiert. In Absprache mit der Polizei wurden innerhalb der Stadtgemeinde Bremen Sicherungsfahrzeuge des THW eingesetzt, die die Straßen sperrten, so daß der Verband mit einer Marschlänge von ca. 800 m ohne Probleme

die Straßen kreuzen konnte.

Nach 41 km Marsch im Verband, teilweise über Bundesautobahn, wurde das erste Marschziel im Landkreis Oldenburg erreicht. Hier wurde der Verband in fünf Einzelgruppen aufgeteilt. Nun muß-

ten mit Hilfe von Koordinaten mehrere Punkte in den Landkreisen Oldenburg und Cloppenburg angefahren werden.

Die Koordinatenfahrt (rund 100 km) endete auf einem Parkplatz. Hier mußte auf einem Parcours von den Kraftfahrern unter anderem rückwärts eingeparkt werden und eine Slalomfahrt durchgeführt werden. Dann ging es mit Hilfe einer Marschkizze weiter zu einem Truppenübungsplatz in der Nähe von Delmenhorst. Bevor hier das Mittagessen eingenommen werden konnte, mußte bei den Schirrmeistern noch ein Fragenkatalog beantwortet werden.

Nachmittags, an einem kalten Tag, bei dem sich Schneeregen, Hagel und Sonnenschein abwechselten, kamen dann alle Übungsteilnehmer wohlbehalten zur Unterkunft zurück. J.K.

Beirat zu Gast

Bremen. Zur Kontaktaufnahme mit dem Gröpelinger und Oslebshäuser Beirat hatte Helmut Böhne, THW-Ortsbeauftragter für Bremen-West, die Stadtteilpolitiker zu einem Vortrag über das THW eingeladen. Neben der Historie umfaßten seine Erläuterungen u. a. die Einsatzmöglichkeiten der Organisation und die Belange der Helfer.

Nach den interessiert aufgenommenen Ausführungen folgte ein Rundgang durchs Gebäude. Begutachten konnte man dabei die technischen Gerätschaften und den umfangreichen Fuhrpark mit Werkstätten. Die Beiratsgäste bekundeten abschließend ihre volle Zufriedenheit mit diesem Treffen.



Ortsbeauftragter Böhne (Bildmitte hinten) erläutert den Beiratsmitgliedern die Struktur des THW. (Foto: Schüttpeiz)

Warndienst



Abschied nach 30 Jahren Engagement

Nach 30 Jahren Mitarbeit im Warndienst wurde der Leiter der WD-Leitmeßstelle 33 (WDLMSt 33), Soltau, Hans-Werner Hillmar verabschiedet. Der bei seinen Kollegen und den Helfern geachtete Hillmar war bis zu seiner Versetzung in den Ruhestand 1988 als Studiendirektor und Leiter der Bauabteilung im Hannoveraner Berufsschulbereich tätig.

Dr. August-Jürgen Maske, Abteilungsleiter Warndienst im Bundesamt für Zivildienst, verabschiedete in Vertretung des Präsidenten des BZS den verdienten Mitarbeiter aus seinem Amt. In seiner Abschiedsrede hob Dr. Maske besonders Hillmars persönliches Engagement hervor.

Im Abschluß an die Ehrung des ausscheidenden Leiters der WDLMSt 33 wünschte Dr. Maske dem neuen Leiter Helge Blenck für seine bereits im Dezember 1991 übernommene Aufgabe viel Glück.

Gleichzeitig mit der Verabschiedung Hillmars wurde Auswerteleiter Carsten Schlieper für seine 20jährige Mitarbeit im Warndienst ausgezeichnet.

In diesem Rahmen konnte Warnamtsleiter Werner Vogt noch sechs weitere Mitarbeiter des Warndienstes verabschieden. Die beiden Helfer der WDLMSt 31, Rodenberg, Frank Blume und Ralf Schröder schieden nach zehnjähriger Mitarbeit aus, während die Mitarbeiter in besonderer Funktion Holger Borsum, Hartmut Kisser, Reimund Kubetzko und Stefan Schaefer nach ebenfalls zehn Jahren das Warnamt III verließen.



Das DRK und der Aufbau in den neuen Ländern

Eine Zwischenbilanz

Als nationale Hilfsgesellschaft wirkt das DRK im Zivil- und Katastrophenschutz mit ca. 150 000 Helfern in gegliederten Katastrophenschutz-Einheiten mit. Darüber hinaus hält es ein Gesamtpotential mit weiteren mehr als 300 000 Helferinnen und Helfern einschließlich ihrer Ausstattung vor.

In Staßfurt (Sachsen-Anhalt) wurden je zwei Sanitätsfahrzeuge des erweiterten Katastrophenschutzes an die DRK-Kreisverbände Dessau, Bitterfeld, Köthen, Stendal, Wolmirstedt, Haldensleben, Wernigerode, Halberstadt, Naumburg, Hohenmölsen, Schönebeck und Salzwedel übergeben.

Mit dem Aufbau von Sanitätszügen für den Katastrophenschutz in den östlichen Bundesländern durch den Bund sind gute Voraussetzungen geschaffen, die Mitwirkung beim Schutz der Zivilbevölkerung sicherzustellen. Das DRK begrüßt es nachdrücklich, daß in den östlichen Bundesländern in den nächsten Wochen insgesamt 80 Sanitätszüge den Hilfsorganisationen übergeben werden. Das DRK wird hiervon 45 Sanitätszüge vorhalten.

Mit der Deutschen Einigung erfolgte in den neuen Bundesländern der Startschuß für den strukturellen Wandel von der Schnellen Medizinischen Hilfe und des Krankentransportes zu einem System Rettungsdienst mit Notfallrettung und

Krankentransport. Im Leistungsspektrum des Krankentransportes waren per 31. 12. 1990 nach neuem Verständnis etwa 50 bis 60 % Krankenfahrten enthalten. Dennoch gibt es eine Reihe gemeinsamer Merkmale: So bedienen sich die Träger des Rettungsdienstes überwiegend der Hilfsorganisationen als Leistungserbringer. In zahlreichen ehemaligen Bezirksstädten und anderen Großstädten ist die Tendenz ausgeprägt, daß der Träger sich vorrangig kommunaler Einrichtungen für die Notfallrettung (Feuerwehr, Rettungsdienste) bedient und den Hilfsorganisationen den Krankentransport (KTP) oder kleine Anteile der Notfallrettung überläßt.

In allen Bundesländern außer Mecklenburg-Vorpommern konnten landeseinheitliche Benutzungsentgelte für Einsätze von Krankentransportwagen (KTW), Rettungswagen (RTW), Notarztwagen (NAW), zum Teil Notarztzeitsatzfahrzeuge (NEF) als befristete Übergangslösung für Krankenfahrten ausgehandelt werden.

Durchgängig werden in allen Ländern große Anstrengungen zur Ausbildung von Rettungssanitätern unternommen. Insgesamt wurden seit Mitte 1990 über 1500 Rettungssanitäter ausgebildet oder befinden sich in Ausbildung.

Der gesamte Strukturwandel im Rettungsdienst wird un-

terstützt durch eine „Struktur- und Bedarfsanalyse Rettungsdienst“ des Institutes für Rettungsdienst, die in der ersten Entwurffassung sowohl bei den staatlichen Stellen sehr gut aufgenommen wurde und die eine wirksame Hilfe für die neuen DRK-Landesverbände darstellt (s. „Bevölkerungsschutz-Magazin“ 4/92, Seite 5 ff.).

Durch bereits – zum Teil mit Unterstützung von Partnerschafts-Landesverbänden – durchgeführte, zahlreiche Ausbilder-Ausbildungen bzw. -Einweisungen ist es möglich, inzwischen in relativ großem Umfang Lehrgänge für die Bevölkerung anzubieten bzw. durchzuführen.

Ab 1991 gelten die Leitfäden „Erste Hilfe“ und „Lebensrettende Sofortmaßnahmen für Führerscheinebewerber“ auch für die gleichnamigen Ausbildungen der Bevölkerung in den neuen DRK-Landesverbänden.

Die fünf geplanten Blutspendedienstzentralen wurden in allen Landesverbänden eingerichtet.

Der Aufbau des Zivildienstes erfolgt seitens des Deutschen Roten Kreuzes nach den „Grundsätzen für den Dienst von Zivildienstleistenden“ vom 15. September 1986. In den fünf neuen Bundesländern und in Berlin wurden bisher zirka 1700 Zivildienstplätze geschaffen. Vorrangig sind die Tätigkeitsfelder in der Pflege-

hilfe und Betreuung, im Rettungsdienst und bei dem Aufbau Mobiler Sozialer Hilfsdienste vorgesehen. Zwischenzeitlich sind zirka 200 Beschäftigungsstellen aufgebaut worden. Die DRK-Landesverbände haben insoweit bereits eine Verwaltungsinfrastruktur, so daß nach § 5a Abs. 2 Zivildienstgesetz die Übertragung der Verwaltung des Zivildienstes ab 1992 sichergestellt werden sollte.

Der Suchdienst des Deutschen Roten Kreuzes wird als satzungsgemäße Aufgabe in allen Verbandsbereichen des Deutschen Roten Kreuzes betrieben. Dazu gehören:

- Nachforschungen nach Verschollenen des Zweiten Weltkriegs,
- Familienzusammenführung und Ausreise Deutscher aus den Ländern Ost- und Südosteuropas,
- Hilfs- und Beratungsdienst,
- Auskunftswesen bei Katastrophen und Konflikten.

Die DRK-Landesverbände Brandenburg, Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern haben jeweils eine Mitarbeiterin im Landesnachforschungsdienst eingestellt. Aus dem Suchdienst des ehemaligen Roten Kreuzes der DDR konnten Teile als „Außenstelle Berlin“ des DRK-Suchdienstes München übernommen und in Berlin fortgeführt werden.

111 Schnellbauhäuser für die Rotkreuz-Katastrophenhilfe

Eine Initiative ganz besonderer Art haben 1200 Lehrlinge des Deutschen Baugewerbes ergriffen. Sie spendeten der Rotkreuz-Katastrophenhilfe 111 Schnellbauhäuser im Wert von rund drei Millionen Mark. Das Deutsche Rote Kreuz wird diese isolierten Holzhäuser für Familien von ehemaligen politischen Gefangenen in Albanien und für Erd-

bebenopfer in der Türkei einsetzen.

In Albanien ist die Lage der Familien von ehemaligen politischen Gefangenen besonders erschreckend und hoffnungslos. Dies gab den Ausschlag, die meisten Häuser im „bittersten Armenhaus Europas“, in Albanien, einzusetzen, da hier Hilfe von anderer Seite nicht zu erwarten ist. Die Angehörigen von politischen Gefangenen wurden oftmals in abgelegene Dörfer in die Verbannung geschickt. Sie verloren alles, ihr Eigentum wurde beschlagnahmt und noch heute leben

sie häufig am Ort ihrer Verbannung. Ferner wird das DRK einen Teil der Häuser im türkischen Erdbebengebiet um Erzinca für Erdbebenopfer aufstellen.

Die 111 Schnellbauhäuser, welche die Bau-Lehrlinge innerhalb ihrer Ausbildungszeit gebaut haben, wurden in der ZDF-Sendung „Wetten, daß...?“ mit Thomas Gottschalk am 28. März dem Roten Kreuz übergeben.

Die Rotkreuzhilfe für Albanien umfaßt ferner Nahrungsmittelhilfen für kinderreiche Familien und Babynahrung für Kleinkinder. Für die nächsten Wochen sind weitere medizinische Hilfsgütertransporte vorgesehen. Das DRK ist mit zwei Delegierten in Albanien präsent.



Die Hungersnot trifft die Schwächsten – Kinder, Alte und Kranke – ganz besonders.



Während der Sendung „Wetten, daß...?“ übergibt Moderator Thomas Gottschalk die Schnellbauhäuser an das DRK, links DRK-Generalsekretär Johann Wilhelm Römer.

Somalia: Nur eine globale Hilfsaktion kann das Land noch retten

Der gesamten somalischen Bevölkerung droht gegenwärtig eine Hungersnot, und nur eine globale Hilfsaktion kann das Land vor einer beispiellosen menschlichen Katastrophe retten.

„Es muß eine Nahrungsmittelhilfe ins Auge gefaßt werden, die nicht nur die Hauptstadt Mogadishu, sondern das ganze Land erfaßt“, stellt der Generaldelegierte des IKRK für Afrika, Jean-Daniel Tauxe, fest. „Das IKRK und die nicht-staatlichen Organisationen vor Ort können den Ernährungsbedürfnissen der somalischen Bevölkerung nicht mehr entsprechen. Ein massives Eingreifen der Vereinten Nationen und ihrer Sonderorganisationen scheint unvermeidlich, soll eine allgemeine Hungersnot verhindert werden.“ Der Direktor für operationelle Einsätze des IKRK, Jean de Courten, kehrte Mitte Februar von einer Mission in Somalia zurück und unterstrich seinerseits die Gefahr einer massiven Auswanderung der somalischen Bevölkerung in die

Nachbarländer, wenn nicht unverzüglich eine internationale Hilfsaktion unternommen werde.

Nach Schätzungen des IKRK, das im ganzen Land 32 Delegierte eingesetzt hat, müssten monatlich rund 35000 Tonnen Nahrungsmittel nach Somalia – inbegriffen den Nordwesten des Landes – gebracht werden, um den rund 4,5 Millionen bedrohten Somaliern zu helfen. Das IKRK beabsichtigt, in einer Anfangsphase auf dem Seeweg monatlich 7000 Tonnen Nahrungsmittel zu befördern. Die ersten 2500 Tonnen, die in Kismayo gelöscht wurden, werden seit dem 15. Februar verteilt. Drei weitere vom IKRK gecharterte Schiffe werden gegenwärtig ebenfalls an der somalischen Küste gelöscht. „Angesichts der gewaltigen Bedürfnisse ist diese Hilfe bloß ein Tropfen auf den heißen Stein“, erklärt Jean de Courten.

Am 13. Februar mußte das chirurgische Team des Niederländischen Roten Kreuzes aus Sicherheitsgründen das Krankenhaus von Keysaney räumen, nachdem dessen 44 Patienten in Privathäuser gebracht worden waren, die als Behandlungsstellen dienen und wo die rund 4000 Kriegsverwundeten aus dem Nordteil Mogadishus versorgt werden. Laut Schätzungen des IKRK beträgt die Anzahl der Toten und Verwundeten in den vergangenen drei Monaten allein in der somalischen Hauptstadt mehr als 30000.



Ein Blick auf das „Schnellbauhäuser-Dorf“ verdeutlicht das Hilfspotential, das durch die Bau-Lehrlinge geschaffen wurde.

Endstation Hoffnung

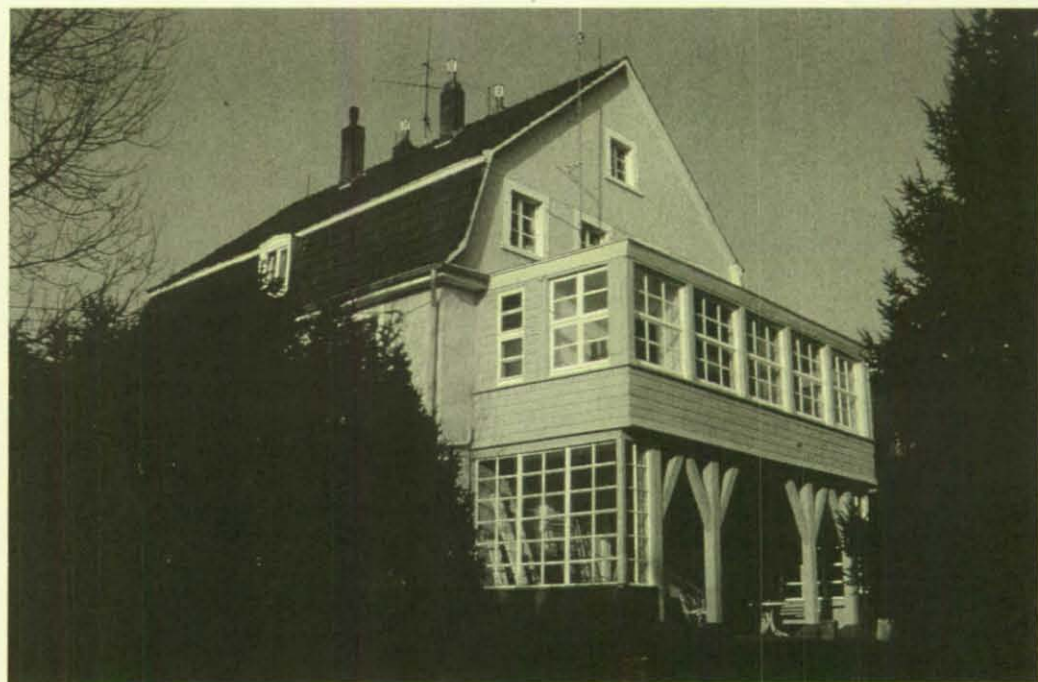
Hilfe nach jahrzehntelanger Sucht

„Die Einsicht, daß Probleme nicht mit Trinken zu lösen sind, muß man manchmal richtig reinkloppen.“ Horst-Dieter Hoock, selbst alkoholabhängig und seit langer Zeit „trocken“, weiß, was das heißt: Nach oft mehrfachen Entgiftungs- und Entwöhnungsbehandlungen folgen Rehabilitationsmaßnahmen.

Ein hartes Stück Arbeit: Das Selbstbewußtsein muß trainiert, die Konfliktfähigkeit gestärkt werden. Den einfachen Ausweg, den schnellen Griff zu Flasche, darf es nicht mehr geben.

Aber das funktioniert nicht immer: Während viele nach erfolgreicher Therapie zu Familie und Arbeitsplatz zurückkehren, bleiben einige buchstäblich auf der Strecke. Ihnen wachsen die Probleme über den Kopf. Es beginnt wieder der Griff zur Flasche, der in einer Sackgasse endet. Der Alkoholiker, der vielleicht schon zig fehlgeschlagene Entgiftungen und Therapien hinter sich hat, entwickelt sich zum exzessiven Trinker. Es folgen Zerfall der Familie, Verlust des Arbeitsplatzes, Überschuldung und oft Obdachlosigkeit: Endstation Straße. Oder, wenn er Glück hat, die Aufnahme im „Faßbacher Hof“, wo – trotz allem – Hoffnung keimt ...

In dieser Einrichtung des ASB-Landesverbandes Nordrhein-Westfalen arbeitet Horst-Dieter Hoock. Als ehemaliger Alkoholiker, als sogenannter „Ex-User“, gehört er zu einem neunköpfigen Betreuungsteam (Sozialpädagogen, Arbeitstherapeuten, Krankenpfleger), das sich in dem einstigen Bauernhof in der Nähe von Leverkusen um



Der „Faßbacher Hof“ bietet denjenigen ein Heim, die woanders oft schon aufgegeben wurden.

diejenigen kümmert, die „woanders oft schon aufgegeben wurden“.

So charakterisiert Wolfgang Krüger, der Leiter des „Faßbacher Hof“, die 22 Patienten, die in der ASB-Einrichtung – offizielle Bezeichnung: „Sozialtherapeutisches Langzeitwohnheim für chronisch alkohol- und medikamentenabhängige Männer“ – untergebracht sind.

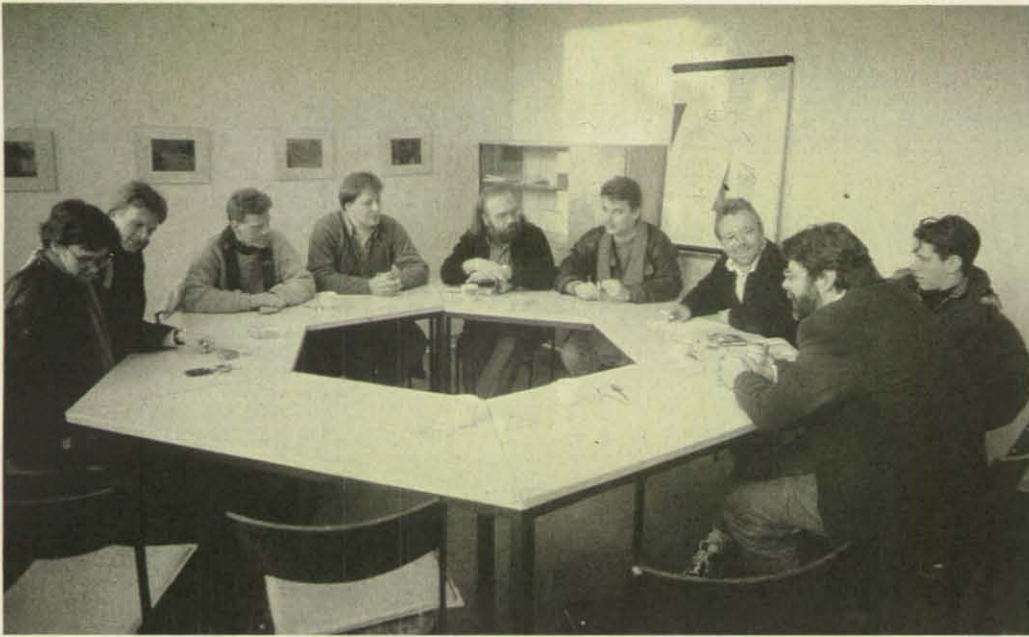
Fast alle Männer, die in den „Faßbacher Hof“ kommen, waren obdachlos, rund 80 Prozent von ihnen gerieten schon mit dem Gesetz in Konflikt, viele haben Haftstrafen hinter sich. Die meisten Bewohner kommen nach vorherigen Entgiftungsbehandlungen in den Rheinischen Landeskliniken auf den „Faßbacher Hof“, aber auch aus „normalen“ Psychiatriestationen und forensischen

Abteilungen (dort sind psychisch kranke Straftäter untergebracht). Schließlich ist die ASB-Einrichtung das einzige Heim in Nordrhein-Westfalen, das Bewohner mit sogenannten „Doppeldiagnosen“ aufnimmt.

Das heißt, im „Faßbacher Hof“ arbeiten nicht nur Männer, die von jahrzehntelanger Abhängigkeit und sozialem Abstieg geprägt sind, auf die Rehabilitation hin, sondern auch Alkoholiker, die gleichzeitig noch psychisch krank sind. Diejenigen, die mit Sucht, Psychosen und vielleicht noch mit einer gerichtlich angeordneten Bewährung zu kämpfen haben, finden besonders schwer Reha-Plätze, sie fallen immer wieder durchs soziale Raster. Der „Faßbacher Hof“ nimmt sie auf.

„Wenn es uns gelingt, einen Patienten wieder sozial zu rehabilitieren, also ihm beispielsweise das Leben in einer betreuten Wohnung zu ermöglichen, dann haben wir unglaublich viel erreicht“, erklärt Wolfgang Krüger, der weiß, daß dieses Unterfangen, wenn überhaupt, nur langfristig gelingen kann. Drei Jahre gelten im „Faßbacher Hof“ als Minimum, wenn man den Absprung zurück in ein selbstbestimmtes Leben schaffen will. „Aber für manche“, erklärt Krüger, „ist das wahrscheinlich nicht möglich. Sie können auch für immer hier bleiben.“

Derjenige, der die Kosten dafür übernehmen muß, ist darauf eingestellt: Der Landschaftsverband Rheinland, überörtlicher Träger der Sozialhilfe, gibt beim Einzug in den „Faßbacher Hof“ dem Pa-



Das Betreuungsteam trifft sich zu regelmäßigen Arbeitsbesprechungen.

tienten eine unbefristete Kostenzusage. Wer jedoch nicht bleiben will, kann jederzeit gehen. Der „Faßbacher Hof“ ist ein offenes Heim. Zäune, Türen ohne Klinken oder vergitterte Fenster gibt es nicht. Nach der vormittäglichen Arbeitstherapie in der Schreinerei, der biologisch-dynamisch betriebenen Landwirtschaft, in dem Schaf- oder Hühnerstall oder in der Gemeinschaftsküche hat jeder, der will, Ausgang. Aber Stefan (Name geändert) sitzt heute schon wieder, Tabak und Coladose griffbereit neben sich, in einer Ecke des großen Gemein-

schaftsraums. „Nein, nein, ich bleib' hier“, sagt der 35jährige viel zu laut. Und er fügt hinzu: „Auf der Straße, da geh' ich doch kaputt. Da will ich nicht hin. Das ist nichts für mich.“ Natürlich wird ihn niemand auf die Straße schicken. Trotzdem scheint Stefan panische Angst davor zu haben, den „Faßbacher Hof“ verlassen zu müssen: „Nach dem Einkaufen geh' ich immer den schnellsten Weg zurück, ganz schnell.“ Stefan sagt auch warum: „Nur eine Kneipe oder Freunde von früher. Das reicht. Das reicht vollkommen. Und dann ist der Rückfall da.“

Wolfgang Krüger freut sich über diese Selbsterkenntnis, obgleich es für ihn nichts Besonderes ist: Eine von Toleranz und Selbstverständlichkeit geprägte Atmosphäre sorgt im Zusammenspiel mit regelmäßig stattfindenden sozialtherapeutischen Kleingruppensitzungen dafür, daß Rückfälle nur „relativ selten“ (Krüger) auftreten.

Viel häufiger kommt es dagegen vor, daß die Männer mit der Organisation ihres Lebens nicht klarkommen. „Manche waren im Kinderheim, in Entziehungskuren, im Knast, in der Psychiatrie – aber eigent-

lich nie in einer eigenen Wohnung. Sie haben nicht gelernt, für sich zu sorgen“, erklärt Krüger. Im „Faßbacher Hof“, in dem die Patienten nur während der Woche gemeinsam zu Mittag essen, müssen sie das aber.

Morgens, abends und am Wochenende muß jeder für sein Essen selbst sorgen. Ex-Userin Heike Wiegeler bietet Kochkurse an und lehrt, aus welchen Zutaten sich eine Mahlzeit zusammensetzt. „Es kommt vor, daß die Männer nur Fleisch und sonst nichts einkaufen“, berichtet Alexander Dahlmann, einer von zwei Zivildienstleistenden des „Faßbacher Hof“. „Oder sie geben alles Geld für Tabak, Kaffee und Cola aus – für Lebensmittel bleibt dann nichts mehr übrig“, erzählt Horst-Dieter Hoock. Einfachste Zusammenhänge müssen erst wieder erkannt werden – „es kann Monate dauern, bis es jemand lernt, eine Päckchensuppe warm zu machen“, sagt Wolfgang Krüger.

Schwer fällt den Bewohnern das Lernen zum Teil auch deshalb, weil manche an dem sogenannten Korsakow-Syndrom erkrankt sind, einem hirnrorganischen Leiden, das – ausgelöst durch exzessives Trinken – das Kurzzeitgedächtnis beeinträchtigt. Der Psychologiestudent Rainer Weber kämpft dagegen an. Er bietet für die Betroffenen im „Faßbacher Hof“ ein Gedächtnistraining an. Nur mit Geduld und Verständnis ist die Aufgabe zu schaffen, die sich die Betreuer im „Faßbacher Hof“ gestellt haben: Denjenigen, die in der Gesellschaft schon vergessen, schon abgeschrieben waren, eine Schutzzone zu bieten, damit sie sich etwas Neues aufbauen können.

Peter Brock



Mehrere Arbeitsbereiche – wie hier die Schafhaltung – geben Raum für eine gezielte Therapie. (Fotos: Brock)

Zweiter Malteser Fachkongreß

Wer gute Arbeit in der präklinischen Notfallmedizin leisten will, muß sich den Begriff der „Qualitätssicherung“ zu eigen machen. Dazu gehören eine solide Ausbildung, kontinuierliche Einsatzfahrzeuge und regelmäßige Fortbildung. Wer nach dem Rettungssanitäter- oder Rettungsassistentenlehrgang die Bücher schließt, ist schnell „out“. Abhilfe schaffen rettungsdienstliche Fortbildungen, entweder in Kleingruppen auf Ortsebene oder überregional in größerem Rahmen. Bei letzteren lassen sich zwei große Gruppen unterscheiden. Zum einen sind dies hochpolitische, zum anderen hochwissenschaftliche Veranstaltungen. Die Sprache des nichtärztlichen Rettungsdienstpersonals wird nicht allzuoft gesprochen. Aber gerade diese Gruppe ist es, die ihren Wissensdurst stillen will, und zwar auch mit Themen, die sich vielleicht eher am Rande oder gar außerhalb der klassischen Notfallmedizin bewegen.

Diesem Ansinnen haben die Malteser in der Erzdiözese Köln 1991 zum ersten Male entsprochen und haben einen Malteser Fachkongreß initiiert. Eine kleine, äußerst engagierte Arbeitsgruppe übernahm die Planung und landete mit ihrem Konzept einen Volltreffer. Rund 500 Teilnehmer aller Rettungsdienstorganisationen bildeten einen Tag lang ein rettungsdienstliches Forum aus der Praxis für die Praxis. Ermutigt durch dieses Ergebnis fand der 2. Fachkongreß Anfang April dieses Jahres statt und konnte an das Vorjahresergebnis mit Leichtigkeit anschließen. Kollegen waren unter sich, man sah Vertreter aller Hilfsorganisationen, der Feuerwehren, ja sogar der

Polizei und Piloten des Bundesgrenzschutzes. Auch Notärzte waren willkommene Gäste. Es wurde zugehört, diskutiert, informiert, resümiert. Die Pausen wurden zu „multilateralen“ Erfahrungsgesprächen oder zum Besuch einer Industrierausstellung genutzt. Die ganze Veranstaltung erschien nicht überdimensional, sondern hatte eher einen familiären Charakter.

Vier Themenblöcke

Den Teilnehmern bot sich ein interessantes Programm, das in vier Themenblöcke gegliedert war:

Unter dem Stichwort „Luftrettung“ galt es, aus der Sicht eines Leitstellendisponenten sowie einer kompletten Besatzung eines Rettungshubschraubers (RTH) besondere Vorteile der Luftrettung vorzustellen, aber auch Ressentiments zwischen luft- und bodengebundenem Rettungsdienst abzubauen. Der ausgeprägte Teamgeist einer RTH-Besatzung müsse sich auch auf die Kollegen am Boden übertragen. Die RTW-Besatzung solle bei akustischer wie auch optischer Kontaktaufnahme durch Sprechfunkbenutzung das Erkennen der Einsatzstelle sowie den Landeanflug erleichtern helfen. Ebenso wurde um Verständnis dafür gebeten, daß aufgrund des reduzierten Vorrats an Verbrauchsmaterial am Bord des RTH in der Regel auf solches des RTW zurückgegriffen werde.

Wenn man bedenkt, daß ca. 70 Prozent aller Infektionen per Handkontakt übertragen werden, muß „Hygiene und Rettungsdienst“ ein fester Bestandteil einer Einsatzkonzeption sein. Ebenso verhält es sich mit der Einhaltung „ar-

beitsmedizinischer Richtlinien“. Konsens herrschte darüber, daß es hier in der Praxis noch wesentliches zu verbessern gilt.

Der dritte Part, „Einsatztaktik“, informierte über „TUIS“, ein System zur Bewältigung von Gefahrgutunfällen. Erläutert wurde die taktische Vorgehensweise bei einem Massenansturm von Verletzten bzw. Erkrankten sowie die Zusammenarbeit mit der Polizei in unterschiedlichsten Einsatzsituationen.

Im vierten und letzten Themenblock „Pädiatrische Notfälle“ wurde deutlich, daß nach aktuellsten wissenschaftlichen Erkenntnissen die Vermeidung der Bauchlage beim unbeaufsichtigten Säugling die Rate des plötzlichen Kindstodes senken hilft. Die

Epiglottitis als hochakutes Krankheitsbild zwingt im Gegensatz zum Pseudokrapp in 80 Prozent aller Fälle zur Intubation, jedoch sollte diese nach Möglichkeit nur unter klinischen Bedingungen erfolgen. Trotz modernster Technik und medizinischer Errungenschaften stellt die intrauterine Verlegung des Risikosäuglings in ein Perinatalzentrum mit Abstand die sicherste Transportmöglichkeit dar und sollte, soweit planbar, immer dem postpartalen Inkubatortransport vorgezogen werden.

Abgerundet wurde der Kongreß durch eine bunte Industrierausstellung sowie die Möglichkeit zur Teilnahme an einem Mega-Code-Training.

Bernd Falk/
Dr. Michael Schaal

Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft und Malteser-Hilfsdienst schließen Kooperationsabkommen

Am 15. Januar 1992 unterzeichneten die Präsidenten von DLRG und Malteser-Hilfsdienst, Hans Joachim Bartholdt und Dieter Graf Landsberg-Velen ein Kooperationsabkommen. Ziel der künftigen Zusammenarbeit ist es, die DLRG beim Aufbau einer innerverbandlichen Ausbildungsstruktur zu unterstützen, um künftig die Erste-Hilfe-Ausbildung im Rahmen des Schulungsprogramms „Rettungsschwimmer“ in eigener Regie durchführen zu können.

Der Malteser-Hilfsdienst wird seine Ausbildungsmaterialien zur Verfügung stellen und die Aus- und Fortbildung von DLRG-Lehrkräften zu Erste-Hilfe-Ausbildern sicher-

stellen. Die Kooperation ermöglicht ferner, die vielfältigen Erfahrungen der DLRG bei Notfallsituationen im Rahmen der Wasserrettung bei der konzeptionellen Fortschreibung der Erste-Hilfe-Materialien durch den Malteser-Hilfsdienst stärker als bisher zu berücksichtigen.

Die Präsidenten nutzten die Zusammenkunft ferner zu einem intensiven Gedankenaustausch zu aktuellen Themen der verbandlichen Arbeit. Helfergewinnung und Ehrenamtlichkeit, Fragen der Finanzierung der Breitenausbildung und Strukturprobleme bei der Aufbauarbeit in den neuen Bundesländern waren Gegenstand des Gesprächs.

Interschutz '94 – Der Rote Hahn

Vom 3. bis zum 8. Juni 1994 findet auf dem Gelände der „Hannover-Messe“ wieder die große internationale Ausstellung für Brand- und Katastrophenschutz „Interschutz '94 – Der Rote Hahn“ statt. Sowohl die Deutsche Messe AG Hannover als auch die Feuerwehr Hannover bereiten diesen Termin schon seit 1988 vor, nachdem die Interschutz '88 ihre Tore geschlossen hatte. Anfang 1992 fand in Hannover eine erste Besprechung zur Interschutz '94 in größerem Kreis statt. Dabei wurden vor allem Terminpläne vorgestellt und die Konditionen für die „ideellen Aussteller“ erläutert.

Konditionen für den ideellen Aussteller

1. Kostenlose Zurverfügungstellung von Ausstellungshallen und Freigeländeflächen
2. Kostenlose Zurverfügungstellung von Trennwänden zur Standabgrenzung
3. Ausstattung der Hallengänge mit Läufern
4. Installations- und Anschlussarbeiten für Gas, Wasser, Licht- und Kraftstrom sind kostenlos, der Verbrauch geht zu Lasten der ideellen Aussteller
5. Zurverfügungstellung der ISDN-fähigen Telefonanlage, Installation und Gebühren gehen zu Lasten der Aussteller
6. Reinigung und Entsorgung der Hallen und des Geländes
7. Allgemeine Hallen- und Geländebewachung, gesonderte Standbewachung geht zu Lasten der Aussteller
8. Beantragung von Ausnahmegenehmigungen für

Mehrarbeit einschließlich Nacht-, Sonn- und Feiertagsarbeit

9. Bereitstellung des Messebahnhofs für veranstaltungsbezogene Sonderzüge
10. Herrichten einer Vorfühfläche mit Tribüne für rund 2000 Zuschauer
11. Zurverfügungstellung eines Wasserbeckens für Vorführzwecke
12. Hilfe und Unterstützung durch die Feuerwehr Hannover, soweit möglich und erforderlich.

Wichtiger Termin

Bis zum **30. 6. 1992** sollen sich bei der Feuerwehr Hannover alle Feuerwehren, Organisationen, Verbände usw. melden, die im „ideellen Teil“ der Interschutz '94 ausstellen wollen. Sie sollen das Thema der geplanten Ausstellung nennen und vor allem Angaben zur benötigten Ausstellungsfläche (Halle oder Freigelände) sowie über besondere Aufbau-probleme (Sperrgut) machen; die verantwortlichen Ansprechpartner für die einzel-

nen Ausstellungen im ideellen Teil sind ebenfalls zum o. g. Termin der Feuerwehr Hannover zu melden:

Feuerwehr Hannover
INTERSCHUTZ '94
Feuerwehrstraße 1
W-3000 Hannover 1
Telefon: 0511/1234-1
Telefax: 0511/1234-500

Feuerschutzsteuer

Aufhebung der Monopolversicherungen durch EG-Richtlinien

Der Vorstand des Deutschen Feuerwehrverbandes faßte hierzu am 8. Mai 1992 folgenden Beschluß:

1. Der Vorstand des Deutschen Feuerwehrverbandes nimmt mit großer Besorgnis zur Kenntnis, daß es trotz der Beschlüsse des Bundesrates vom 9. 11. 1990 und der Innenministerkonferenz vom 15. 12. 1990 die Bundesregierung nicht erreicht hat, die beabsichtigte Aufhebung der Monopolversicherungen zu verhindern.

2. Der Deutsche Feuerwehrverband appelliert eindringlich an die Bundesregierung und die Länderregierungen, auf eine Verlängerung

der in Artikel 3 und 57 EG-Schadensversicherungsrichtlinie enthaltenen Fristen um jeweils 3 Jahre hinzuwirken. Gleichlautende Beschlüsse wurden durch das Europäische Parlament und den Bundesrat gefaßt.

3. Mit Blick auf die drohende Beseitigung der Versicherungsmonopole werden die Bundesregierung und die Länderregierungen aufgefordert, Maßnahmen zu ergreifen, damit die zu erwartenden Mindereinnahmen an Feuerschutzsteuer verhindert oder ausgeglichen werden.

4. Der Deutsche Feuerwehrverband kann es nicht hinnehmen, daß durch die be-

absichtigte Abschaffung der Monopolversicherungen rund 91 Mio. DM Feuerschutzsteuer ausfallen. Dieses würde dazu führen, daß die Feuerwehren ihren technischen Ausbildungsstand und ihre notwendige Aus- und Fortbildung aus finanziellen Gründen reduzieren müssen.

Der Deutsche Feuerwehrverband befürchtet, daß der Ausfall der Feuerschutzsteuer nicht von den Ländern und Kommunen aus ordentlichen Haushaltsmitteln ausgeglichen werden kann, zumal die allgemeine Finanzlage schlechter werden wird.

Michael Groß ehrte Lebensretter mit Nivea-Delphin

Für ihren Mut und unerschrockenen Einsatz zeichnete der mehrfache Schwimmolympiasieger Michael Groß am 8. Mai im Norddeutschen Regattaveroin Hamburg den Gießener Schüler Markus Günther (14) mit dem Nivea-Delphin für DLRG-Mitglieder und Ulrike Hagen (34) aus Mönchengladbach mit dem Nivea-Delphin-Ehrenpreis aus. Beide hatten während des Urlaubs auf Mallorca und in Holland Menschen unter Einsatz ihres Lebens vor dem Ertrinken bewahrt. Den Förderpreis für vorbildliche Leistungen im Wasserrettungsdienst erhielt der DLRG-Bezirk Alster. Eine paritätisch besetzte Jury hatte die Preisträger 1992 aus einer Vielzahl von Bewerbungen ausgewählt.

Markus Günther rettete Mädchen vor Ertrinken

Im Sommer 1991 verbrachte Markus Günther die Ferien mit seinen Eltern auf der Sonneninsel Mallorca. Eines Tages bemerkte der Schüler ein kleines Mädchen, das hilflos im stürmischen Meer trieb. Ohne länger zu zögern, sprang Markus ins Meer, während andere Touristen zusahen. Als er die Stelle erreichte, war die sechsjährige Deutsche bereits untergegangen. Er bekam sie jedoch noch zu fassen. Der Transport an das rettende Ufer gestaltete sich schwierig, weil seine Hände öfter an dem mit Sonnenöl eingeriebenen Körper des Mädchens abglitten. Schließlich gelang es ihm doch mit letzten Kräften das bewußtlose Kind an Land zu bringen, von dort wurde die Kleine in das nächste Kran-



Markus Günther schildert Michael Groß den Ablauf der Rettungsaktion.
(Foto: Mey)

kenhaus gebracht. Sie hat dank des Einsatzes von Markus Günther überlebt.

Markus ist seit Jahren aktives DLRG-Mitglied. Vor zwei Monaten erhielt er aus der Hand von Prinzessin Diana von Wales den „Children of Europe Award“, der für Mut und Opferbereitschaft vergeben wird.

Ehrenpreis für Ulrike Hagen

Ulrike Hagen machte mit ihren beiden Kindern, ihrer Freundin Ursula Weber und deren beiden Kindern Campingurlaub in Walcheren an der holländischen Nordseeküste. Alles stimmte: Die Sonne schien und die Stimmung war

gut. Am vierten Urlaubstag ging es schon früh zum Strand. Es war Ebbe und man beschloß gemeinsam zu einer Sandbank zu schwimmen. Natürlich sollten die Kinder mitkommen. Zuerst wollten die beiden Frauen mit ihren Söhnen hinüberschwimmen – Simon Weber konnte noch nicht schwimmen. Nach einigen Verhaltensmaßregeln ging es los. Nach dreiviertel der Strecke verließen Ursula Weber zusehends die Kräfte, weil ihr Sohn sich aus Angst auf ihre Schultern gelegt hatte. Er drückte sie öfter unter Wasser und beide drohten zu ertrinken.

Zwischenzeitlich hatten Ulrike Hagen und ihr Sohn Michael die Sandbank erreicht. Kurze Zeit später hörte sie die

Hilferufe der Freundin. Sie sprang sofort in die See und schwamm auf sie zu. In letzter Minute erreichte sie die völlig erschöpfte Frau und ihr Kind. Sie gab dem Jungen Anweisungen, sich auf den Rücken zu legen und brachte ihn sicher ans rettende Ufer. Wenig später erreichte auch Ursula Weber die Sandbank. Glücklicherweise schloß sie ihren Sohn in die Arme.

Förderpreis an den DLRG-Bezirk Alster

Der Nivea-Delphin-Förderpreis wird jährlich an DLRG-Ortsgruppen verliehen, die hervorragenden Leistungen im Wasserrettungsdienst erbracht haben. Der DLRG-Bezirk Alster hat seit nunmehr 40 Jahren die Badeaufsicht an einem Nordsee-Strandabschnitt bei Kampen auf der Insel Sylt. An diesem Strand erholen sich in den Sommermonaten jährlich auch 800 Kinder eines Erholungsheimes bei Kurmaßnahmen. Aber auch Schulklassen verbringen dort ihre Wasserfreizeit.

Der Hamburger Schwimmverein von 1875 hat den DLRG-Bezirk Alster vorgeschlagen. In seiner Begründung heißt es u. a.: „Im Verlauf der 40jährigen Zusammenarbeit hat sich durch die unkomplizierte, kollegiale und vorausschauende Zusammenarbeit einerseits und die fachkundige, engagierte und couragierte Badeaufsicht andererseits ein sehr positives Vertrauensklima entwickelt. Den Mitgliedern der DLRG ist es zu verdanken, daß sich in den ganzen Jahren kein Badeunfall ereignet hat.“

ARKAT-Landesverband Rheinland-Pfalz gegründet

Über 50 Vertreter der kommunalen Regieeinheiten und -einrichtungen des Landes Rheinland-Pfalz versammelten sich am 7. März 1992 zur Gründung eines ARKAT-Landesverbandes in Mainz. Jürgen Franz, Leiter des Amtes für Zivilschutz der Stadt Mainz, konnte zu dieser Veranstaltung nicht nur Repräsentanten aus fast allen Landesteilen begrüßen, sondern hieß im Namen der Stadt Mainz als Gründungspräsidenten auch die ARKAT-Landesvorsitzenden Roland Glöggler (Baden-Württemberg), Hans Hanßen (Nordrhein-Westfalen) und den Bundesvorsitzenden Klaus Dieter Kühn (Niedersachsen) im Rathaus willkommen. Der engagierte und auch außerhalb der Grenzen von Rheinland-Pfalz bekannte Amtsleiter war selbst aktiver Helfer in einer kommunalen Regieeinheit gewesen.

„In einer pluralistischen Gesellschaft sind auch plurale Hilfeleistungen zu fordern. Das bedeutet konkret, daß Helferinnen und Helfer sich weiterhin in organisationsgebundenen (kommunalen) Einheiten und Einrichtungen zum Dienst im Katastrophenschutz verpflichten können“, hob Franz hervor. Es sollte also nicht unbeachtet bleiben, daß eine Mitwirkung im Katastrophenschutz unter dem Vorzeichen einer bestimmten Vereinigung und der damit verbundenen Akzeptanz jeweiliger privatrechtlicher Interessenten nicht von jedem mitwirkungsbereiten Bürger getragen wird.

Dieses gesellschaftliche Potential ginge dem Katastrophenschutz bei einer organisationsorientierten Gleichschal-

tung von Fachdiensten zweifelloso verloren, bemerkte auch der Bundesvorsitzende der ARKAT, Dipl.-Ing. Klaus-Dieter Kühn, in seinem Grußwort. Er dankte zunächst der Stadt Mainz, die die Durchführung der Gründungsversammlung in einem so würdigen Rahmen ermöglichte. Die Tatsache, daß sich die Vertreter der 120 kommunalen Regieeinheiten und -einrichtungen des Landes Rheinland-Pfalz im „Erfurter Zimmer“ des Rathauses zu Mainz versammelten, gab ihm die willkommene Gelegenheit zu einem Gruß in die Mainzer Partnerstadt. Kühn gab der Hoffnung Ausdruck, daß sich die bestehenden Partnerschaften auf kommunaler Ebene als Nukleus auch beim Aufbau des Katastrophenschutzes in den neuen Bundesländern erweisen mögen. Allerdings sei Thüringen derzeit das einzige Bundesland, das sich trotz mehrfacher Schreiben an den thüringischen Innenminister Willibald Böck Gesprächen mit der ARKAT verweigere.

In den Altbundesländern kommt den Schutzpotentialen der Kommunen eine Schlüsselfunktion im Rahmen der Koordination der Gefahrenabwehr zu. Als gemeindenahe Einrichtungen leisten kommunale Regieeinheiten in vielen Fachdiensten einen unverzichtbaren Beitrag zur Gefahrenvorsorge z. B. im Bereich von Führung und Logistik, im Fernmelde-, ABC-, Betreuungs- und Veterinärdienst, und sind damit integraler Bestandteil der Gefahrenabwehr auf Kreisebene. Durch den seitens der kommunalen Trägerschaft gewährleisteten Bezug zu den

„Die Aufgaben bleiben“

Ihre Bedenken gegen die Auflösungsbestrebungen von Bund und Ländern hat die ARKAT in einem Schreiben an den Innenausschuß des Deutschen Bundestages deutlich gemacht, das hier auszugsweise wiedergegeben wird:

„Die ARKAT hält es vom Ansatz her für falsch, ohne Vorliegen einer mit den Organisationen abgestimmten Gesamtkonzeption und unter völlig unnötigem Zeitdruck auf Einheiten und Fachdienste und damit Funktionen zu verzichten. Die Aufgaben bleiben. Die jetzt für entbehrlich gehaltenen Funktionen im Bereich der Führung und Logistik sind im Grundsatz nicht überholt. In der Konsequenz wäre eine Verlagerung und Verdichtung der Aufgaben auf die personell ohnehin knapper werdenden Ressourcen der anderen Fachdienste die Folge, was letztlich wieder zu Einbußen in der Flexibilität und Qualität der verbleibenden und personell weiter verkleinerten Fachdienstleistungen führen müßte.

Vielmehr gilt es, unter Nutzung der bisher in den Einheiten und Einrichtungen aufgebauten Know-how-Potentiale Aufgaben, Organisation, Stärke, Ausstattung und Ausbildung in den mit Inkrafttreten des neuen Bundesgesetzes 1990 erst bestätigten Fachdiensten an neue Gefahren- und Katastrophenszenarien anzupassen. Bereits früher war die

personelle Basis im erweiterten Katastrophenschutz nicht ausreichend gewesen. Die veränderte Bedrohungslage auf militärischem Gebiet gestattet es nunmehr, in der Vergangenheit Versäumtes nachzuholen. Die knappste Ressource, die wir in der Bundesrepublik Deutschland zunehmend haben, das sind Menschen, die sich freiwillig und ehrenamtlich für diesen Staat und diese Gesellschaft engagieren, wie dramatisch rückläufige Verpflichtungszahlen im Katastrophenschutz belegen. In dieser für die Katastrophenschutzorganisation ohnehin äußerst schwierigen Situation auf mitwirkungsbereite und in der Regel hochmotivierte Helfer gerade der Einheiten und Einrichtungen der Führung zu verzichten, muß auch gesellschaftspolitisch als absolut kontraproduktiv beurteilt werden.

...

Eine Reformierung des Katastrophenschutzes kann nur mit und nicht ohne den vorhandenen Helferstaffel gelingen. Es geht in diesem Bereich um unsere langfristige Zukunft, die langfristiges Denken erfordert und deshalb nicht auf kurzfristigen Entscheidungen aufgebaut sein kann. Die Erweiterung der modularen Funktionalität der bewährten Fachdienste muß das Ziel bleiben, nicht ein ersatzloser Abbau von Schutzressourcen ohne Vorhandensein funktionsfähiger Alternativen.“

vielfältigen kommunalen Aufgabenfeldern sollten Träger und Helferschaft bemüht sein, künftig intensiver als bisher zu einer Symbiose zu finden, formulierte der ARKAT-Vorsitzende aus Braunschweig.

Eingehend auf die jüngsten Diskussionen über die künftige Entwicklung im Bereich des Zivil- und Katastrophenschutzes fragte Kühn, wie es denn um Staat und Politik bestellt sein müsse, wenn jetzt auf teilweise über Jahrzehnte praktiziertes freiwilliges und ehrenamtliches Engagement zum Schutz von Leben und Umwelt verzichtet und bereits zum Bundeshaushalt 1993 in einer ersten Stufe über 1200 Einheiten und Fachdienste ersatzlos aufgelöst werden sollen.

Besonders die Tatsache, daß man jetzt in Teilbereichen ohne Abwarten der parlamentarischen Diskussion eilfertig, teilweise geltendes Recht nicht hinreichend beachtend, versucht, seine jeweiligen Zielvorstellungen durchzusetzen, dokumentiert nach Auffassung von Kühn, wie sich wenig sensible Ministerialbürokratien zunehmend politischer Kontrolle entziehen. Die ARKAT hat sich deshalb an die Mitglieder im Innenausschuß des Deutschen Bundestages gewandt und ihre Bedenken gegen die Auflösungsbestrebungen von Bund und Ländern vorgetragen (siehe vorstehenden Kasten).

Die insbesondere seitens des Deutschen Feuerwehrverbandes geäußerte Auffassung, man könne auf kommunale Regieeinheiten völlig verzichten, weil die Aufgaben von den Feuerwehren und anderen Hilfsorganisationen mit übernommen werden können, ist durch die Erfahrungen beim Aufbau des Katastrophenschutzes in den Altbundesländern und die zahlenmäßige Präsenz kommunaler Regieeinheiten in wichtigen Fachdiensten eindeutig widerlegt worden. Die besonderen Anstrengungen beim Aufbau des Katastrophenschutzes in den neuen Bundesländern werden zeigen, daß sich die größer gewordene Bundesrepublik

Blick in die Gründungsversammlung (v. l.): Horst Zorn, Jürgen Franz (Zivilschutzamt Mainz), Roland Glöggler (ARKAT BW) und Hans Hanßen (ARKAT NRW).



Deutschland weder einen Wegfall von in Jahrzehnten entwickelten Schutzressourcen noch einen kurzfristigen Verzicht auf bewährte Instrumentarien und Strukturen der Gefahrenvorsorge leisten kann.

Nachdem die Versammlung die vom Gründungsausschuß vorgelegte Satzung einstimmig angenommen, 42 Gründungsmitglieder dem neuen ARKAT-Landesverband beigetreten und eine Wahlordnung beschlossen waren, wählte die Mitgliederversammlung folgenden Landesvorstand:

Landesvorsitzender: Horst Zorn (Mainz).

1. stellvertretender Vorsitzender: Matthias P. Heck (Mainz).

2. stellvertretender Vorsitzender: Stephan Lehr (Mainz).

Kassierer: Frank Pabst (Mainz).

Schriftführer: Michael Lang (Mainz).

Beisitzer: Roland Schmidt (Bad Dürkheim), Uwe Bischer (Worms), Markus Schwarz (Mainz-Bingen), Andreas Scharrer (Mainz).

Als vordringlich bezeichnete es der einstimmig gewählte Landesvorsitzende der ARKAT Rheinland-Pfalz, daß sein Landesverband an Gesprächen über die Zukunft des Katastrophenschutzes in Rheinland-Pfalz beteiligt werden müsse. Die kommunalen Regieeinheiten erfüllen eine Vielzahl wichtiger Aufgaben, die auch nach der veränderten Situation in Osteuropa nicht weggefallen seien. Als Beispiel führte Zorn zahlreiche Hochwassereinsätze, den Brand in der Universitätsklinik Mainz und dem Bombenfund in Mainz-Bretzenheim mit der Evakuierung, Unterbringung und Versorgung von mehreren hundert Personen an. Die Regieeinheiten hatten bei diesen Ereignissen die Möglichkeit, ihre Leistungs-

fähigkeit unter Beweis zu stellen. Auch gab es im Zusammenwirken mit den Einheiten anderer Organisationen kein hinderliches, auf Abgrenzung bedachtes Konkurrenzdenken. Bei Großveranstaltungen, wie z. B. Papstbesuch, Rosenmontagszug, Diakonatsweihe, Rheinland-Pfalz-Tag, katholischen Frauentag oder deutsch-amerikanischen Freundschaftslauf, um nur einige Anlässe zu nennen, haben die Helferinnen und Helfer der kommunalen Regieeinheiten sich auch über ihre originären Aufgaben hinaus engagiert. Zorn kritisierte deshalb Forderungen, kommunale Regieeinheiten einseitig abzubauen und bewertete derartige Tendenzen als „Schritt zu einem nicht mehr zeitgemäßen Zentralismus, der im Gegensatz zu unserer pluralistischen Gesellschaftsform stünde“.

Ermutigende Akzeptanz verhiß jetzt ein Schreiben des rheinland-pfälzischen Innenministers Walter Zuber, in dem dieser sich bereit erklärte, mit dem neu gegründeten ARKAT-Landesverband Rheinland-Pfalz zusammenzuarbeiten.



ARKAT-Bundesvorsitzender Kühn betätigt sich als Wahlhelfer.

Arbeitsgemeinschaft der Helfer in den Regieeinheiten/-einrichtungen des Katastrophenschutzes in Rheinland-Pfalz e. V., Landesgeschäftsstelle, Wichernstraße 10, 6500 Mainz 1.

Alternatives Löschmittel für Halon

Das Löschmittel Halon ist als einer der Mitverursacher des stratosphärischen „Ozonlochs“ erkannt worden. Als Folge dieser Erkenntnis ist in Deutschland der Betrieb von Halon-Löschanlagen ab Ende 1993 verboten, aber bereits seit dem 1. Januar 1992 dürfen Halon-Löschanlagen in Deutschland nicht wiederbefüllt werden. Ein weltweites Verbot von Halon ist ab 1999 geplant.

Halon kommt als Löschmittel bevorzugt in Rechen- und Kommunikationszentren, Schaltwarten, Bibliotheken und Museen zum Einsatz. Orte, in denen sowohl Menschenleben als auch Geräte und hohe Sachwerte im Fall eines Brandes zu schützen sind.

Das Hauptziel bei der Suche nach einem alternativen Löschmittel war, eine Feuerlöschtechnik zu finden, bei der weder Menschen noch die Umwelt geschädigt werden und die auf natürlichen Ressourcen basiert. Das Ergebnis intensiver Forschung ist ein neues Löschgas namens „Inergen“, bestehend aus 52 % Stickstoff, 40 % Argon und 8 % CO_2 . Alle diese Stoffe sind in der atmosphärischen Luft enthalten.

Die Wirkung des neuen Löschgases beruht auf der Verdrängung des für eine Brandreaktion notwendigen Sauerstoffs. Seine spezifische Zusammensetzung hat drei Effekte zur Folge: Es senkt erstens die Sauerstoffkonzentration auf unter 15 % mit dem Ergebnis, daß der Brand in kürzester Zeit gelöscht ist. Zweitens führt die geringe CO_2 -Beimischung automatisch – also auch bei Bewußtlosigkeit – zu einer verstärkten Atmung, so daß dem Gehirn auch bei einer nur zwölfprozentigen Sauerstoffkonzentration noch ausreichend Sauerstoff zugeführt wird. Drittens verhindert der gasförmige Einsatz des Löschmittels eine Raumvernebelung; die Sicht auf die Fluchtwege bleibt frei.

Diese Eigenschaften erlauben es, daß fast unmittelbar nach Erkennen des Brandes der Löschvorgang beginnen kann. Die bei anderen Löschgasen notwendige Evakuierungszeit

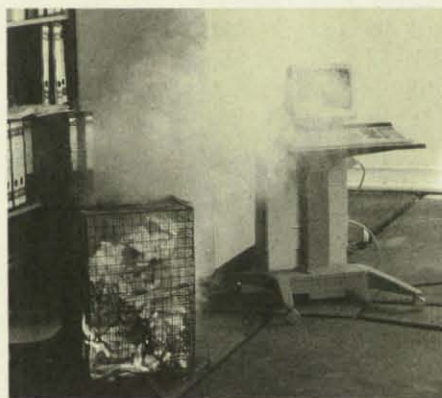
– in der sich ein Brandherd schnell ausbreiten kann – entfällt somit. Elektronische Geräte werden durch den gasförmigen Einsatz des Löschmittels vor Korrosionsschäden geschützt. Die Kondensatbildung durch Taupunktabsenkung wird verhindert.

Die neue Technologie ist so ausgelegt, daß in den meisten Fällen das Düsenrohrnetz vorhandener Halonanlagen und die zugehörige Löschanlagensteuerung zu verwenden ist, lediglich die Löschdüsen und die Löschmittelbatterien sind auszutauschen.

Die im Bild festgehaltene Löschdemonstration veranschaulicht den Effekt des neuen Löschgases. Oberes Bild: Achtloser Umgang mit Zigarettenkippen entfacht ein Feuer in einem EDV-Raum. Flutung des Raumes mit „Inergen“-Löschgas 40 Sekunden nach dem Erscheinen der ersten offenen Flammen.

Bild unten: 60 Sekunden nach Flutungsbeginn: Die Sauerstoffkonzentration ist auf unter 15 % abgesunken, die Flammen sind verlöscht. Keine Vernebelung des Raumes. Der Rechner arbeitet während des Löschvorgangs störungsfrei weiter.

(Fotos: Total Walther)



Neutrale Information

Manchen Katastrophen wäre man gar nicht schutzlos ausgeliefert – hätte man rechtzeitig und oft ganz preiswert vorgebaut. Daß sich diese simple Erkenntnis beim Brandschutz im häuslichen Bereich noch lange nicht bei der Mehrheit der Bevölkerung



durchgesetzt hat, beweisen wieder einmal traurige Zahlen des Statistischen Bundesamtes. Bei Bränden in Privathaushalten in den alten Bundesländern im Jahr 1990 verzeichnet das Amt einen Anstieg der Todesfälle um 9 Prozent, wobei die meisten Opfer nicht durch Flammen, sondern durch Brandrauch ums Leben kamen.

Über die Gefahren von Brandrauch und die Möglichkeiten des Brandschutzes in Haus und Wohnung informierte im letzten Jahr ein produktneutral gehaltenes Aufklärungsblatt des deutschen Warenvertriebsunternehmens für die modernen Rauchmelder eines renommierten kanadischen Herstellers. Viele Feuerwehren hatten das Blatt angefordert und in ihre Aufklärungsarbeit über vorbeugenden Brandschutz einbezogen, über 100 000 Exemplare wurden verteilt. Und die stetig wachsende Nachfrage nach Rauchmeldern für Privathaushalte kann als Anzeichen gewertet werden, daß die Idee des Selbstschutzes bei fundierter Information durchaus vermittelbar ist.

Weil noch immer viele Nachfragen nach der produktneutralen Infoschrift eingehen, und weil die Statistik eine deutliche Sprache spricht, was die Notwendigkeit der Aufklärung angeht, hat die Firma nun eine weitere Auflage ihrer Broschüre drucken las-

sen. Sie kann – auch in größerer Zahl – kostenlos bestellt werden.

(Foto: Index)

Handliche Hydraulikaggregate

Leicht und kompakt. Das sind die hervorstechendsten Eigenschaften der beiden neuen, tragbaren Hydraulikaggregate im Rettungsgeräteprogramm eines namhaften Herstellers.



Beide Aggregate wurden, insbesondere in Verbindung mit einem Schneid- und Spreizgerät, für den schnellen Einsatz am Unfallort konzipiert. Aufgrund des integrierten Traggriffs sowie des geringen Gewichts (12,7 bzw. 16 kg) ist ein müheloser und schneller Transport zur Einsatzstelle möglich.

Das Hydraulikaggregat V 2,6/0,4, ausgestattet mit einer Hochdruck-schnellkupplung, wird von einem wartungsfreundlichen Zweitakt-Ver-gasermotor mit einer Leistung von

1,4 kW angetrieben. Eine Zweistufenpumpe liefert einen Ölstrom von 2,6 l/min bei einem Druck von 0–60 bar bzw. 0,4 l/min bei 60–630 bar. Das Hydraulikaggregat Typ W 2,6/0,32 ist mit einem 1-PH-Wechselstrommotor (220 V/50 Hz) mit 0,37 kW Leistung ausgestattet und verfügt auch über eine Hochdruck-Schnellkupplung. Die Zweistufenpumpe liefert hier einen Ölstrom von 2,6 l/min bei einem Druck von 0–60 bar bzw. 0,32 l/min bei 60–630 bar. Auf Wunsch sind beide Aggregate auch mit einem Betriebsdruck von 700 bar lieferbar. (Foto: Lancier)

Tauchergerät für Feuerwehren

Ein Hersteller von Atemschutzsystemen stellt ein neu entwickeltes Leichttauchergerät vor. Das Gerät eignet sich für die Benutzung von zwei Einzelflaschen – 7 l/200 bar oder wahlweise 6 l/300 bar – und erlaubt somit die Verwendung der bei den Feuerwehren vorhandenen herkömmlichen Tauchflaschen. Damit steht dem Taucher ein Gerätesystem mit 2800 bis 3600 l Atemluft zur Verfügung.

Die besonderen Merkmale des neuen Gerätes sind die Überdruckausführung (keine Einatemwiderstände und kein Eindringen von Wasser in die Vollmaske), die Vollmaske mit großem Sichtfeld, der leistungsfähige Lungenautomat (bis 500 l/min) mit automatisch einschaltendem

Überdruck und die automatische Reserveluftschaltung, die an der Schulterbegurtung sicher bedienbar angebracht ist.

Die Leichttauchergeräte sind von der Hauptstelle für das Grubenrettungswesen Essen nach DIN 58640, Teil 10, geprüft und für den Einsatz bei Feuerwehren anerkannt.

(Foto: Interspiro)

Video: Trotz Sonderrechte: Vorsicht!

„Schnell wie die Feuerwehr“ heißt ein Sprichwort. Sehr oft geht es bei Einsätzen um Sekunden, die über Leben und Tod entscheiden. Deshalb wird auch bei allen Übungen neben der perfekten Beherrschung der Technik ein ganz besonderes Augenmerk auf die Schnelligkeit gelegt.

Leider gibt es auch eine Schattenseite dieser Schnelligkeit: Die Unfallstatistik der Kommunalversicherer. Trotz aller Aufklärungs- und Informationsarbeit treten doch immer wieder falsche Verhaltensweisen auf. Oft ist sich der einzelne im Einsatz gar nicht bewußt, daß er sich nicht mehr im legalen Rahmen bewegte, sondern schon die Rechte anderer einschränkt oder sogar andere Menschen gefährdet.

Verstärkt wird dieses Problem oft noch dadurch, daß bei Übungen oft einmal „beide Augen zugeedrückt werden“. Wird Schnelligkeit vor Sicherheit gestellt, so kann es im Schadensfall zu empfindlichen Geldbußen und Schadensersatzzahlungen kommen – vom persönlichen Leid der Betroffenen einmal ganz abgesehen.

In diesem Video wird detailliert auf die Gefahren für die Feuerwehr im Straßenverkehr eingegangen. Sowohl auf der Fahrt zum Gerätehaus, auf der Fahrt zur Einsatzstelle unter Sondersignal und beim Absichern der Unfallstelle müssen zahlreiche Sicherheitsvorschriften, -gesetze und -richtlinien beachtet werden. Auf die Wichtigkeit von Schutzkleidung wird hingewiesen.

Der Videofilm hat eine Länge von zirka 20 Minuten und ist somit in seiner Dauer auf den Einsatz in einer Unterrichtsdoppelstunde abgestimmt. Produziert wurde er unter der fachlichen Beratung der Ausbilder der Hessischen Landesfeuerweherschule Kassel.

(GMF-Feuerwehrfilm, 6073 Egelsbach)



BÜCHER

Taktische Zeichen

Ein Lernprogramm
zum Selbststudium
Von Hanno Peter
Verlagsgesellschaft Stumpf &
Kossendey, 2905 Edewecht

Taktische Zeichen gehören im Katastrophenschutz zum notwendigen Rüstzeug, um Einheiten, Einrichtungen, Schäden und Gefahren graphisch darstellen zu können. Diese Darstellungen vereinfachen die Kommunikation und vereinheitlichen sie. Voraussetzung ist aber, daß der Benutzer die taktischen Zeichen einwandfrei beherrscht und sie richtig anwendet. Für Führer, Unterführer und Helfer im Katastrophenschutz sind taktische Zeichen oft ein Problem, da sie sehr zahlreich in der Übungs- und Einsatzsituation anzuwenden sind, aber viel zu wenig geübt und schnell wieder vergessen werden. Auch Mitglieder von Stäben und Technischen Einsatzleitungen stehen, besonders am Anfang ihrer Tätigkeit, häufig vor einigen Problemen. Das vorliegende Lernprogramm soll allen Betroffenen eine Hilfe sein. Es wendet sich auch an Stabsmitglieder, die, aus dem Verwaltungsbereich kommend, häufig Schwierigkeiten mit der Anwendung haben.

Im Lernprogramm werden die wichtigsten taktischen Zeichen vorgestellt. Der Text besteht aus Lernaussagen und den jeweiligen Kontrollfragen. Die Antworten der Kontrollfragen stehen jeweils auf der nächsten Seite. Das Lernprogramm verspricht nur Erfolg, wenn die Fragen beantwortet und erst dann die eigenen Antworten mit den vorgegebenen verglichen werden. Für die eigenen Antworten stehen dem Benutzer Leerzeilen zur Verfügung. Eine durchgezogene Leerzeile bedeutet, daß hier ein Wort einzusetzen ist. Eine unterbrochene Linie weist darauf hin, daß hier der Lernende ein taktisches Zeichen malen muß.

Zwischen den einzelnen Kapiteln erfolgt eine Zusammenfassung. Diese Zusammenfassungen können dem Lernenden zu einem späteren Zeitpunkt für eine erneute Lernauffrischung dienen. Im letzten Kapitel

sollte er zu Beginn nur „seinen“ Fachdienst auswählen, um nicht zu viel Information zu erhalten. Die anderen Fachdienste können zu einem späteren Zeitpunkt nachgearbeitet werden.

Praxis des Rettungsdienstes

Von Bernd Walter und Peter Meyer
F. K. Schattauer Verlag GmbH,
7000 Stuttgart 10

Das Buch ist eine Beschreibung der Anforderungen an Mitarbeiter im Rettungsdienst und Krankentransport. Die hier aufgezeichneten Überlegungen und Lösungen wurden aus Erfahrungen der Praxis für Praktiker entwickelt. Einsatzerfahrung ist nicht nur in außergewöhnlichen Situationen notwendig, auch bei der Bewältigung „einfacher“ Situationen können Fehler passieren. Fehler lassen sich vermeiden, wenn mehr Informationen über Standardsituationen im Rettungsdienst verfügbar sind. Ihre Erfahrungen konnten die Autoren im Rettungsdienst des DRK in Offenbach erwerben.

Das vorliegende Buch interpretiert für den Rettungsdienst wichtige Gesetze, Bestimmungen und Erlasse, es ist keine neue Dienstanweisung, sondern eine Hilfe für den täglichen Dienst, vor allem für „Anfänger“. Es wird der Versuch unternommen, die Aufgaben des Rettungsdienstes in der Praxis zu beschreiben. Dabei wurde auf die Darstellung spezieller medizinischer Aufgaben bewußt verzichtet, über die sich der Leser anhand der umfangreichen Literatur zu medizinischen Themen informieren kann.

Abgeschlossen wird das Buch von einer „Fragensammlung zum Überprüfen des praktischen Fachwissens“, die eine Auswahl von Fragen enthält, die den Inhalt des Buches widerspiegeln. Insbesondere nach Beendigung seines Praktikums sollte jeder Mitarbeiter im Rettungsdienst in der Lage sein, diese Fragen zu beantworten bzw. die wichtigsten Sachthemen zu diskutieren.

Feuerschutzgesetz Nordrhein-Westfalen

Kommentar für die Praxis
Von Herbert Fuchs und
Klaus Schneider
Deutscher Gemeindeverlag,
5000 Köln 40



Unerwartet schnell hat sich die Notwendigkeit ergeben, nach der vergriffenen 3. Auflage eine neue 4. Auflage vorzulegen. Sie war einerseits erforderlich durch die Neufassung der Verordnung über die Laufbahnen der Beamten des feuerwehrtechnischen Dienstes vom 30. März 1990 und die zum 1. April 1991 in Kraft gesetzte neue Unfallverhütungsvorschrift GUV 7.13; zum anderen sind eine große Anzahl von Gerichtsentscheidungen bekannt geworden, die unbedingt in die Kommentierung eingearbeitet werden mußten.

Wegweiser Rettungsdienst '92

Von Norbert Arnold
Verlagsgesellschaft Stumpf &
Kossendey, 2905 Edewecht

Der Wegweiser 1992 ist wesentlich umfangreicher geworden, weil der Wunsch bei Behörden und Institutionen des Rettungswesens stärker geworden ist, in das Verzeichnis aufgenommen zu werden. Offensichtlich

hat man in den Behörden und Institutionen das Vorliegen eines Nachschlagewerkes als sehr hilfreich und wichtig betrachtet.

Zum anderen führen die Entwicklungen in den neuen Bundesländern zu einer Erhöhung der Datenmenge. Die Organisationsstrukturen in den neuen Bundesländern sind allerdings oft so andersartig, daß gesamtdeutsche Verzeichnisse z. B. über Vergiftungszentralen oder Verbrennungsbetten bislang nicht vorliegen. Weiterhin sind Anpassungen des Rettungsdienstes an die neue Situation noch nicht abgeschlossen. Vielerorts befindet man sich noch in der Planungsphase und ist außerstande, zuverlässige Daten weiterzugeben.

Der bewährte Aufbau des Nachschlagewerkes wurde beibehalten. Der Hauptteil besteht aus der Datei Rettungsleitstellen sowie Rettungswachen. Diese sind so miteinander verknüpft, daß im Verzeichnis Rettungsleitstellen ein Verweis auf die dazugehörigen Rettungswachen besteht. Nähere Informationen sind dann dem Verzeichnis Rettungswachen zu entnehmen. Am Ende des Verzeichnisses findet der Leser Karten zur Aktualisierung des Verzeichnisses.

Die Berufsfeuerwehren in der Bundesrepublik Deutschland

Herausgegeben von der Arbeitsgemeinschaft der Leiter der Berufsfeuerwehren – AGBF –

Mit der 2. Auflage der Broschüre steht zum erstenmal eine Zusammenfassung von Daten aller Berufsfeuerwehren aus den 16 Bundesländern zur Verfügung. Sie enthält die Daten und Fakten von 96 Berufsfeuerwehren. Auf 120 Seiten sind die Anschriften, Leistungsmerkmale, Zuständigkeiten und die Aufgabe der Berufsfeuerwehren in der Bundesrepublik Deutschland erfaßt. Eine zusammenfassende Statistik, fachliche Schwerpunkte und aktuelle Projekte bei den Berufsfeuerwehren, also besonders interessante Aufgaben der einzelnen Berufsfeuerwehren, und die Länderkarte mit den Standorten der Berufsfeuerwehren machen die Broschüre zu einem wichtigen Nachschlagewerk.

Sicherer Feuerwehrdienst

GUV 50.0.10

Schriftenreihe des Bundesverbandes der Unfallversicherungsträger der öffentlichen Hand e. V. – BAGUV –



Die Broschüre ist eine praxisnahe Ergänzung der Unfallverhütungsvorschrift „Feuerwehren“. Sie greift die Themen der Unfallverhütung im Feuerwehrdienst auf, die für den aktiven Feuerwehrangehörigen bei seinen Übungen und im Einsatz besonders wichtig sind. Anhand vieler praktischer Beispiele soll deutlich werden, daß sicheres Verhalten mit einer vollständigen Ausrüstung und sicheren Geräten zum selbstverständlichen Bestandteil des Feuerwehrdienstes gehört.

Die Broschüre kann über den zuständigen Träger der gesetzlichen Unfallversicherung im öffentlichen Dienst unter Angabe der GUV-Nr. bezogen werden.

Katastrophenschutz in Arbeitsstätten

Selbstschutz in Behörden, Betrieben und Verwaltungen

**46. Ergänzungslieferung
Von Friedhelm Vogelbusch
ecom ed verlagsgesellschaft mbH,
8910 Landsberg**

Diese Ergänzungslieferung stellt das völlig überarbeitete, in sich geschlossene Grundwerk der 3. Auflage dar. Das Grundwerk erschien bereits 1977. 1. und 2. Auflage wurden in 45 Ergänzungslieferungen aktualisiert und ausgebaut. Die Herausgabe

der 3. Auflage hat der Verlag dazugenutzt, das Loseblattwerk auf das benutzerfreundliche Großformat umzustellen. Dadurch werden abgedruckte Formulare und Organigramme besser lesbar und die Zahl der benötigten Ordner schrumpft.

Aus dem Inhaltsverzeichnis ist zu ersehen, daß wichtige Ergänzungen hinzukommen werden, z. B. über besondere Situationen, Rechtsgrundlagen und Führungsmittel. Unter der Ordnungsnummer 2–8 ist die Darstellung spezieller Maßnahmen in unterschiedlichen Branchen enthalten.

Die Besitzer der sechsbändigen Ausgabe haben diese nach wie vor gültigen Teile – lediglich im kleineren Format – zur Verfügung. Die Überarbeitung und damit die Aufnahme in die 3. Auflage ist nach und nach vorzugehen.

Die Roten Hefte

**Lehrschriften für den
Feuerwehrmann
Verlag W. Kohlhammer,
7000 Stuttgart 80**

Die Hefte der Schriftenreihe, die über 50 Titel umfaßt, werden ständig überarbeitet, um den vielfältigen Aufgaben der Feuerwehr gerecht zu werden. Auch in den vorliegenden Neuerscheinungen wurden alle neuen Erkenntnisse berücksichtigt, um den jeweiligen Themenbereich auf den aktuellen technischen Stand zu bringen.

**Josef Schütz
Feuerwehrfahrzeuge – Teil 1
Nr. 8a, 10. Auflage**

**Willy und Peter Symanowski
Feuerlöscher im vorbeugenden
Brandschutz
Nr. 14, 9. Auflage**

**Helmut und Dieter Farrenkopf
Strahlenschutz der Feuerwehr
Nr. 20, 6. Auflage**

Amphibienfahrzeuge des Hochwasseralarmzuges Rheinland-Pfalz

Eine sicherlich außergewöhnliche Besonderheit als Vorbild und damit im Rahmen dieser Beitragsserie über die „Einsatzfahrzeuge des Katastrophenschutzes“ sind die Amphibienfahrzeuge (DUKW) des „Hochwasseralarmzuges Rheinland-Pfalz“. Drei ehemalige amerikanische Militärfahrzeuge (DUKW Typ 353, schwimmfähiger Lkw 2,5 Tonnen, 6 x 6) wurden für die Zwecke des Technischen Hilfswerkes hergerichtet und dienen als Land-Wasser-Fahrzeuge dem Katastrophenschutz.

Wenngleich die rheinland-pfälzischen Fahrzeuge in Deutschland einzigartig sind und nicht der STAN des Katastrophenschutzes entsprechen, so sollen zwei dieser Fahrzeuge die Sammlung der hier vorgestellten KatS-Einsatzfahrzeuge doch in interessanter Weise bereichern. Beide Amphibienfahrzeuge sind in THW-Blau (RAL 5002) lackiert und mit gelben Rundumleuchten ausgestattet.

Die Modelle

Die Firma Roco (Bestellnummer 455, militäroliv) und die Firma Kibri (THW-Blau) bieten den DUKW als Modell im Maßstab 1:87/HO an. Diese baugleichen Modelle sind so detailliert, daß ein Umbau nicht erforderlich wird – lediglich Ausstattungsergänzungen machen die Modelle zu sehr ansehnlichen Miniaturen ihrer großen Vorbilder.

Im Hinblick auf ihre Vorbilder unterscheiden sich die DUKW mit der THW-Numerierung 7701 und 7702 untereinander nicht wesentlich: einzig der Heckkran-Aufbau beim 7702 wird im Modell sichtbar.

Wie immer, wenn es um den vorbildgerechten Modellbau geht, müssen die Grundmodelle zunächst farblich grundiert (weiß-matt) und nach ausreichender Trocknungszeit lackiert werden (THW-blau, RAL 5002, z. B. Humbrol-Farben). Einzelne Teile jeweils beider Fahrzeugmodelle werden wie folgt farblich abge-

Das Vorbildfahrzeug des „Hochwasseralarmzuges Rheinland-Pfalz“. Für den Modellbauer zur Beachtung die Details wie Abschleppstange, Haken, Beschriftungen u. a.



setzt: Fronthaken (am Schwallblech vorn) in Rot, Scheinwerfer in Schwarz und Silber (Glas), Heckseilwinde in Schwarzgrau und Eisenfarbig (Seil), Bereich zwischen Seilwinde und Propellerantrieb (schwarz-matt), Anker (am Heck) alufarben, Fahrer- und Beifahrersitze sowie Lenkrad in Schwarz-matt, Boden des Innenraumes holzfarben (matt), Rückspiegel (außer Halterung) alufarben, Rück- und Seitenleuchten in Rot.

Ergänzt werden (natürlich vor dem Lackieren) die linksseitig vor dem Fahrabteil auf der Motorhaube angebrachten Werkzeuge (Schaufeln) durch entsprechendes Roco-Zubehör (die stilisiert angebrachten Teile werden abgefeilt) –, sowie jeweils eine kleine Flaggenstange am Fahrzeugheck rechts (in Fahrtrichtung). Des weiteren können die Fahrzeuge später mit Tauen (aus Zwirnsfäden), Rettungsringen oder Rettungswesten (Modellbau-Zubehör in HO) ausgestattet werden. Beim DUKW 7702

führt ein Kabel von der heckseitigen Seilwinde über den Kran in den Fahrzeuginnenraum (dort befestigen; siehe Foto).

Die Beschriftung der Amphibienfahrzeuge kann dem THW-Beschriftungssatz von Müller (Siegen) entnommen werden, die Nummernkennzeichen entstammen einem Zahlensatz (3 mm, in Weiß) des gleichen Herstellers. Mit schwarzen Streifen werden jeweils seitlich (unmittelbar hinter dem Fahrabteil) Aufstiegsbereiche angedeutet (ca. 4–5 mm; siehe Modell- und Vorbildfotos). Die Vorbildfahrzeuge tragen ferner seitlich einen orangefarbenen Streifen (im Modell noch nicht angebracht!).

Wer mag, kann seine Modelle weiter detaillieren: zahlreiche Haken, eine Abschleppstange, Reservekanister und vielleicht auch die auf unserem Vorbildfoto sichtbaren Fahnen können auch am Modell angebracht werden.

Zwei Fahrzeuge des Hochwasseralarmzuges im Modell





Kürzlich stellte die Berufsfeuerwehr Köln der Öffentlichkeit ihren neuen Kranwagen vor. Er löst den 20 Jahre alten Kranwagen der Feuer- und Rettungswache 5 ab, mit dem in dieser Zeit viele tausend Rettungs- und Bergungseinsätze gefahren wurden.

Der neue Teleskop-Kran ist auf einem Spezialfahrgestell aufgebaut und hat eine maximale Tragfähigkeit von 45 Tonnen. Angetrieben wird das 36 Tonnen schwere Fahrzeug von einem Acht-Zylinder-Dieselmotor, der es auf 63 km/h beschleunigt.

Das rund 847 000 Mark teure Fahrzeug hat einen Wenderadius von 11,6 Meter, der sich bei Allradlenkung auf etwa 9,3 Meter verringert. Das Automatik-Lastschaltgetriebe mit sechs Vorwärts- und zwei Rückwärtsgängen überträgt die Kraft bei Straßenfahrten auf die hintere der insgesamt drei Achsen. Die Räder sind einzeln aufgehängt, hydropneumatisch gefedert und hydraulisch blockierbar.

Der Kranoberwagen ist um 360 Grad unbegrenzt drehbar. Bei Ausfall des Fahrzeugmotors können alle Kranbewegungen über einen Elektromotor im Notbetrieb gesteuert werden.

Unser Titelbild und die Fotos auf dieser Seite zeigen einen Übungseinsatz des neuen Kranwagens auf dem Hof der Feuerwache 5. (Fotos: Sers)

